

# Junior Campus EU+

## Teaching Material

*Dr. Friedrich Plank/ Prof. Dr. Arne Niemann; April 2021*

### *Content*

<b>General Description .....</b>	<b>2</b>
<b>Acquis communautaire.....</b>	<b>3</b>
<b>Kopenhagener Kriterien .....</b>	<b>5</b>
<b>Rules of Procedure.....</b>	<b>7</b>
<b>Example time table EU+ 2019 .....</b>	<b>12</b>
<b>Rollenkarten/ Role cards.....</b>	<b>14</b>



## Junior Campus EU+

### General Description

During the simulation “Junior Campus EU+” 45-60 pupils from courses of Highschools slip into the role of European Council members of the 28 member states of the European Union and its potential future member state Serbia. In preparation of the simulation, the students learn at school about the functioning of European Council and they select a EU member state which they represent during the simulation as “their” country. The pupils prepare in class for their role as a delegate in the European Council. Staff from the Jean Monnet Chair attends the classes of the two schools and introduces the simulation to the pupils. Each pupil receives a paper with detailed information about the selected country, for example, its system of government, national output, rate of unemployment and economic situation. The pupil’s aim is to internalize the interests and opinion of their country towards an accession of Serbia. During this process, they learn a lot about the 28 EU member states and the candidate country. Additionally, they can experience the process of search for consensus in the European Council. Furthermore, they have to cope with the difficulties concerning the process towards formal agreements with other states.

Through the first day of simulation, the pupils are familiarized with the rules of procedure in the Council by the academic staff. Afterwards, the member states representatives give introductory speeches on the position of their country and Serbia presents its application for accession to the Council. During the following sessions and days, the member states discuss intensively on the conditions for accession and draft a respective treaty. Meanwhile, they also give interviews to the media, played by the teachers, and repeatedly have informal conversations within the Council, at lunch or with Serbian representatives. During their stay, the young Europeans learn how specific frameworks of the European Union work, how to find compromises in negotiations involving diverging interests and they have a first-hand experience on EU decision-making. In the European Council, the countries discuss different positions concerning conditions for the accession of Serbia.

The “Junior Campus EU+” addresses in particular secondary schools in the Rhine-Main-Region (Grade 11-13), since an appropriate foreknowledge is necessary to comprehend the contained difficulties of European processes. As a unique programme, it interfaces between school and university and aims at generating interest and enthusiasm among pupils for various types of studies and scientific/academic fields. In addition, in order to help participants understand political procedures, the aim of the event is to introduce high school students to issues related to European politics and to make the public more aware of the subject of European integration. In 2019, “Junior Campus EU+” was held for the seventh time.



## Acquis communautaire

Die 35 Kapitel

- 1: Freier Warenverkehr
- 2: Freizügigkeit für Arbeitnehmer
- 3: Niederlassungsrecht und freier Dienstleistungsverkehr
- 4: Freier Kapitalverkehr
- 5: Öffentliches Auftragswesen
- 6: Gesellschaftsrecht
- 7: Rechte am geistigen Eigentum
- 8: Wettbewerb
- 9: Finanzdienstleistungen
- 10: Informationsgesellschaft und Medien
- 11: Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- 12: Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzenschutzpolitik
- 13: Fischerei
- 14: Verkehr
- 15: Energie
- 16: Steuern
- 17: Wirtschaft und Währung
- 18: Statistik
- 19: Beschäftigung und Soziales
- 20: Unternehmen und Industrie
- 21: Transeuropäische Netze
- 22: Regionalpolitik und Koordinierung der strukturellen Instrumente
- 23: Judikative und Grundrechte
- 24: Justiz, Freiheit und Sicherheit
- 25: Wissenschaft und Forschung



Co-funded by the  
Erasmus+ Programme  
of the European Union



26: Bildung und Kultur

27: Umwelt

28: Verbraucher- und Gesundheitsschutz

29: Zollunion

30: Außenbeziehungen

31: Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

32: Finanzkontrolle

33: Finanz- und Haushaltsvorschriften

34: Institutionen

35: Sonstiges

Das gesamte EU-Recht ist im Internet abrufbar unter [eur-lex.europa.eu](http://eur-lex.europa.eu)

## Kopenhagener Kriterien

Die Kopenhagener Kriterien beschreiben die Voraussetzungen, unter denen ein Land Mitglied der Europäischen Union werden kann. Sie heißen nach der dänischen Hauptstadt, weil der Europäische Rat, also die Staats- und Regierungschefs der EU, dort im Juni 1993 den entsprechenden Beschluss gefasst haben.

Die Kopenhagener Kriterien finden sich in den „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“ des Europäischen Rates vom 21./22. Juni 1993. Unter Punkt 4 (Erweiterungen) befasst sich der Europäische Rat zuerst mit den Beitrittsverhandlungen mit Norwegen, Finnland, Schweden und Österreich und begrüßt, dass die Anfangsschwierigkeiten der Gespräche überwunden seien. Im Weiteren thematisiert er Zypern und Malta, deren Beitrittschancen durch die Verhandlungen mit oben genannten Staaten nicht beschnitten seien. Dann geht der Europäische Rat auf die Türkei ein, mit der die Zusammenarbeit intensiviert werden soll. Schließlich kommt der Europäische Rat zu den „Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern“. Nach einer allgemeinen Unterstützung des Reformprozesses in diesen Staaten beschließt der Europäische Rat:

„Der Europäische Rat hat heute beschlossen, dass die assoziierten mittel- und osteuropäischen Länder, die dies wünschen, Mitglieder der Europäischen Union werden können. Der Beitritt kann erfolgen, sobald ein assoziiertes Land in der Lage ist, den mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen nachzukommen und die erforderlichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zu erfüllen.

Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt außerdem voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können.

Die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten, stellt ebenfalls einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt dar.“ (S. 13)

Die Kopenhagener Kriterien bestehen zusammengefasst aus drei Bedingungen und einer Voraussetzung. Die Bedingungen sind:



- a) das politische Kriterium (stabiler demokratischer Rechtsstaat, der die Menschen- und Minderheitenrechte achtet),
- b) das wirtschaftliche Kriterium (funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck des Binnenmarktes standzuhalten),
- c) das Integrationskriterium (Übernahme des Gemeinschaftsrechts, also des *acquis communautaire*, sowie die Bereitschaft, die Ziele der politischen und der Wirtschafts- und Währungsunion mitzutragen).

Hinzu kommt eine Voraussetzung, die lange Zeit als das „vergessene Kriterium“ bezeichnet wurde, weil sie erst in der Diskussion der letzten Jahre Bedeutung erlangt hat. Hierbei handelt es sich um die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union. Auf diese Bedingung haben die Kandidatenländer wenig Einfluss, sie bezieht sich auf die innere Reform der Europäischen Union.



## Rules of Procedure

### Regel Nr. 1: Der Präsident

1.1 Den Vorsitz des Rates halten der Präsident und der Vize-Präsident gemeinsam inne. Der Terminus Präsident gilt im Folgenden gleichermaßen für den Vize-Präsidenten.

1.2 Der Präsident eröffnet, unterbricht, vertagt und schließt die Sitzungen, eröffnet, leitet und schließt die Debatten des Rates, entscheidet über die Zulässigkeit von prozeduralen Fragen und Anträgen, sichert das Einhalten der Geschäftsordnung, erhält die Ordnung, ruft die Redner auf, limitiert die Anzahl der erlaubten Redner innerhalb einer spezifischen Debatte, schließt die Rednerliste, überprüft die Beschlussfähigkeit, leitet Wahlen und gibt das Ergebnis derer bekannt.

1.3 Der Präsident muss sicherstellen, dass alle Vertreter die Geschäftsordnung zu jeder Zeit befolgen.

1.4 Wenn Zweifel aufkommen über die Interpretation dieser Geschäftsordnung, soll der Präsident über die korrekte Interpretation entscheiden. Jeder Vertreter sollte die Entscheidungen des Präsidenten respektieren und akzeptieren.

1.5 Kein Vertreter darf im Plenum reden solange bis er vom Präsidenten dazu aufgefordert wird. Falls ein Redner vom Thema abkommt, muss ihn der Präsident zur Ordnung rufen.

1.6 Niemand außer der Präsident darf einen Redner unterbrechen.

1.7 Der Präsident darf sich zu keinem Thema der Tagesordnung an der Wahl beteiligen. Solange der Präsident den Vorsitz inne hat, darf er sich inhaltlich nicht an der Debatte beteiligen insofern als dass er seine Meinung äußert.

### Regel Nr. 2: Aufrechterhalten der Ordnung

2.1 Worte oder Ausdrücke, die die menschliche Würde angreifen oder die ordentliche Debatte beeinträchtigen dürfen nicht verwendet werden.

2.2 Der Präsident kann jeden Vertreter zur Ordnung rufen, der während der Sitzung Unruhen hervorruft.

2.3 Für den Fall, dass der Verstoß wiederholt wird, kann der Präsident dem Unruhestifter das Rederecht entsagen oder, in schwerwiegenden Fällen, ihn für den Rest der Sitzung dem Sitzungssaal verweisen.

2.4 Mobiltelefone haben während der Sitzung ausgeschaltet zu sein.

### Regel Nr. 3: Der übliche Ablauf einer Debatte im Europäischen Rat

3.1 Eine Debatte besteht aus Eröffnungsreden, der allgemeinen Debatte zum Thema sowie der Debatte spezifischer Unterthemen und des Wahlvorgangs zum Thema.

3.2 Zu Beginn einer Debatte werden die Eröffnungsreden von den Ratsmitgliedern gehalten. Jede Eröffnungsrede darf dabei 2 Minuten nicht überschreiten.

3.3 Nach den Eröffnungsreden beginnt die allgemeine Debatte über das Thema. Jedes Ratsmitglied, das sprechen möchte, darf dies tun.

3.4 Die allgemeine Debatte endet sobald es keine weiteren Redner auf der Rednerliste zur allgemeinen Debatte gibt.

3.5 Der Präsident kann die Anzahl der erlaubten Redner während einer Debatte oder vorher limitieren. Er kann die Rednerliste auch während der Debatte schließen.

### Regel Nr. 4: Debattenarten und das Rederecht

4.1 Es gibt 2 Arten der Debatte: Die Rednerliste und die informale Diskussion.

4.2 Die Rednerliste:

Jeder Vertreter, der während einer Debatte innerhalb einer Rednerliste sprechen möchte, muss darum bitten auf die Rednerliste gesetzt zu werden indem er a) sein Namensschild hebt wenn der Präsident danach fragt, b) einen Antrag stellt um auf die Liste gesetzt zu werden, oder c) eine Notiz an den Präsidenten schreibt.

Der Präsident kann die Anzahl der erlaubten Redner während einer spezifischen Debatte limitieren.

Der Präsident ruft die Vertreter auf, wenn sie an der Reihe sind. Die Vertreter halten ihre Rede von ihrem Platz aus.

Die Redezeit beträgt, wenn nicht anderweitig festgelegt, eine Minute. Der Vorsitzende kann eine Veränderung der Redezeit nach seinem Ermessen für eine Gruppe von Rednern oder einzelne Redner anordnen. Anträge zur Verlängerung oder Kürzung der Redezeit sind möglich.

Sobald ein Redner seine Rede beendet hat, wird er vom Präsidenten gefragt, ob er für die Fragen der anderen Vertreter offen ist. Der Redner hat das Recht keine Fragen zu beantworten. Sowohl der Präsident als auch der Redner können die Anzahl der Fragen begrenzen. Das Zeitlimit für eine Frage beträgt 30 Sekunden.

Vertreter, die eine Frage an den Redner stellen möchten, müssen ihre Namensschilder heben sobald sie dazu aufgefordert werden. Sie werden gegebenenfalls auf die Liste der Fragenden eingetragen und aufgefordert ihre Frage zu stellen sobald sie an der Reihe sind.

Sobald der Vertreter seine Frage gestellt hat, wird der Präsident den Redner fragen, ob er diese beantworten möchte.

Der Präsident kann einem Redner auch die Möglichkeit verwehren eine Frage zu beantworten.

Wenn Redner, deren Namen ordnungsgemäß auf der Rednerliste eingetragen wurden, und die tatsächlich anwesend sind, aus Zeitmangel nicht mehr dazu kommen ihre Rede zu halten, haben sie das Recht ihre Rede in einer finalen, ausgeschriebenen und ordentlichen Form an den Präsidenten zu schicken. Dies ist nur dann zulässig, wenn der geschriebene Text die zulässige Redezeit nicht überschreitet. Eine 1-minütige Rede benötigt in ausgeschriebener Form normalerweise ca. 1/3 Seite. Der Präsident wird aus allen eingereichten Reden eine Zusammenfassung machen, die dem Plenum an Ende der Debatte mitgeteilt wird.

#### 4.3 Informale Diskussion:

Eine informale Diskussion kann sowohl vom Präsidenten als auch den Vertretern zu jeder Zeit mittels eines "Antrags zur informalen Diskussion" vorgeschlagen werden. Der Antrag muss gleichzeitig auch die Dauer beinhalten. Das Zeitlimit für eine informale Diskussion darf 15 Minuten jedoch nicht überschreiten.

Während der informalen Diskussion dürfen die Ratsmitglieder den Raum nicht verlassen.

Der Präsident moderiert nicht und die Diskussion ist inoffiziell.

#### Regel Nr. 5: Anträge zum Verfahren

5.1 Ein Vertreter hat ein vorgezogenes Rederecht, wenn er einen Antrag zum Verfahren stellt. Die Vertreter können Anträge zum Verfahren zu jeder Zeit stellen, nur nicht während der informalen Diskussion und während der Wahlen.

5.2 Um einen Antrag zum Verfahren zu stellen, müssen die Ratsmitglieder ihr Namensschild heben und die Art des Antrags sagen, wenn sie dazu aufgefordert werden.

5.3 Kein Antrag kann einen Redner unterbrechen.

5.4 Es gibt folgende Arten von Anträgen zum Verfahren:

"Antrag zur informalen Diskussion"

Ein Vertreter kann einen Antrag stellen um zu einer informalen Diskussion überzugehen, sodass umstrittene Punkte innerhalb eines informalen Umfelds geklärt werden können. Der Präsident kann den Antrag entweder direkt genehmigen oder erst zur Wahl stellen. Es wird eine absolute Mehrheit benötigt. Der Präsident hat auch die Möglichkeit eine zeitlich beschränkte Unterbrechung der Sitzung anzuordnen, ohne dass ein Antrag eines Vertreters nötig ist.

"Antrag eine sekundäre Rednerliste zu öffnen/schließen"

Ein Vertreter kann einen Antrag stellen um eine sekundäre Rednerliste zu öffnen wenn er dabei auch das Thema der sekundären Rednerliste angibt. Der Präsident kann diesem Antrag direkt zustimmen, oder ihn zur Wahl stellen. Es wird eine absolute Mehrheit benötigt.

"Antrag die Redezeit zu verlängern/verkürzen"

Ein Vertreter kann einen Antrag stellen um die Dauer der Redezeit für alle zukünftigen Redner zu verändern. Der Präsident kann diesen Antrag direkt bewilligen, oder ihn zur Wahl stellen. Es wird eine absolute Mehrheit benötigt.

5.5 Alle Anträge können nur dann gestellt werden, wenn der Präsident nach Fragen oder Anträgen fragt.

5.6 In Wahlvorgängen zum Verfahren sind keine Enthaltungen erlaubt.

5.7 Der Präsident kann dilatorische Anträge direkt ablehnen.

## Regel Nr. 6: Verfahrensfragen

6.1 Informationsfrage an den Redner: Nach jeder Rede auf der Rednerliste können die Ratsmitglieder dem Redner Fragen stellen. Die Fragen sollen sich nur auf die zuletzt gehörte Rede beziehen. Der Präsident soll sicherstellen, dass die Fragen relevant sind und auch also Fragen formuliert sind.

6.2 Regelfrage an die Vorsitzenden: Ratsmitglieder können den Vorsitzenden Fragen zu deren Entscheidungen stellen. Sollte das Recht, Regelfragen an die Vorsitzenden zu stellen, missbraucht werden, kann diesem vom Präsidenten die Redeerlaubnis untersagt werden.

6.3 Persönliche Frage: Ein Ratsmitglied kann eine persönliche Frage einbringen, falls es Beschwerden gibt, z.B. dass eine Rede nicht gehört bzw. verstanden werden kann. Die Frage kann auch dann eingebracht werden, ohne dass der Präsident nach Fragen oder Anträgen fragt. Die persönliche Frage ist die einzige, die einen Redner unterbrechen darf.

## Regel Nr. 7: Rangordnung von Fragen und Anträgen

Die Rangordnung der Fragen und Anträge ist wie folgt:

1. Persönliche Frage
2. Regelfrage
3. Informationsfrage



4. Antrag die Redezeit zu verlängern/verkürzen
5. Antrag eine sekundäre Rednerliste zu öffnen/schließen
6. Antrag zur informalen Diskussion

#### Regel Nr. 8: Beschlussfähigkeit

8. Die Beschlussfähigkeit bezieht sich auf die Anzahl anwesender Länder im Rat, die notwendig ist, um das Abstimmungsverfahren einzuleiten. Eine Mehrzahl der Länder aus dem Rat muss vertreten sein. Vor dem Abstimmungsverfahren muss der Präsident überprüfen, ob der Rat beschlussfähig ist.

#### Regel Nr. 9: Abstimmungsverfahren

9.1 Während des Abstimmungsverfahrens darf kein Mitglied den Raum betreten oder verlassen. Es darf nicht gesprochen werden und es dürfen keine Fragen und Anträge gestellt werden außer Regelfragen zum Abstimmungsverfahren. Gäste können gebeten werden den Raum zu verlassen.

9.2 Während einer Abstimmung wird niemand zum Reden aufgerufen.

9.3 Die Abstimmung erfolgt per Aufruf jedes einzelnen Ratsmitglieds. Es kann mit „Ja“ und „Nein“ abgestimmt werden, eine Enthaltung gibt es nicht.

9.4 Der Präsident schließt die Abstimmung und verkündet das Ergebnis.

## Example time table EU+ 2019

08. Februar 2019: Vortreffen an der Schule

Dienstag, 12. Februar

08:30 Abfahrt Bus Bad Kreuznach

09:45 Ankunft Kaub Jugendherberge

10:00-10:30 Begrüßung durch Institutsmitarbeiter, Vorstellung des Teams,  
Organisatorisches, Ablaufplan

10:30-11:45 Kennenlernen, danach Rules of Procedure Workshop

11:45-12:00 Pause

12:00-12:30 Eröffnung des Planspiels und Rede des Kommissionspräsidenten/  
Pressetermine Beitrittskandidat

12:30-13:30 Mittagessen

13:30-14:15 Präsentation der Eröffnungsreden im Rat / Beitrittskandidaten bereiten  
eigene Präsentation separiert vor

14:15-14:45 Pause (Gruppenfoto)

14:45-15:45 Präsentation des Beitrittskandidaten im Rat, anschließend Fragerunde

15:45-17:00 Rat verhandelt über Vertragsinhalt des BK/ Pressetermine Beitrittskandidat

17:00-17:30 Pressekonferenz Beitrittskandidaten und ausgewählter Ratsmitglieder

17:30-18:00 Beziehen der Zimmer

18:00 Abendessen

Mittwoch, 13. Februar

08:30-09:30 Packen, Zimmer verlassen, Frühstück

09:30-09:45 Begrüßung, Tagesablauf

09:45-11:00 Rat verhandelt über Vertragsinhalt des BK, Videopräsentation des BK (gg.  
10:40)

11:00-11:15 Pause

11:00-12:30 Rat verhandelt über Vertragsinhalt des BK, gegen 11:45 zusätzliche  
Fragerunde



- 12:30-13:30 Bis 12:30 Einreichung der Vertragsvorschläge; Mittagessen
- 13:30-14:15 Finale Verhandlung im Rat über Vertragsinhalt
- 14:15-14:30 Rat stimmt einstimmig über Verhandlungsergebnisse ab,  
Abstimmungsergebnis aus EP
- 14:30-15:00 Evtl. feierliche Unterzeichnung der Verträge, Stellungnahmen der neuen EU-  
Mitgliedstaaten und abschließende Pressekonferenz
- 15.00-15:15 Pause
- 15:15-16:30 Debriefing, Evaluation, Verteilung der Zertifikate
- Ca. 17:00 Abfahrt in Kaub
- Ca. 18:00 Ankunft in Bad Kreuznach



Co-funded by the  
Erasmus+ Programme  
of the European Union



## **Rollenkarten/ Role cards**

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Belgien (Belge/ Belgique)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Belgiens. Nach der Aufnahme von insgesamt dreizehn neuen Mitgliedern aus Mittel- und Osteuropa von dem der Beitritt Kroatiens der letzte war, sind Sie nun erneut mit der Entscheidung über weitere Beitrittsgesuche konfrontiert.

### Belgien in der EU

Belgien ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und hat von Beginn an dem Aufbau eines geeinten Europas höchste Priorität beigemessen. Gerade als mittelgroßes Land sieht Belgien seine elementaren Interessen und seinen internationalen Einfluss am besten in einer starken, supranational organisierten Union gesichert. Diese Einsicht hat sich im Laufe der Einigungsgeschichte immer wieder durch eine äußerst konstruktive und integrationsfreundliche Haltung des Landes bei den verschiedenen europäischen Reformschritten (Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon) geäußert. Bei

**Hauptstadt:** Brüssel (1,1 Mio Einwohner)  
**Staatsform:** parlamentarische Monarchie, föderaler Staat mit Zweikammersystem  
**Fläche:** 32.545 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 11,3 Millionen  
**BIP/Einwohner:** 49.500 Euro  
**Wachstumsrate:** 1,6%  
**Arbeitslosenrate:** 7,0%  
**Sprachen:** Flämisch (Niederländisch), Französisch, Deutsch  
**Religionen:** 75% Katholiken, 8% Muslime, 1% Protestanten  
**Ethnische Gruppen:** 60% Flamen, 40% Wallonen, 1% Deutschsprachige  
**Beitritt zur EG/EU:** Gründungsmitglied  
**Staatsoberhaupt:** König Philippe  
**Regierungschef:** Charles Michel  
**Außenminister:** Didier Reynders  
**Weitere Informationen:** [www.diplomatie.be](http://www.diplomatie.be);  
[www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de); [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

all diesen Reformbemühungen und zuletzt besonders im Rahmen des Verfassungskonvents und der anschließenden Regierungskonferenz haben sich die belgischen Regierungen in den letzten Jahren mit großem Nachdruck für die Stärkung der integrativen Mechanismen in der EU ausgesprochen. Belgien sieht darin nicht zuletzt auch einen Schutz gegen einen zu starken Einfluss der großen EU-Mitgliedstaaten und eine Voraussetzung dafür, dass ein Europa mit mehr als 28 Mitgliedstaaten auf Dauer handlungsfähig bleiben kann.

Während die belgischen Regierungen diesen europafreundlichen Kurs fortschrieben, durchlebte die belgische Bevölkerung in den letzten Jahren eine intensive interne Auseinandersetzung um die zukünftige Gestaltung der Europäischen Union. Aus den Wahlen

zum belgischen und zum Europäischen Parlament sind die Anhänger der radikalen Gruppierung Vlaams Belang, die sich für eine Stärkung der Regionen auch innerhalb Belgiens aussprechen und die bisherigen Erfolge des europäischen Einigungsprozesses in Frage stellen, mit mehr als zehn Prozent der Wählerstimmen gestärkt hervorgegangen. Außer dieser radikalen Gruppierung in Flandern und ihrem politisch unbedeutenderen Pendant in der Wallonie (*Démocratie Nationale*) sind die anderen belgischen Parteien Anhänger des europäischen Einigungsprozesses. Auch die belgische Regierung setzt sich für die Fortsetzung der europäischen Integration und der damit verbundenen Erweiterung ein.

Entscheidend für die belgische Position ist trotz allem die Stärkung der Kompetenzen der Europäischen Union. So soll endlich sowohl eine gemeinsame Außenpolitik auf den Weg gebracht werden, die eine autonome europäische Verteidigung ermöglicht, als auch eine gemeinsame Rechts- und Einwanderungspolitik geschaffen werden. Die Einbeziehung der Union in die Felder Umwelt, Soziales und Steuern und eine Angleichung der Wirtschaftspolitiken zur Unterstützung der Wirtschafts- und Währungsunion sollen intensiviert werden. Gerade im Bereich der gemeinsamen Sozialpolitik mahnt Belgien erheblichen Handlungsbedarf an. Hier muss eine Angleichung erreicht werden, die in den alten wie in den neuen Mitgliedstaaten einen modernen Sozialstaat ermöglicht und sichert.

### **Belgien und die nächste Erweiterung**

Belgien hat bereits die letzte Erweiterung der Europäischen Union aktiv unterstützt und unterstreicht auch jetzt die allseitigen Vorteile einer erneuten Erweiterungsrunde. Das Land sieht in

der fortschreitenden Erweiterung ein Erfolgsmerkmal des europäischen Modells eines auf einem gemeinsamen Wertefundament basierenden politischen Zusammenschlusses, der seinen Bürgern Freiheit, Demokratie und Wohlstand bringt.

Die Anziehungskraft dieser Idee und die Tatsache, dass sich die EU immer als offene Gemeinschaft verstanden hat, tragen aus Belgiens Sicht dazu bei, Frieden, Stabilität und europäische Werte auf dem gesamten Kontinent zu verankern. In diesem Sinne unterstützt die belgische Regierung eine Beitrittsperspektive für die Balkanländer, wodurch die Stabilität in der gesamten Region gesichert werden soll. Darüber hinaus will Belgien die EU als eine wertebasierte und interkulturelle Gemeinschaft verstanden wissen und nicht als einen geschlossenen christlichen Kreis.

Darüber hinaus sind die Balkanländer aus Sicht Belgiens dafür prädestiniert, den europäischen und atlantischen Institutionen beizutreten.

Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, der im Jahr 2001 anlässlich des ersten EU-Balkan-Gipfels begann, hat die politischen, juristischen und finanziellen Instrumente geschaffen, um die Balkanländer in ihren europäischen Integrationsbemühungen zu unterstützen. Jedes dieser Länder schreitet in seiner Annäherung an die EU nach seinem ausgewählten Rhythmus und seinen eigenen Verdiensten voran.

Die seit 2001 erzielten Fortschritte der Balkanländer im Bereich der politischen und ökonomischen Reformen sind bemerkenswert. Aber auch diese Fortschritte sind noch brüchig, wenn man die aktuelle konfliktreiche Situation in der Region betrachtet. Deshalb ist

Belgien sehr daran gelegen, den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess mit Bedingungen zu versehen, die einen unumkehrbaren Charakter besitzen.

Diese Bedingungen verlangen von der Region den Respekt vor den Ursprungsdokumenten zur Stabilität (Rahmenabkommen von Dayton/ Paris, Resolution 1244 des Sicherheitsrates, das Rahmenabkommen von Ohrid und das Abkommen von Belgrad), die Ausdehnung der regionalen Kooperation, die Rückkehr der durch den Krieg vertriebenen Personen und eine vollständige Kooperation mit dem Internationalen Strafgericht für Ex-Jugoslawien.

Der belgische Beitrag zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess ist wichtig und vielfältig. Belgien finanziert sowohl die Aktivitäten der internationalen Organisationen, die in der Regierung präsent sind, als auch die Umsetzung verschiedener Projekte vor Ort.

Der belgische Beitrag beinhaltet auch das Entsenden von qualifiziertem Personal (Truppen, Polizisten und Experten aus verschiedenen Bereichen) und die Erstellung von Gutachten.

Seinen erweiterungsfreundlichen Kurs verbindet Belgien jedoch mit klaren Forderungen an alle beitragswilligen Länder wie Serbien: Nur nach der eindeutigen und unmissverständlichen Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und im Fall des Balkans der Vorgaben der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen kann ein Beitritt erfolgen. Eine Erweiterung darf die Errungenschaften der EU in den verschiedenen Politikfeldern weder in Frage stellen noch schwächen. Daher müssen alle Kandidatenländer den gemeinschaftlichen Besitzstand (*acquis communautaire*) übernehmen. Die Erweiterung muss die Wohlfahrt und die Sicherheit

in Europa erhöhen. Deshalb müssen sich die neuen Mitgliedstaaten auf jeden Fall dem jetzigen EU-Stand anpassen.

Belgiens größtes Anliegen ist, dass die angestrebte Erweiterung eine gleichzeitig gewünschte föderale Vertiefung nicht behindert. Wie bereits dargelegt, möchte Belgien eine handlungsfähige, supranationale Union. Das Land fordert daher im Vorfeld der Erweiterung eine Stärkung der supranationalen Institutionen wie Kommission und Europäisches Parlament und eine effizientere Entscheidungsfindung.

Der Integrationsprozess Serbiens wurde von Belgien aufmerksam und kritisch begleitet. Im Vorfeld an das Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen, das 2008 von allen EU Staaten unterzeichnet wurde, äußerte die belgische Regierung Bedenken aufgrund der mangelnden Zusammenarbeit Serbiens mit dem UN Kriegsverbrechertribunal (Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien) und verzögerte zunächst die Unterschrift. Nach der Verhaftung von Karadžić 2008 und Mladić 2011 entspannte sich das bilaterale Verhältnis jedoch.

## Taktik

Sie sind Vertreterin/ Vertreter Belgiens und sind grundsätzlich bereit, die Beitrittsabsichten Serbiens in die EU zu *unterstützen*.

Als mittelgroßes Land sind Sie jedoch von einem funktionierenden Europa abhängig. Wenn es zu einer Erweiterung kommt, muss deshalb gewährleistet sein, dass die Institutionen weiterhin bzw. besser funktionieren. Sie legen großen Wert darauf, dass die kleinen Länder nicht unterrepräsentiert sind.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Stärken Sie Ihre eigene Position in der EU stärken und fordern Sie einen Ausbau der supranationalen Handlungsmöglichkeiten. Verhandeln Sie auf Basis Ihrer Bereitschaft zur Integration!
- Fordern Sie ein Gleichgewicht der europäischen Institutionen und eine Stärkung des Parlaments Tauschen Sie sich mit Parlamentariern aus und entwickeln Sie eigenen Ideen.
- Unterstützen Sie die Beitrittsge-suche aller Länder mit Nach-druck, allerdings erst wenn Ihre Position gestärkt ist. In den Dis-kussionen nennen Sie folgende allgemeingültige Vorteile:
  - das steigende internationale Gewicht der EU in der Welt-politik
  - die Steigerung der Lebens-qualität und des Wohlstandes in Gesamteuropa
  - die wirtschaftlichen Vorteile eines größeren Binnenmark-tes für alle Beteiligten
  - die Ausweitung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und die damit einhergehende innere Sicher-heit.
- Nehmen Sie die Ängste aus der Bevölkerung bezüglich billiger Lohnkonkurrenz aus den poten-tiellen neuen Mitgliedstaaten und der damit verbundenen Gefahren für heimische Arbeitsplätze ernst. Argumentieren Sie mit der Erfahrung der vorherigen Erwei-terungen, bei denen sich diese

Ängste bereits als unbegründet herausgestellt haben.

- Fordern Sie die Einhaltung der Kriterien sowie eine Anpassung an EU-Standards.
- Betonen Sie, dass spezifische Übergangsmaßnahmen verein-bart werden müssen, damit es bei der Erweiterung zu keinem Abbau der bisherigen gemein-schaftlichen Politik kommt.
- Vertreten Sie die Meinung, dass die anstehenden Verhandlungen sollen mit den Beitrittskandida-ten einzeln durchgeführt werden sollen.
- Fordern Sie eine zeitliche Befristung der Übergangsvereinbarun-gen (z.B. bei der Reform der Agrar-politik und der Strukturpoli-tik), welche je nach Reformfol-gen der einzelnen Beitrittsländer zu gegebener Zeit ganz wegfallen sollen.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Bulgarien (Bǎlgarija)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Bulgariens. Nach Ihrem Beitritt sind Sie nun mit den Verhandlungen über die Beitrittsgesuche weiterer Staaten konfrontiert.

### Geschichte des Reformprozesses seit 1989

Der friedlich verlaufene Umbruch, der im November 1989 in Mittel- und Osteuropa vollzogen wurde, stellte auch für Bulgarien einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte des Staates dar. Am 10.11.1989 wurde der Vorsitzende des bulgarischen Staatsrates und der kommunistischen Partei, Todor Schivkov, gestürzt, und ein Demokratisierungsprozess setzte ein. Die bulgarische kommunistische Partei sah sich gezwungen, die Gründung von Oppositionsparteien zu tolerieren und freie Wahlen zuzulassen. 1991 verabschiedete das bulgarische Parlament eine neue Verfassung, in der das Mehrparteiensystem, freie und allgemeine Wahlen sowie Menschen- und Bürgerrechte garantiert wurden.

**Hauptstadt:** Sofia (1,25 Mio Einwohner)  
**Staatsform:** Republik mit parlamentarischer Regierungsform  
**Fläche:** 110.994 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 7,2 Mio.  
**BIP/Einwohner:** 7.300 Euro  
**Wachstumsrate:** 3,9%  
**Arbeitslosenrate:** 7,7%  
**Sprachen:** Bulgarisch  
**Religionen:** ca. 4,4 Mio. Bulgarisch-Orthodoxe, ca. 577.000 Muslime, ca. 49.000 Katholiken, ca. 64.000 Protestanten, ca. 5.000 Juden und ca. 6.000 Anhänger anderer Glaubensrichtungen  
**Ethnische Gruppen:** 85% Bulgaren, 10% Türken, 3,4% Roma, 1,6% Russen, Armenier u.a.  
**Beitritt zur EG/EU:** 2007  
**Staatsoberhaupt:** Rumen Radev  
**Regierungschef:** Boyko Borisov  
**Außenminister:** Ekaterina Gecheva-Zaharieva  
**Weitere Informationen:** [www.mfa.bg/berlin](http://www.mfa.bg/berlin);  
[www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de); [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

### Das politische System und die Menschenrechtssituation

Bulgarien ist seit diesem Umsturz eine parlamentarische Demokratie mit einem Einkammersystem. Der Präsident ist das Staatsoberhaupt und wird vom Volk direkt gewählt. Darüber hinaus hat sich Bulgarien zu einem Rechtsstaat mit Gewaltenteilung entwickelt. Trotz erfolgter Reformen hat das bulgarische Justizsystem erhebliche Schwächen. Darüber hinaus stellt der relativ hohe Grad an Korruption noch immer ein großes Problem dar, auch wenn deren Bekämpfung inzwischen politische Priorität hat.

Die bulgarische Gesellschaft kennt keine ausgeprägten ethnisch begründeten Konflikte. Auch die beiden großen

Religionsgemeinschaften – die Orthodoxe Kirche und der Islam – gehen in toleranter Weise miteinander um. Die Minderheit der Roma ist allerdings noch unzureichend in die Gesellschaft integriert. Mehrheitlich leben die Roma in schwierigen wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen. Mit dem neuen Aktionsprogramm für die gleichberechtigte Integration der Roma in die bulgarische Gesellschaft macht die Eingliederung der Minderheit aber inzwischen Fortschritte. Das Programm umfasst die Bereiche Erziehung, Kultur, Wohnung, Beschäftigung und Sozialschutz. Dennoch sieht die EU hier weiteren Handlungsbedarf.

### **Wirtschaftliche und soziale Entwicklung**

Bulgarien besitzt inzwischen eine funktionierende Marktwirtschaft. Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, weil die bulgarische Wirtschaft noch im „Hungerwinter“ 1996/1997 buchstäblich am Abgrund stand.

Die zunehmende Privatisierung, der Abbau staatlicher Subventionen und die Konsolidierung der Staatsfinanzen haben erheblich zu diesem Erfolg beigetragen.

Angesichts der wirtschaftlichen Transformationsleistungen und der erreichten Stabilität hat sich Bulgarien zu einem interessanten Wirtschaftsstandort für Auslandsinvestitionen entwickelt. Hinzu kommt das einfache und attraktive Steuersystem, das viele Anleger anzieht.

Der Transformationsprozess hat aber auch erhebliche soziale Lasten für die Bevölkerung mit sich gebracht. Die Bulgaren profitieren zwar langsam auch vom Wirtschaftswachstum, das Durchschnittseinkommen liegt aber weiterhin

bei weniger als 25% des EU-Durchschnitts, und rund eine Million Bulgaren bleiben vom Wirtschaftsaufschwung komplett ausgeschlossen. Diese Situation könnte in der Zukunft einige soziale Sprengkraft entwickeln.

### **Bulgarien in der EU**

Am 1. Januar 2007 wurde die Republik Bulgarien Mitglied der Europäischen Union. Diese Mitgliedschaft ist das Resultat einer Entwicklung, die bereits Anfang der 1990er Jahre begann: im Rahmen des so genannten Assoziierungsprozesses wurde 1993 ein politischer Dialog eingeleitet - begleitet von einem gemeinsamen Bulgarien-EU-Ausschuss. 1995 entschlossen sich Regierung und Parlament Bulgariens, einen Beitrittsantrag zu stellen. Da jedoch ab Mitte der 1990er Jahre das bulgarische Wirtschafts- und Finanzsystem in schwere Krisen geriet, wurde in dieser Zeit zunächst ein NATO-Beitritt forciert, der als eine Art Sprungbrett gesehen wurde. Am 25. April 2005 schließlich wurde der Beitrittsvertrag zwischen Bulgarien und der EU unterschrieben. Bereits am 29. März 2004 waren Bulgarien und sechs weitere Staaten in die NATO aufgenommen worden.

Die bulgarische Wirtschaft hat sich seit dem Beitritt des Landes in die EU gut entwickelt. Nach Schätzungen der Europäischen Union sind die Investitionen um 400 Millionen Euro gestiegen. Die Kaufkraft der Bevölkerung nimmt zu, und der Staatshaushalt, der einst kurz vor dem Bankrott stand, verzeichnet einen Überschuss.

Allerdings profitieren von den positiven wirtschaftlichen Entwicklungen nur bestimmte soziale Gruppen, etwa die Städter, die Jüngeren und die gut Ausgebildeten. Alte Menschen und die

Landbevölkerung leben weiterhin in Armut. Die desolate soziale Lage vieler Menschen ist ein Grund für die Radikalisierung und Kriminalisierung der bulgarischen Gesellschaft. So werden zum Beispiel mehr als 10.000 bulgarische Frauen jährlich Opfer organisierter Frauenhändler – wobei die Dunkelziffer vermutlich noch weitaus höher ist.

Im Energiebereich stellt die Abhängigkeit Bulgariens von der Kernenergie, die mehr als 40% der Stromerzeugung des Landes ausmacht, immer noch ein großes Problem dar.

Im Umweltbereich hat das Land noch erheblichen Aufholbedarf. Die Förderung vor allem der Schwerindustrie, des Energiesektors und des Bergbaus sowie der Einsatz veralteter Technologien haben zum Teil erhebliche Luft-, Boden-, und Wasserverschmutzungen verursacht. Obwohl mit der Wende ein Umdenken einsetzte (Gründung des Umweltministeriums 1990, Festschreibung des Umweltschutzes als Staatsziel 1991) und die Umweltbelastung stetig verringert wurde, kann Bulgarien noch nicht bei allen EU-Standards mithalten.

Als Bulgarien 2007 der EU beitrug, erfüllte es die Kopenhagener Kriterien – Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte – noch nicht vollständig. Als letzte Maßnahme sind im Beitrittsvertrag Schutzklauseln vorgesehen: Sollten Reformen in den Problembereichen ausbleiben, droht die Kürzung von Subventionen und die Nichtanerkennung von Gerichtsurteilen. Darauf wies die EU-Kommission in ihrem ersten Zwischenbericht zur Entwicklung Bulgariens am 27. Juni 2007 hin. Auch Transparency International kritisierte, bei der Korruptionsbekämpfung bleibe der gewünschte Fortschritt Bulgariens aus. Für den Zeitraum 2007-2009 waren weitere EU-

Mittel von insgesamt rund 4,5 Milliarden Euro vorgesehen. Die massiven Aufbauhilfen und auch die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die EU liegen jedoch auch im Interesse der Union selbst, da dies mittelfristig eine positive Signalwirkung auf den gesamten Balkan mit sich bringen könnte.

Trotzdem wurden die Gelder für das Jahr 2008 von Seiten der Europäischen Kommission gesperrt – ein bislang einmaliger Vorgang. Die Europäische Kommission reagierte mit dieser ungewöhnlichen Maßnahme auf die Versäumnisse Bulgariens bei der Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität. Bulgarien riskiert durch dieses Verhalten das Vertrauen, das die EU mit dem Beitritt 2007 in das Land gesetzt hat. Im Zuge der Heranführungsstrategie seit 1994 sind über 6 Milliarden Euro an Struktur- und Konversionshilfen nach Bulgarien geflossen, von denen ein erheblicher Anteil jedoch offensichtlich auch in dunklen Kanälen verschwunden ist.

Die Kommission wird die jährlichen Fortschritts- und Monitoring-Berichte trotz des Beitritts noch fortsetzen. Damit sollen die zugesagten, bislang aber mangelhaft umgesetzten Transformationsanstrengungen im Auge behalten werden.

Auch in der europäischen Presse wurde die EU-Mitgliedschaft Bulgariens durchaus kritisch bilanziert. So schrieb die österreichische Presse: „Die meisten politischen Akteure sind bereit, unter der Hand zuzugeben, dass der Beitritt Bulgariens und Rumäniens vor einem Jahr ein Fehler war. Die Fakten belegen das. Die Staaten waren damals weder politisch noch wirtschaftlich EU-reif und haben seither – ohne die Karotte des Beitritts vor der Nase – noch mehr nachgelassen.“

Auch innerhalb Bulgariens sieht man durchaus, dass die größten Fortschritte in den Jahren der Heranführung an die EU und unmittelbar vor dem Beitritt gemacht wurden. Seit der Aufnahme in die EU gab es wenig konkrete Anstrengungen, europäische Standards zu erreichen, auch wenn der ehemalige Innenminister Rumen Petkow behauptet hat, die Zahl der Auftragsmorde sei zurückgegangen, kriminelle Gruppierungen seien zerschlagen und korrupte Beamte entlassen worden.

Die Bulgaren bekommen die reale Kriminalität im Alltag jedoch immer noch heftig zu spüren, hinzu kommen spektakuläre Korruptionsskandale wie der um Wirtschafts- und Energieminister Rumen Owtscharow. Von Vertrauen der bulgarischen Gesellschaft in Polizei und Justiz kann keine Rede sein. Bereits nach dem ersten Quartal der EU-Mitgliedschaft war klar: Der Strukturwandel, der eigentlich noch über die Erfüllung der EU-Vorgaben hinausgehen sollte, ist nicht in Gang gekommen, denn eine klare Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative, die für diesen Wandel notwendig wäre, ist bis heute nicht möglich.

## **Außenpolitische Ziele**

Außenpolitisch hat Bulgarien in letzter Zeit bedeutende Schritte unternommen, um die regionale Zusammenarbeit zu intensivieren. Im Kosovo-Konflikt nahm die bulgarische Regierung von Anfang an eine deutlich prowestliche Haltung ein. Bulgarien unterstützte die NATO-Luftschläge gegen Jugoslawien und erteilte Überfluggenehmigungen für NATO-Flugzeuge. Mit dem Beitritt zur NATO im März 2004 hatte Bulgarien das erste große außenpolitische Ziel erreicht. Außerdem hat es wie insgesamt 21 weitere Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Jahr 2008 die

Unabhängigkeit Kosovos anerkannt, womit es seinen ohnehin nicht besonders guten Beziehungen zu Serbien weiter geschadet hat.

Darüber hinaus lebt in Serbien eine bulgarische Minderheit, für deren Rechte sich die bulgarische Regierung einsetzt. Studien zufolge sind die Bulgaren relativ gut integriert, bei der Ausübung ihrer Rechte werden sie jedoch noch behindert. Bei Verhandlungen über einen möglichen serbischen EU Beitritt spielen Rechte von Minderheiten daher eine besondere Rolle.

Im Zuge des verstärkten Flüchtlingszuges, haben sich Bulgarien, Rumänien und Serbien zu einer Allianz zusammen getan um gemeinsam besseres Gehör bei den restlichen EU Staaten zu finden. Sie sprachen sich gegen die Nutzung ihrer Staaten als Pufferzone aus und appellierten an mehr europäische Solidarität.

Auch in der eigenen Region Südosteuropa tritt Bulgarien für einen friedlichen nachbarschaftlichen Interessenausgleich und eine verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten ein. Durch Bulgarien führen wichtige Transitstrecken (Verkehr, Energieträger). Das Land betreibt eine aktive Außenpolitik und versteht sich als ein Stabilitätsanker in der Region. Von 2002 bis 2003 war es „nichtständiges Mitglied“ im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Im Jahr 2004 hatte Bulgarien den Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) inne und beteiligte sich an internationalen Friedensmissionen in Kosovo, in Bosnien und Herzegowina, in Afghanistan, in Äthiopien und Eritrea. Ab August 2003 war auch ein bulgarisches Kontingent mit rund 450 Soldaten als Teil der so genannten „Koalition der Willigen“ im Irak stationiert. Die zunehmende

internationale Aktivität des Landes wird allgemein als Zeichen der Etablierung Bulgariens im internationalen System und der damit verbundenen Übernahme von Verantwortung gesehen.

## Taktik

Sie sind Delegierte/ Delegierter Bulgariens. Ihr Land ist aus wirtschaftlichen Gründen an einer raschen und nachhaltigen Entspannung auf dem Balkan interessiert. Sie verstehen sich als Stabilitätsanker dieser Region. Sie *unterstützen* daher den Beitritt aller Balkanländer (insbesondere Serbiens) in die EU.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Sie sind bereit auch künftig im Rahmen des Stabilitätspaktes für den Wiederaufbau des Balkans eine stabilisierende Rolle für Südosteuropa zu übernehmen. Erläutern Sie, warum ein Beitritt der Balkan-Länder in die EU ist die ultimative Stabilisierungsmaßnahme ist.
- Unterstreichen Sie die langjährigen tiefen Beziehungen Ihres Landes zum Balkan und betonen Sie, dass die südosteuropäischen Staaten aus der politischen Union nicht ausgeschlossen bleiben dürfen.
- Verweisen Sie auf die große Unterstützung der Bevölkerung für eine weitere Integration von Balkanstaaten in die EU.
- Erklären Sie, dass ein Beitritt Serbiens erst real werden kann, wenn Minderheiten in dem Land nicht länger an der Ausübung ih-

rer Rechte behindert werden.

Ihr Land steht in der Kritik. Verteidigen Sie Ihre Position in der Diskussion, indem Sie auf die positive Strahlkraft verweisen, die ein florierendes und stabiles Bulgarien für die kriegsgebeutelte Region des Balkans hat.

- Betonen Sie auch, dass Ihr Land bemüht ist, alle notwendigen Reformen durchzuführen, Sie aber möglicherweise dafür doch mehr Zeit benötigen als geplant.
- Begründen Sie Ihre Unterstützung mit der starken Verbundenheit Bulgariens mit der europäischen Wertegemeinschaft und ihren Werten (Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Pluralismus, freie Marktwirtschaft und Menschenrechte).
- Argumentieren Sie außerdem mit den enormen wirtschaftlichen Nachteilen, die Bulgarien durch den Kosovo-Krieg erlitten hat. Betonen Sie dabei die bedingungslose Unterstützung, welche die bulgarische Regierung dem Westen im Verlauf der Krise entgegenbrachte.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Deutschland

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Deutschlands im Europäischen Rat. Kurz nach der Aufnahme insgesamt 13 neuer Mitgliedstaaten sind Sie erneut mit der Entscheidung über weitere Beitrittsge-  
suche zur EU konfrontiert.

### Deutschland in der EU

Deutschland ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und hat seit den Anfängen der europäischen Einigung eine sehr integrationsfreundliche Politik betrieben. Ein geeintes Europa galt durchweg als elementares deutsches Interesse, die Zusammenarbeit mit Frankreich im Rahmen des „deutsch-französischen Motors“ hatte erste Priorität.

Die gegenwärtige Regierung setzt diese Politik weitgehend fort. Deutschland befürwortet eine Vertiefung der Union und eine Erweiterung aus verschiedenen Gründen sehr stark:

Die europäische Einigung sichert Frieden und Freiheit in Europa. Bei verschiedenen Anlässen hat Deutschland immer wieder auf die historisch-

**Hauptstadt:** Berlin (3,5 Mio. Einwohner)  
**Staatsform:** Republik, Bundesstaat  
**Fläche:** 357.340 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 80,925 Mio.  
**BIP/Einwohner:** 38.139 Euro  
**Wachstumsrate:** 1,9% (2016)  
**Arbeitslosenrate:** 5,7% (2017)  
**Sprachen:** Deutsch, Dänisch, (Sater-)Friesisch, Sorbisch,  
**Religionen:** 33% Katholiken, 33% Protestanten, 4% Muslime, andere und 33% Bekenntungslose  
**Ethnische Gruppen:** 91,5% Deutsche, 2,4% Türken, 6,1% andere  
**Beitritt zur EG/EU:** Gründungsmitglied  
**Staatsoberhaupt:** Frank - Walter Steinmeier  
**Regierungschef:** Angela Merkel  
**Außenminister:** Heiko Maas  
**Weitere Informationen:** [bundeskanzleramt.de](http://bundeskanzleramt.de)  
[www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de); [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

moralische Pflicht hingewiesen, auch den südosteuropäischen Staaten die Einbindung in die EU zu ermöglichen.

Nach der Osterweiterung des Jahres 2004 hat sich das politische und geographische Zentrum Europas zugunsten Deutschlands verlagert. Dennoch gilt es zu verhindern, dass sich durch wirtschaftliche und politische Unterschiede neue Blöcke an den Grenzen Europas ergeben. Um die Entstehung neuer Grenzen zu verhindern, müssen die entsprechenden gesamteuropäischen Kooperationsstrukturen sowie die Beziehungen zwischen der EU und Russland intensiviert werden.

Durch die Erweiterung der Union erhofft sich die Bundesrepublik eine größere internationale Geltung.

Gerade exportorientierte Staaten wie

Deutschland haben durch den Wegfall von Handelshindernissen im EU-Binnenmarkt profitiert. In einer globalisierten Welt wird nur ein geeintes Europa mit einer gemeinsamen Währung auf den Weltmärkten bestehen können. Deutschland fördert deshalb auch den wirtschaftlichen Aufholprozess ärmerer Regionen, um die wirtschaftliche Stabilität in den Beitritts- und Kandidatenländern zu gewährleisten und diese als Absatzmarkt für deutsche Produkte zu gewinnen. Bereits jetzt ist Deutschland der größte Handelspartner der Staaten Mittel- und Osteuropas.

Neben der Erweiterung ist Deutschland bemüht, auch die zukünftige Vertiefung der Europäischen Union voranzutreiben. Außerdem ist der deutschen Regierung bewusst, dass bei globalen Fragen wie der Migrations- und Asylpolitik, der Sicherheits- und Umweltpolitik nur europäische Lösungen Wirkung entfalten können.

### **Deutschland und die nächste Erweiterung**

Die deutsche Regierung befürwortet die nächste Stufe der Erweiterung der Europäischen Union um die Länder des Balkans. In Bezug auf den Balkan spielt Deutschland eine wesentliche Rolle bei der Friedenserhaltung nach den blutigen Bürgerkriegen der Neunzigerjahre. Deutschland ist einer der Initiatoren und Unterstützer des Stabilitätspaktes für Südosteuropa. Auch die wirtschaftliche Kooperation mit diesen Ländern ist weit vorangeschritten.

### **Deutschland und Serbien**

Im Vordergrund der deutschen und europäischen Politik gegenüber Serbien steht die Unterstützung für den politischen und wirtschaftlichen Reformkurs zur weiteren Stabilisierung des Landes. Dem mit einem erheblichen Anteil an

deutschen Mitteln finanzierten „Stabilitätspakt für Südosteuropa“, dessen Kernaufgaben von einem im Februar 2008 neu geschaffenen regionalen Kooperationsrat übernommen wurden, kommt in der Kooperation zwischen Deutschland und Serbien eine wichtige Rolle zu. Darüber hinaus engagiert sich Deutschland mit einer Vielzahl von weiteren Projekten in der bilateralen Zusammenarbeit. Schon vor den Wahlen im Herbst 2000, die zum Sturz von Milosevic führten, unterstützte die Bundesregierung die serbischen Reformkräfte mit einer Vielzahl von Projekten, die gemeinsam mit der in rund 30 Städten und Gemeinden regierenden demokratischen Opposition und mit Vertretern der Zivilgesellschaft realisiert wurden (Lieferung von Medikamenten und Medizintechnik, Heizöl, Asphalt; Reparaturmaßnahmen in der Wasserversorgung und an Schulen; Medienzusammenarbeit u.Ä.). Nach der Abwahl Milosevics und der friedlichen Revolution wurde diese Unterstützung weiter geführt. Die Projekte zielen seitdem vor allem auf die Unterstützung der Reformbemühungen demokratischer Kräfte und konzentrieren sich auf die Bereiche Rechts- und Verwaltungsreform, Demokratisierung und Reform von Polizei und Armee sowie Medienreform. Ein weiterer Schwerpunkt der Projektzusammenarbeit ist der Bereich Minderheiten- und Menschenrechtsfragen.

Darüber hinaus gehört Deutschland, nach Italien, zu den wichtigsten Handelspartnern Serbiens und ist gleichzeitig der größte bilaterale Geldgeber. Die deutschen Hilfen unterstützen Reformbemühungen die Serbien näher an die EU heranführen sollen.

Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten war trotz dieser Hilfen lange Zeit angespannt. Die serbischen Medien malten immer wieder das Bild der

„bösen Deutschen“ und von deutscher Seite blieb die Kommunikation unterkühlt und skeptisch. In jüngerer Vergangenheit haben sich diese Beziehungen verbessert. Deutschland erkennt in Serbien einen strategischen Partner auf dem Balkan und begrüßt die Eröffnung der Erweiterungskapitel im Dezember 2015.

### **Deutschland zu den aktuellen Entwicklungen auf dem Balkan**

Die Regierung begrüßt die Festnahme von Radovan Karadzic im Jahr 2008 sowie seine Verurteilung 2016 und wertet dies als ein besonders positives Zeichen für Serbien. Sie als Vertreterin/Vertreter Deutschlands weisen trotzdem mit Nachdruck darauf hin, dass dieser alleinige Fahndungserfolg nicht ausreicht und weiter mit aller Energie nach flüchtigen Kriegsverbrechern gesucht werden muss.

Aus deutscher Sicht können die nächsten Erweiterungen der EU nur dann gelingen, wenn die EU bereit ist, den Vertiefungsprozess (Verfassung) entscheidend voran zu bringen. Deshalb setzt sich Deutschland im Vorfeld einer erneuten Erweiterung intensiv für eine Stärkung der supranationalen Institutionen (Europäisches Parlament und Kommission).

### **Taktik**

Deutschland ist durch die letzte Erweiterungsrunde ins Zentrum der EU gerückt. Sie befürworten deshalb auch die nächsten Erweiterungsschritte. Als Vertreter/Vertreterin Deutschlands *unterstützen* Sie das Beitritts-gesuch Serbiens.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Nennen Sie eine Vertiefung der europäischen Integration als Voraussetzung für das Gelingen der geplanten Erweiterung. Fordern Sie also eine Stärkung supranationaler Institutionen (EU-Parlament, Kommission).
- Ihr Land hat ein erhebliches Gewicht in der EU. Besonders in Fragen des Umweltschutzes, der sozialen Standards und des Verbraucherschutzes sehen Sie sich als Vorreiter.
- Beachten Sie die Auswirkungen Ihrer Entscheidungen auf Ihre wichtigsten Partner (etwa Frankreich oder die Benelux-Länder). Diskutieren Sie wichtige Punkte mit diesen Ländern, um gemeinsame Lösungen zu finden.
- Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie müssen ohne Abstriche respektiert werden. Verweisen Sie auf die Pflicht Serbiens, mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten.
- Nehmen Sie positive Stellung zur verstärkten Zusammenarbeit Serbiens mit der EU im Zuge der Flüchtlingskrise. Serbien ist für die kommenden Jahre ein wichtiger Partner um die Migration aus dem Balkan als auch aus der arabischen Welt langfristig gemeinsam zu organisieren.
- Beachten Sie die Stimmungslage der bundesdeutschen Wählerschaft. Eine Erweiterung ist mit erheblichen finanziellen Mehrbelastungen verbunden. Daher versuchen Sie, auf europäischer Ebene eine Begrenzung des EU-Haushaltes durchzusetzen, die

die Kosten der Erweiterung auf ein verträgliches Maß reduziert.

- Viele Bundesbürger befürchten eine Zunahme der Arbeitslosenquote und eine verstärkte internationale Kriminalität. Unterstützen Sie daher eine langfristig angelegte Integration in die Europäische Union mit langen Übergangsfristen im Bereich der Freizügigkeit von Personen.

**Tipp:** Ihr Land hat eine starke Position in der EU. Nutzen Sie diese, um den Erweiterungsprozess nach Ihren Wünschen zu gestalten und auch durchzusetzen. Zusammen mit ihrem engsten Partner Frankreich, müssen Sie im Zweifel Führung zeigen und zwischen den verschiedenen Positionen moderieren.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Dänemark (Danmark)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Dänemarks Europäischen Rat. In dieser Funktion sind Sie – kurz nach Abschluss der letzten Erweiterungsrunde um insgesamt zwölf mittel- und osteuropäische Staaten – erneut mit der Entscheidung über die Beitrittsgesuche weiterer Kandidaten konfrontiert.

### Dänemark in der EU

Dänemark gilt als einer der Mitgliedstaaten der Union, der die Richtlinien am schnellsten und loyalsten umsetzt. Die gut informierte Bevölkerung gilt aber als kritisch. Das zeigte sich, als im Jahre 1992 die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages in einem Referendum nicht anerkannt wurde, wodurch sich das Inkrafttreten des Vertrages um ein Jahr verzögerte. Dänemark bekam dabei in Nachverhandlungen folgende Ausnahmegarantien zugestanden:

- Keine Teilnahme an der dritten

**Hauptstadt:** Kopenhagen (602.000 Einwohner)  
**Staatsform:** konstitutionelle Monarchie  
**Fläche:** 43.094 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 5,8 Mio.  
**BIP/Einwohner:** 48.400 Euro  
**Wachstumsrate:** 1,3%  
**Arbeitslosenrate:** 6,4%  
**Sprachen:** Dänisch, Deutsch (regional)  
**Religionen:** 80,4% Lutheraner, 3,8% Muslime, 0,6% Katholiken  
**Ethnische Gruppen:** 95% Dänen  
**Beitritt zur EG/EU:** 1973  
**Staatsoberhaupt:** Königin Margarethe II.  
**Regierungschef:** Lars Lokke Rasmussen  
**Außenminister:** Anders Samuelsen  
**Weitere Informationen:** [www.daenemark.org](http://www.daenemark.org);  
[www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de); [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

Stufe der WWU, d.h. keine Einführung des Euro als Bargeld (obwohl es die Euro-Kriterien erfüllte), dennoch ist die dänische Krone an den Euro gekoppelt.

- Verzicht auf die Teilnahme an der Europäischen Verteidigungspolitik.
- Ablehnung eines weiteren Souveränitätstransfers in den Bereichen „Justiz“ und „Innere Angelegenheiten“
- Opposition zur gemeinsamen Unionsbürgerschaft.

Nach diesen Nachbesserungen wurde dem Vertrag 1993 doch noch zugestimmt. Auch heute befürchten viele Dänen immer noch eine zu starke Machtkonzentration in der EU. Umfragen zeigen immer wieder, dass ein großer Teil der dänischen Bevölkerung der Meinung ist, dass das Europäische Parlament zu viel Macht besitzt. Diese skeptische Grundhaltung wird nur noch

von der Einstellung der britischen Bevölkerung übertroffen.

Die dänische Regierung fühlte sich nach der Aufnahme Finnlands und Schwedens 1995 in ihrem Anliegen bestärkt, die Themen „Umweltschutz“, „Transparenz“, „Subsidiarität“ und „Demokratie“ in den Vordergrund der europapolitischen Diskussion zu rücken. Mit einer erneuten Abstimmung über die Einführung des Euro versuchte die Regierung, den dänischen Sonderstatus aufzuheben und argumentierte, dass der Beitritt zum Euroland den dänischen Wohlfahrtsstaat und die Beschäftigung im Zeitalter der Globalisierung schützen könnte. Mit dem Nein der Bevölkerung zur Einführung der europäischen Währung ist der dänische Sonderweg jedoch ein weiteres Mal bekräftigt worden.

## Dänemark und die Erweiterung

Dänemark versteht sich selbst als einen der größten Verfechter der ersten Osterweiterungsrunde. Das Land sieht es als außenpolitische Priorität an, ein friedliches und vereintes Europa als Garant für Stabilität und Wohlstand zu schaffen. Aufgrund der geographischen Nähe und der bestehenden bilateralen Beziehungen setzte sich das Königreich insbesondere für eine schnelle Aufnahme der drei baltischen Staaten ein. Die Verhandlungen mit den zehn neuen Mitgliedstaaten, die 2004 der EU beitraten, wurden 2002 unter dänischer EU-Ratspräsidentschaft zu einem Abschluss gebracht.

Auch mit Blick auf die nächste Erweiterungsrunde zählt Dänemark zu den aufgeschlossenen Mitgliedstaaten, ohne dabei jedoch alle Beitrittsgesuche blind zu befürworten. Aufgrund der skeptischen Grundhaltung der dänischen Bevölkerung, muss die Regierung immer prüfen, in welchem Maße der nächste

Erweiterungsprozess die nationalen Interessen Dänemarks wahren bzw. fördern kann. In diesem Zusammenhang spielen die Errungenschaften im Sozialbereich und beim Umweltschutz, auf die die dänische Bevölkerung sehr stolz ist, eine große Rolle. Die Dänen befürchten, dass die zunehmende „Europäisierung“ zu Lasten dieser Errungenschaften gehen könnte. Die Erweiterung der Europäischen Union um neue Mitgliedstaaten aus Südosteuropa ist für Dänemark somit an die Bedingung von klaren Richtlinien für Umweltschutz und Sozialstandards geknüpft.

Mit Blick auf den Balkan zeigt sich Dänemark aufgrund von Sicherheits- und Stabilitätsbedenken vorsichtig. Die europäische Unterstützung für den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess soll zunächst mit allen Kräften fortgesetzt werden, sodass die Bedingungen für einen Beitritt langfristig geschaffen werden können.

Zu Serbien unterhält Dänemark gute Beziehungen im wirtschaftspolitischen aber vor allem auch im sicherheitspolitischen Bereich. Serbien ist Teil des dänischen Nachbarschaftsprogramms, dessen Programmteile die ost- und südosteuropäischen Länder zu einer Entwicklung hin zu europäischen Standards leiten soll.

## Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Dänemarks *unterstützen* Sie die Aufnahme weiterer Länder in die EU im Allgemeinen (jedoch nicht sofort).

Sie gehen davon aus, dass eine Erweiterung mit friedlicher Demokratisierung einhergeht, was insgesamt zur Sicherheit und Stabilität des gesamten Kontinents beiträgt.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Erläutern Sie, warum sie generell die Stabilisierungs- und Assoziierungspolitik der EU unterstützen, eine Mitgliedschaft der Balkan-Staaten in naher Zukunft jedoch ablehnen: Durch die politischen Maßnahmen sehen Sie die Chance, auf lange Sicht die Bedingungen für einen Beitritt der Region zu schaffen. In naher Zukunft halten Sie eine Mitgliedschaft der Balkan-Staaten jedoch für unrealistisch. Die verbesserte Kooperation Serbiens mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag verbessert in Ihren Augen die Chancen eines Beitritts, weil dadurch die Glaubwürdigkeit der EU in Sachen Menschenrechtsschutz und Rechtsstaat gewährleistet wird.
- Fordern Sie strenge Sicherheitsmaßnahmen in Form von Bekämpfung von Terrorismus und internationaler Kriminalität sowie einem effektiven Umweltschutz. Da diese Aspekte den erweiterten EU-Raum betreffen, streben Sie hier eine transnationale Lösung im Rahmen einer womöglich erweiterten EU an.
- Erläutern Sie die Vorteile einer Erweiterung der EU und die damit einhergehende Vergrößerung des Binnenmarktes. Ein größerer Binnenmarkt bringt neue wirtschaftliche Vorteile für Handel und Investitionen mit sich und kommt so auch der dänischen Wirtschaft zugute.
- Fordern Sie verstärkte Aktivitäten im Bereich organisierter

Kriminalität von allen Staaten, die an einem Beitritt interessiert sind.

- Betonen Sie, dass die notwendige Erweiterung (auch mit Blick auf die eigene kritische Bevölkerung) vorsichtig und schrittweise erfolgen muss, da der europäische Integrationsprozess Grenzen hat und nicht überbelastet werden darf.
- Fordern Sie wirtschaftliche Mindeststandards, welche beitragswillige Länder vor der Aufnahme auf jeden Fall erfüllen müssen, um den Binnenmarkt der Union nicht zu belasten.
- Bei Ihren EU-Kollegen drängen Sie darauf, Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtskriterien als klare Voraussetzungen für einen Beitritt festzulegen. Definieren Sie die Achtung der Menschenrechte als absolute Priorität.
- Vergessen Sie nicht, dass Sie ein großer Beitragszahler innerhalb der EU sind. Problematisieren Sie die bevorstehende finanzielle Mehrbelastung durch neue Beitritte.

### **Tipp:**

In Ihrer Verhandlungsposition kommt Ihnen zugute, dass der historische Abschluss der Verhandlungen mit den zehn Beitrittsländern der Osterweiterung 2004 unter Ihrer Präsidentschaft erfolgte. Dies stärkt Ihre Position.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Frankreich (France)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Frankreichs im Europäischen Rat. In dieser Funktion sind Sie kurz nach der Erweiterung um insgesamt 13 neue Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa erneut mit der Entscheidung über weitere Beitrittsgesuche konfrontiert.

### Frankreich in der EU

Frankreich gehört zu den Mitbegründern der europäischen Integration, wobei die Überwindung der langjährigen Feindschaft zum Nachbarn Deutschland und der Aufbau einer Vertrauensbeziehung zwischen den beiden Ländern immer zu den treibenden Kräften des europäischen Einigungsprozesses gehört haben. Von der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahre 1952 bis heute gehen fast alle entscheidenden Integrations-schritte auf eine Einigkeit des deutsch-französischen Motors zurück. So hat Frankreich die Entwicklung der EU immer aktiv vorangetrieben, war aber stets darauf bedacht, das entstehende

**Hauptstadt:** Paris (2,5 Millionen Einwohner)  
**Staatsform:** parlamentarische Präsidialdemokratie mit zwei Kammern  
**Fläche:** 543.965 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 66,3 Mio.  
**BIP/Einwohner:** 30.751 Euro  
**Wachstumsrate:** 1,57 % (2017)  
**Arbeitslosenrate:** 9,5%  
**Sprachen:** Französisch  
**Religionen:** 64,8% Katholiken, 4,3% Muslime, 1,9% Protestanten, 1% Buddhisten, 0,6% Juden  
**Ethnische Gruppen:** 93,6% Franzosen, 1,1% Algerier, 5,3% Sonstige  
**Beitritt zur EG/EU:** Gründungsmitglied  
**Staatschef:** Emmanuel Macron  
**Regierungschef:** Édouard Philippe  
**Außenminister:** Jean-Yves Le Drian  
**Weitere Informationen:** [www.franzoesischebotschaft.de](http://www.franzoesischebotschaft.de), [www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de), [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

Institutionen-Gebilde nach seinen Vorstellungen zu prägen. Zu den Prämissen Frankreichs gehört die Idee eines starken, international handlungsfähigen und unabhängigen Europas, das in einer multipolaren Welt eines von mehreren ausbalancierten Machtzentren und damit auch ein Gegengewicht zu den USA bilden soll. Bei der Verwirklichung dieser „Europe Puissance“ setzt Frankreich traditionell mehr auf zwischenstaatliche Zusammenarbeit und gegenseitige Vertrauensbildung denn auf supranationale Institutionen.

Bei allem Einsatz für ein geeintes Europa ist Frankreich auch stets am Erhalt einer gewissen Führungsrolle in Europa, an einem angemessenen Einfluss im europäischen Entscheidungsgefüge sowie an der Übertragung französischer Strukturmerkmale auf die europäische Ebene interessiert. So soll insbesondere die kulturelle und sprach-

liche Diversität in Europa erhalten bleiben und der französischen Sprache ein angemessener Platz in der europäischen Verständigung eingeräumt werden. Auch der Erhalt und die Ausbreitung des französischen Sozial- und Gesellschaftsmodells, das ein hohes Maß an staatlicher sozialer Sicherung für die gesamte Bevölkerung garantiert, ist Frankreich ein großes Anliegen.

Wie groß die Angst vor einem Verlust dieser grundlegenden Gesellschaftsvorstellungen in einer größer werdenden EU auch in der französischen Bevölkerung ist, hat der negative Ausgang des Referendums über den Europäischen Verfassungsvertrag gezeigt (54,8% Nein-Stimmen). Dieses Votum ist auch ein klares Zeichen dafür, dass sich die Franzosen vom Tempo ihrer Regierung bezüglich der europäischen Integration überrannt und überfordert fühlen.

### **Frankreich und die nächste Erweiterung**

Frankreich betrachtet den Erweiterungsprozess als ein Symbol für das Ende der Teilung Europas. Die Durchsetzung der Werte des Friedens, der Demokratie und der Solidarität, die seit der Gründung der Gemeinschaft im Zentrum des europäischen Aufbaus stehen, ist ein wichtiger Bestandteil französischer Politik. Die Erweiterung der Europäischen Union ist eine Folge der geographischen und geschichtlichen Logik des Kontinents und gleichzeitig eine historische Herausforderung.

Der grundsätzlich erweiterungsfreundliche Kurs der französischen politischen Elite muss bei konkreten Entscheidungen der Regierung jedoch auch mit den ihm entgegenstehenden Einflussfaktoren abgewogen werden. Einer dieser Faktoren ist die Tatsache, dass die Position der Regierung in weiten Teilen

der Bevölkerung nicht mitgetragen wird. Das Nein der Franzosen zur Europäischen Verfassung war zum großen Teil auch motiviert durch die Angst vor sozialen und arbeitsmarktbezogenen Konsequenzen der schnell aufeinander folgenden Erweiterungen. Die Frage ist, wie lange die französische Regierung noch eine Position vertreten kann, die im Gegensatz zur Stimmung in der französischen Bevölkerung steht.

Ein weiterer bedeutender Faktor, der Frankreichs vorbehaltlose Unterstützung für erneute Erweiterungsrunden erschwert, ist die Sorge um einen Verlust des eigenen Einflusses in einer erweiterten EU. Hierbei spielen folgende Überlegungen eine Rolle:

Durch den Beitritt von weiteren osteuropäischen Staaten wird sich der Binnenmarkt geographisch zugunsten Deutschlands verschieben.

Die Konzentration auf den Beitritt von weiteren osteuropäischen Staaten könnte zur Vernachlässigung des akuten Gefahrenherdes Mittelmeer bzw. Nordafrika führen. Gerade hier hat Frankreich aber traditionell bedingt sehr enge Bindungen und sieht einen wesentlich stärkeren Handlungsbedarf.

Eine Aufnahme weiterer osteuropäischer Staaten ist ohne Reform der Agrarpolitik nicht möglich. Damit sind aber erhebliche Einbußen für Landwirte verbunden, die eine starke Opposition der französischen Agrarlobby hervorrufen würden. Frankreich sträubt sich daher vehement gegen den Abbau der Agrarsubventionen für die alten Mitglieder.

### **Frankreich und Serbien**

Die traditionell guten Beziehungen zwischen Frankreich und Serbien

wurden durch die Beteiligung Frankreichs an den Luftangriffen der NATO in Jugoslawien 1999 stark erschüttert. Frankreich war darüber hinaus eines der ersten Länder das den Kosovo im Februar 2008 als unabhängigen Staat anerkannte. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten haben sich seit 2000 jedoch stetig verbessert und fanden ihren bisherigen Höhepunkt in der Unterzeichnung einer strategischen Partnerschafts- und Kooperationsvereinbarung im Jahre 2011. Teil dieser Vereinbarung ist Frankreichs Unterstützung der serbischen Bestrebungen europäischer Mitgliedsstaat zu werden.

Vor dem Hintergrund der sozialistischen Vergangenheit Serbiens begrüßt die französische Regierung die Festnahmen von Radovan Karadzic im Jahr 2008 und Ratko Mladic im Jahr 2011 sowie die Verurteilung Karadzics 2016 und wertet dies als ein besonders positives Zeichen für Serbien. Vom unabhängigen Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) fordern Sie, als Vertreterin/Vertreter Frankreichs, weiterhin ein intensives Engagement.

### **Taktik**

Als Vertreter/ Vertreterin Frankreichs *unterstützen* Sie nach außen eine zügige Integration Serbiens, versuchen aber trotzdem, möglichst viel für Frankreich herauszuschlagen.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Fordern Sie die unbedingte Einhaltung aller Kopenhagener Kriterien durch potentielle Beitrittskandidaten.
- Fordern Sie, dass im Falle eines Beitritts der gemeinschaftliche

Besitzstand (dh. die gesamten europäischen Rechte und Pflichten) von Serbien übernommen werden muss.

- Beachten Sie in der Diskussion und Abstimmung die Sorgen Ihrer Wähler, die einer Erweiterung eher kritisch gegenüberstehen.
- Versuchen Sie die Kosten einer Erweiterung möglichst gering zu halten. Wenn, dann sollte Deutschland sich stark an einer solchen Finanzierung beteiligen, da eine Erweiterung Serbiens die zentrale Rolle der Bundesrepublik stärkt.
- Problematisieren Sie die Lage der aktuellen europäischen Institutionen und fordern Sie eine Reform dieser. Wie im Vertrag von Amsterdam vorgesehen, soll eine vertiefte Zusammenarbeit eingeführt werden. Konkret bedeutet dies: es sollen Instrumente geschaffen werden, um das Aufbauwerk Europas in einem neuen Zusammenhang fortzusetzen.

### **Tipp:**

Sie sind eines der größten und mächtigsten Mitgliedsländer der EU. Es ist daher traditionell die Rolle Frankreichs (oft zusammen mit Deutschland), Verhandlungen zu moderieren und die Führung zu übernehmen. Mittelfristig ist es Ihr Ziel, eine vertiefte Integration zu erreichen. Wichtig ist jedoch, dass Sie für Frankreich möglichst viel herauszuschlagen wollen. Sprechen Sie sich vor allem mit Deutschland, aber auch den Mittelmeerstaaten der EU ab.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Griechenland (Ελλάδα) (Hellas)

Sie sind Vertreterin/Vertreter Griechenlands im Europäischen Rat. In dieser Funktion sind Sie mit der Entscheidung über erneute Beitrittsgesuche zur EU konfrontiert.

### Griechenland in der EU

Griechenland hat seit 1974, nach einer kurzen Periode der Herrschaft einer rechtsgerichteten Militärdiktatur (Obristendiktatur), wieder eine demokratische Verfassungsordnung und ist 1981 der EG beigetreten. Seitdem hat Griechenland von den Strukturhilfen aus europäischen Töpfen profitiert und sich zu einer stabilen Demokratie am südöstlichen Rand der EU entwickelt.

Auch wenn Griechenlands politisches System die Trennung zwischen Staat und Kirche vorsieht, ist die Bevölkerung Griechenlands doch sehr stark durch die weit verbreitete und einflussreiche orthodoxe Kirche geprägt.

Als relativ armes Land hat Griechenland

**Hauptstadt:** Athen (ca. 3,7 Mio. Einwohner)

**Staatsform:** parlamentarische Demokratie, Einkammersystem

**Fläche:** 131.957 km<sup>2</sup>

**Einwohner:** 10.816 Mio.

**BIP/Einwohner:** 16.792 Euro

**Wachstumsrate:** 1,5 %

**Arbeitslosenrate:** 21,8%

**Sprachen:** Neugriechisch

**Religionen:** Griechisch-Orthodoxe Staatskirche sowie muslimische (ca. 130.000), protestantische, katholische (zusammen ca. 50.000) und jüdische (6.500) Glaubensangehörige

**Ethnische Gruppen:** offiziell 100% Griechen, aber Minderheiten von Slawen, Türken, Arumonen, Pomaken (slaw. Muslime)

**Beitritt zur EG/EU:** 1981

**Staatschef:** Prokopios Pavlopoulos

**Regierungschef:** Alexis Tsipras

**Außenminister:** Alexis Tsipras (amtierend)

**Weitere Informationen:** [www.griechenland-botschaft.de](http://www.griechenland-botschaft.de); [www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de); [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

sehr stark von der Aufnahme in die EU profitiert, sind ihm doch viele finanzielle Leistungen aus den Strukturfonds zugeflossen. Die Wirtschaft Griechenlands ist immer noch rückständig und wurde bezogen auf das statistische Pro-Kopf-Einkommen selbst vom Neumitglied Slowenien überholt.

Die Auswirkungen durch das Haushaltsdesaster der griechischen Ökonomie in den Jahren 2009 und 2010 waren verheerend für die Wirtschaft, das politische System und die Gesellschaft. Griechenland musste wegen der Unfähigkeit fällige Kredite zurück zu zahlen, einer Verschuldung von zeitweilen 170% des BIP (2011) und einer katastrophalen Wirtschaftslage über die Jahre hinweg mehrere Hilfspakete des

Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie der Europäischen Kommission aufnehmen. Die Hilfgelder waren an rigide Sparmaßnahmen (Privatisierungen, Senkung der Renten, Abbau sozialer Standards, etc.) gekoppelt. Vor allem die arme Bevölkerung musste diese Last tragen. Die Suizidrate stieg auf das Doppelte an, die Jugendarbeitslosigkeit lag 2013 bei 58,4%. Seit der neuen Syriza-Regierung unter Alexis Tsipras setzt sich Griechenland dafür ein mehr Eigenständigkeit in der Umsetzung der Sparmaßnahmen zu erhalten.

Aufgrund seiner offenen Meergrenzen zu Nordafrika und als Tor zur EU ist Griechenland zum Ziel vieler Flüchtlinge aus Afrika und Mittelasien geworden. Die griechische Regierung fordert deshalb eine strengere Asylpolitik innerhalb der EU und setzt sich für eine starke Partnerschaft mit den Mittelmeeranrainerstaaten ein (Barcelona Prozess).

In institutioneller Hinsicht fordert Griechenland eine gleichmäßige Vertiefung der EU und lehnt ein „Europa verschiedener Geschwindigkeiten“ ab, das eine Spaltung der Union bewirken könnte. Auch wenn Griechenland sehr lange an der Einstimmigkeitsklausel festgehalten hat, stimmte es dem Europäischen Verfassungsvertrag zu, der im Rat in vielen Bereichen Entscheidungen auch mit qualifizierter Mehrheit zulässt und es möglich macht, dass ein Mitgliedstaat in fachpolitischen Fragen überstimmt wird. In der Frage der Erweiterung der EU gilt jedoch weiterhin das wichtige Prinzip der Einstimmigkeit.

Ferner spricht sich Griechenland für eine langfristige Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik aus. Es ist sehr aktiv an der Stabilisierung des Balkans beteiligt und initiierte

die Bildung einer „Multinationalen Brigade in Südosteuropa“.

## **Griechenland und die nächste Erweiterung**

Griechenland ist durch seine geographische Lage das einzige EU-Mitgliedsland mit gemeinsamen Grenzen und Beziehungen zum europäisch-türkischen und arabischen Mittelmeerraum sowie zu den südosteuropäischen Staaten. Damit ist es sowohl von der Frage der Erweiterung um südosteuropäische Staaten und die Türkei als auch von der zukünftigen europäischen Mittelmeerpolitik direkt betroffen.

Das Verhältnis Griechenlands zu seinen unmittelbaren Nachbarn war in der Geschichte stets sehr konfliktgeladen. Ende der Neunzigerjahre haben sich die Verhältnisse jedoch wesentlich entspannt und freundschaftlich entwickelt.

## **Griechenland und Serbien**

Die Haltung Griechenlands gegenüber einem EU-Beitritt Serbiens ist äußerst kompliziert. Dabei spielt die selbst deklarierte Unabhängigkeitserklärung des Kosovo eine zentrale Rolle. So unterstützt Griechenland einerseits seine enge Verbündete, die Republik Zypern, in ihrer Ablehnung der kosovarischen Unabhängigkeit. Zypern befürchtet die eigene (unfreiwillige) Spaltung durch eine Anerkennung des unabhängigen Kosovo zu legitimieren. Dass Griechenland sich jedoch nicht bedingungslos dem Standpunkt Zyperns anpasst ist andererseits daran zu erkennen, dass es den kosovarischen Pass als offizielles Reisedokument akzeptiert.

Teil Griechenlands ist die Provinz Mazedonien. Griechenland und die

Republik Mazedonien stehen seit langem im Konflikt um die Abstammung von Alexander dem Großen, der laut Überlieferungen aus Mazedonien kam. Beide Nationen beanspruchen die Nachkommenschaft für sich. Da die Republik Mazedonien zudem auch Beitrittskandidatenstatus hat, steht Griechenland insgesamt einer weiteren Südosterweiterung der EU skeptisch gegenüber. Das Verhältnis zu Mazedonien hat sich jüngst aber erheblich verbessert und eine Einigung im Namensstreit (Mazedonien nennt sich in Republik Nordmazedonien um), entspannt folglich auch das Verhältnis Griechenlands zu weiteren Beitritten auf dem Balkan.

Athen sieht sich als stabilisierenden Faktor auf dem Balkan. Griechenland ist bestrebt, sein Gewicht als EU- und NATO-Mitglied zugunsten der Heranführung der Länder des westlichen Balkan an die euroatlantischen Strukturen in die Waagschale zu werfen, und nutzt hierfür insbesondere die Plattform der südosteuropäischen Wirtschaftspartnerschaft. Im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft 2014 hat Griechenland seine grundsätzliche Unterstützung für die euroatlantische Beitrittsperspektive aller Westbalkanstaaten auf einer Konferenz der EU-Mitgliedsstaaten in Thessaloniki noch einmal bekräftigt, sofern diese die Bedingungen hierfür erfüllen.

Gute Beziehungen unterhält Griechenland zu Serbien, für dessen baldigen Beitritt zur EU es nachdrücklich eintritt. Die guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten sind historisch gewachsen und werden aufgrund der kulturellen Nähe häufig auch als Freundschaft bezeichnet. Während des NATO Einsatzes in Jugoslawien war Griechenland der einzige NATO Mitgliedsstaat der die Angriffe verurteilte.

Griechenland hat darüber hinaus (wie auch einige andere EU-Mitgliedstaaten) bislang Kosovo nicht als Staat anerkannt.

## Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Griechenlands *befürworten* Sie den Beitritt Serbiens. Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gelten Sie innerhalb der Mitgliedstaaten der EU als geschwächt. Dies lassen Sie sich aber durch Ihr selbstbewusstes Auftreten nicht anmerken. Denken Sie daran, dass Beitrittsentscheidungen im Rat einstimmig getroffen werden müssen und sie daher denselben Einfluss wie andere Mitgliedsstaaten haben!

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Plädieren Sie für eine Stärkung der Kompetenzen der EU-Institutionen wie Parlament und Kommission. Nur so kann die Entscheidungsfindung in der EU auch mit mehreren Mitgliedern noch funktionieren.
- Betonen Sie bei den Beitrittsverhandlungen die positiven Potentiale, die ein Beitritt Serbiens haben dürfte. Zeigen Sie auf, dass sich in den letzten Jahren bereits sehr gute Entwicklungen abgezeichnet haben.
- Fordern Sie faire und gleiche Maßstäbe für alle, die bei fehlender Umsetzung von Reformen auch Kritik nicht auslassen (beispielsweise in den Bereichen Medienfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Respektierung der Menschenrechte). Diese Anliegen sind nicht nur im Interesse Griechen-

lands, sondern der gesamten EU.

- Fordern Sie längere Übergangsfristen. Begründen Sie dies damit, dass Kürzungen der Strukturmaßnahmen für die Entwicklung ländlicher Regionen jetziger EU-Staaten zu verschärften wirtschaftlichen Problemen führen könnten.

***Tipp:***

Nutzen Sie die informellen Absprachen, um mit anderen Staaten gemeinsame Kompromisse zu erzielen. Sie haben traditionell gute Beziehungen zu den anderen südeuropäischen Staaten wie Italien, Spanien und Portugal, die ähnliche Interessen vertreten wie Sie. Versuchen Sie im direkten Kontakt mit deren Vertretern gemeinsame Lösungen zu finden.

# Rollenkarte Ministerrat



## Irland (Ireland)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Irlands im Rat der Europäischen Union. In dieser Funktion sind Sie mit der Entscheidung über das Beitritts-gesuch von Serbien konfrontiert.

### Irland in der EU

Irland trat 1973 gemeinsam mit Großbritannien der EG bei. Es ist kein Mitglied der NATO. Die Aufnahme der nordeuropäischen Länder in die EU zum 1. Januar 1995 hat Irland sehr stark unterstützt. Damit ergab sich für Irland die Aussicht, Beziehungen zu den anderen kleineren Staaten zu entwickeln. Zudem handelte es sich um die Aufnahme neuer Gewinn versprechender Märkte und stabiler gleichgesinnter Staaten.

Irlands kleine offene Volkswirtschaft hat von der Globalisierung sehr stark profitiert (Ifo). Nachdem die wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahren durch hohe Wachstumsraten und einen starken Rückgang der Arbeitslo-

**Hauptstadt:** Dublin (525.383 Einwohner)  
**Staatsform:** parlamentarisch-demokratische Republik  
**Fläche:** 70,273 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 4,595 Mio.  
**BIP/Einwohner:** 41.011 Euro  
**Wachstumsrate:** 3 %  
**Arbeitslosenrate:** 9,7 %  
**Sprachen:** Irisch, Englisch  
**Religionen:** 91,6% Katholiken, 2,5% Anglikaner (Church of Ireland), ca. 0,5% sonst. protestantische Glaubensrichtungen, ca. 0,1% Juden, 0,04% Moslems (ca. 15.000)  
**Ethnische Gruppen:** -  
**Beitritt zur EG/EU:** 1973  
**Staatschef:** Michael D. Higgins  
**Regierungschef:** Leo Varadkar  
**Außenminister:** Simon Coveney  
**Weitere Informationen:** [www.embassyofireland.de](http://www.embassyofireland.de), [www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de); [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

sigkeit gekennzeichnet war, befindet sich das Land seit dem letzten Jahr jedoch offiziell in einer Rezession. Für das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das 2006 um 5,7% und 2007 um 6% gestiegen war, waren die Werte 2008 und 2009 bei einem Minus von 1-2%. Inzwischen ist dieser Einbruch überwunden und Irland verzeichnet wieder gute Wachstumswahlen, die jedoch wegen der beschränkten Größe der irischen Wirtschaft und dem Einfluss zahlreicher Sonderfaktoren nur eingeschränkt mit denen anderer Länder vergleichbar sind.

Nach einer Steigerung der Arbeitslosenrate von 4,5% 2006 bis auf 14% 2013, liegt sie derzeit bei 9,7%. Der bislang starke Zustrom ausländischer Arbeitskräfte, insbesondere aus Polen und den baltischen Staaten, hat merklich nachgelassen, es ist bereits zu einer

Rückwanderung gekommen.

Die internationale Banken- und Finanzkrise hat auch Irland schwer getroffen. Die Regierung hat im September/Oktober 2008 mit einer umfassenden Garantieerklärung für Einlagen und Verbindlichkeiten irischer Geldinstitute (die auch auf irische Niederlassungen von ausländischen Häusern ausgedehnt werden kann) reagiert. Anglo-Irish Bank wurde im Januar 2009 verstaatlicht.

Die Diskussion über die Weiterentwicklung der Europäischen Union ist in Irland durch unterschiedliche Ansichten über die Notwendigkeit und den Umfang der institutionellen Reformen geprägt. In der Vergangenheit hatte die irische Wählerschaft in wirtschaftlichen Schlüsselfragen wie der Einführung des Euro bereitwillig Souveränität an die europäische Ebene abgegeben. Die Skepsis gegenüber Europa und der Vormachtstellung großer Staaten wächst jedoch.

Zwar wird von der Regierung anerkannt, dass institutionelle Reformen notwendig sind, diese Reformen müssen aber dazu beitragen, das System insgesamt effektiver und transparenter zu machen, ohne das gegenwärtige institutionelle Gleichgewicht in Frage zu stellen. Irland möchte auf jeden Fall den Stellenwert der kleinen Staaten innerhalb der Europäischen Union wahren und wird hier gegebenenfalls auch gegen die Mehrheit entscheiden. Irland ist deshalb gegen eine Überprüfung der Stimmgewichtung im Rat und eine zu weite Auflockerung der Einstimmigkeitsregelung. Ein „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ lehnt das Land ab.

Zwischen Irland und den USA bestehen wegen der Auswanderung vieler Iren in

die USA enge Verbindungen. Irland legt deshalb ein Schwergewicht seiner außenpolitischen Orientierung auf die transatlantischen Beziehungen. Gerade im Rahmen des Friedensprozesses in Nordirland wurde diese Zusammenarbeit weiter ausgebaut.

## **Irland und die nächste Erweiterung**

Irland hat die bisherigen Erweiterungen der Europäischen Union uneingeschränkt befürwortet. Nur erhebliche Zuwanderung, besonders aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, konnte in den vergangenen Jahren die Nachfrage der irischen Wirtschaft nach Arbeitskräften befriedigen.

Irland steht der Aufnahme von Verhandlungen zwischen der EU und Serbien auf der Basis der Kopenhagener Kriterien aufgeschlossen gegenüber und unterstützt die Stabilisierung und langfristige Befriedung des Balkans. Insgesamt befürwortet das Land somit die fortschreitende Erweiterung als Beitrag zu einer Stabilisierung und Demokratisierung des gesamten Kontinents. Allerdings ist diese Zustimmung an bestimmte Voraussetzungen bezüglich des Erhalts des irischen Einflusses im europäischen Entscheidungsgefüge gebunden.

Die Regierung steht zu ihren Zusagen gegenüber den Ländern des westlichen Balkans, fordert jedoch heute, auch angesichts der geänderten Wirtschaftslage, einen „pragmatischen Ansatz“, der die Aufnahmefähigkeit der EU und die Zustimmung der Bevölkerung besonders berücksichtigt.

Irland war eines der ersten Länder der EU, welche die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannten. Interessant könnte für Serbien zudem die doppelte Souveränität Nordirlands sein, das seit dem

Good Friday Agreement von 1998 nicht Teil der Souveränitätsansprüche Irlands ist, Irland jedoch hofft, durch eine Volksabstimmung auf beiden Seiten Nordirland mit Irland zu vereinen. Unter der irischen Präsidentschaft wurde zudem empfohlen, die Beitrittsverhandlungen mit Serbien aufzunehmen.

Die irische Bevölkerung befürchtet auch diesmal negative Auswirkungen auf die irische Agrar- und Handelspolitik, wie bereits bei der Aufnahme von Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007. Irland möchte auf jeden Fall eine Aufstockung der EU-Haushaltsmittel erreichen, um eine Kürzung der eigenen EU-Subventionen nach dem Beitritt wirtschaftlich schwächerer Länder zu verhindern.

## Taktik

Ihr primäres Ziel ist die Stärkung der irischen Position innerhalb der EU. Sie sind zwar einer der kleinsten Staaten der Gemeinschaft, haben aber trotzdem erheblichen Einfluss auf EU-Entscheidungen. In einer erweiterten Union möchten Sie diesen Einfluss nicht verlieren.

Als Vertreterin/Vertreter Irlands *unterstützen* Sie generell das Beitrittsge-such Serbiens, machen aber deutlich, dass zentrale Kriterien erfüllt werden müssen. Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Stimmen dem Beitritt **nur dann** zu, wenn es Serbien die Kopenhagener Kriterien erfüllt hat und nachweisen kann, dass die Menschenrechte eingehalten werden.
- Betonen Sie, dass durch die

Erweiterung den jetzigen Mitgliedern der EU kein Nachteil entstehen darf. Im Hinblick auf die Folgen der Wirtschaftskrise, an denen Ihr Land bis heute leidet, können Sie keine weiteren Probleme tragen.

- Fordern Sie die Einführung zusätzlicher Fonds und die Vergrößerung des EU-Haushalts, damit weitere Mitglieder aufgenommen werden können. Verlangen Sie hier vor allem eine stärkere Beteiligung der größeren, reichen Mitgliedsländer an.
- Sprechen Sie sich für mehrere Erweiterungsetappen inklusive längerer Übergangsfristen für bestimmte Bereiche wie z.B. Arbeitnehmerfreizügigkeit aus.
- Fordern Sie schließlich eine erhebliche Aufstockung der finanziellen Mittel für eine Intensivierung der europäischen Mittelmeerpolitik. Es ist Ihnen ein elementares Anliegen, dass diese Dimension der europäischen Politik nicht durch eine Konzentration auf die Ostgrenze in den Hintergrund gerät.

### **Tipp:**

Bereiten Sie sich auf den Widerstand der großen Mitgliedsländer vor, wenn es um zusätzliche Mittel geht. Achten Sie auf das Verhalten des Vereinigten Königreichs, mit dem Sie gerade in schwierigen Brexit-Verhandlungen stehen. Diese dürfen kein Bestandteil dieser Beitrittsverhandlungen werden. Suchen Sie nach Verbündeten unter den Westeuropäischen Ländern!

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Italien (Italia)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Italiens im Europäischen Rat. In dieser Funktion sind Sie kurz nach den letzten Erweiterungen um dreizehn mittel- und osteuropäische Staaten erneut mit der Entscheidung über weitere Beitrittsge-suche konfrontiert.

### Italien in der EU

Italien ist Mitunterzeichner der Römischen Verträge von 1957, Mitglied der NATO. Unter den vier großen Staaten der Europäischen Union (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und eben Italien) gilt es als das am meisten europabegeisterte Land. Diese proeuropäische Politik hatte jedoch in der Vergangenheit vor allem innenpolitische Gründe und hat sich in den letzten Jahren, insbesondere mit den letzten Wahlen, zu einem kritischeren Kurs gewandelt, der dazu führte, dass nun die rechtspopulistische Lega Nord und die europaskeptische Fünf Sterne Bewegung gemeinsam die Regierung stellen.

Sorge bereiten der italienischen Regierung Übergriffe von Seiten der Bevölkerung auf (zum Teil illegale) Arbeitskräfte aus Rumänien. Die Akzeptanz von Menschen aus den neuen und ärmeren Staaten der Europäischen Union ist

**Hauptstadt:** Rom (2,863 Mio. Einwohner)  
**Staatsform:** Republik, parlamentarische Demokratie mit Zweikammersystem  
**Fläche:** 301.338 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 60,482 Mio.  
**BIP/Einwohner:** 31,000 Euro  
**Wachstumsrate:** 0,8%  
**Arbeitslosenrate:** 11,4%  
**Sprachen:** Italienisch, Deutsch, Ladinisch (Südtirol), Französisch (Aostatal), Slowenisch (Friaul)  
**Religionen:** überwiegend Katholiken, über 1,3 Mio. Muslime, 550.000 Protestanten, 230.000 Zeugen Jehovas, 200.000 Buddhisten, 40.000 Juden  
**Beitritt zur EG/EU:** Gründungsmitglied  
**Staatsoberhaupt:** Sergio Mattarella  
**Regierungschef:** Guiseppe Conte  
**Außenminister:** Enzo Milanese  
**Weitere Informationen:** [www.ambberlino.esteri.it](http://www.ambberlino.esteri.it); [www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de); [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

zurzeit noch sehr gering und wird auch die neue Regierung bestärkt.

Von den Politikbereichen der EU liegen Italien drei besonders am Herzen. Aufgrund seiner geographischen Lage ist das Land ein aktiver Verfechter der Europäischen Mittelmeerpolitik, die sich im Rahmen des Barcelona-Prozesses für den Aufbau einer intensiven Partnerschaft mit den weiteren Mittelmeeran-rainerstaaten einsetzt. Eng verbunden mit Italiens Engagement für diese Nachbarschaftsbeziehungen ist das Bemühen des Landes, auf europäischer Ebene zu einer gemeinsamen Asylpolitik und einer gesamteuropäischen Lösung

für die Problematik der illegalen Immigration aus Nordafrika zu kommen.

### **Italien und die nächste Erweiterungsrunde**

Italien hat seit Beginn der europäischen Einigung alle Maßnahmen unterstützt, die auf eine Vertiefung der Gemeinschaft abzielen. Deswegen wurden auch alle bisherigen Erweiterungen als positive Entwicklungen für die Europäische Union bewertet. Aufgrund der Interessensfokussierung auf den Mittelmeerraum hat das Land auch die Süderweiterung der EU (Aufnahme Griechenlands, Spaniens und Portugals) unterstützt, obwohl es in diesen drei Ländern auch Konkurrenten für den südlichen Agrarmarkt sieht.

Diese positive Grundeinstellung hat sich Italien auch angesichts der anstehenden Erweiterungsrunden bewahrt. Allerdings ist man in letzter Zeit zunehmend besorgt, dass die Aufnahme neuer Mitglieder einige der elementaren Interessen des eigenen Landes beeinträchtigen könnte. Wie schon bei der ersten Osterweiterung besteht die Sorge, dass die mit der Erweiterung einhergehenden geographischen Akzentverschiebungen zur politischen und ökonomischen Vernachlässigung der Mittelmeerregion führen könnten. Die Mittelmeerindustrien fürchten den auf sie zukommenden Wettbewerb und bangen um ihren Anteil an den europäischen Strukturhilfen. Darüber hinaus sieht Italien in der Erweiterung auch die Gefahr einer Vernachlässigung der europäischen Mittelmeerpolitik. Aufgrund seiner geographischen Lage ist Italien ganz besonders den Unsicherheiten ausgesetzt, die von den nordafrikanischen Nachbarstaaten ausgehen: dem zunehmenden internationalen Terrorismus, dem islamischen Fundamentalismus und der illegalen Immigration über den Seeweg, die für die

aktuelle Regierung eines der Hauptprobleme ist.

Gerade wegen seiner Konzentration auf den Mittelmeerraum liegt Italien aber der Beitritt einiger Kandidaten auch besonders am Herzen. Besonders erfreut war Italien über die Aufnahme des westlichen Balkanstaates Kroatien, als quasi östlicher Nachbar und Adriaanrainer. Selbstverständlich geht es der italienischen Regierung in diesem Zusammenhang auch um eine Gesamtlösung für die Konflikte auf dem Balkan – die Flüchtlingsströme in Folge dieser Konflikte treffen Italien besonders intensiv – sowie um die Demokratisierung und Stabilisierung der Region.

Italien hat, nachdem Deutschland und Frankreich im Februar 2008 die Unabhängigkeit Kosovos anerkannt haben, ebenso wie neunzehn weitere EU-Staaten ebenfalls diesen Weg eingeschlagen. Gleichermaßen betont Italien aber auch seine Verbundenheit zu Serbien. Als Vertreterin/Vertreter Italiens betonen Sie die Notwendigkeit einer weiteren Integration Serbiens und unterstützen dessen Beitrittsversuch. Die beiden Staaten verbinden starke wirtschaftliche Beziehungen.

In der Erweiterungsdiskussion rücken auch immer stärker finanzielle Aspekte ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Italien, das harte Einschnitte hinnehmen musste, um die Euro-Kriterien zu erfüllen, fürchtet die erhöhten Kosten, die mit der Erweiterung auf das Land zukommen könnten. Darum setzt es sich dafür ein, dass die Erweiterung finanziell auf keinen Fall zu seinen Lasten gehen darf.

Schließlich ist der italienischen Regierung auch wichtig, dass über der fortschreitenden Erweiterung der Gedanke der Vertiefung nicht verloren

geht und dass die Handlungsfähigkeit der Institutionen erhalten bleibt. Auch in wichtigen Politikbereichen, wie insbesondere der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, müssen qualitative Fortschritte gemacht werden, um ein effektives Handeln der EU zu garantieren.

### **Taktik**

Sie sind Vertreterin/ Vertreter Italiens und *unterstützen* die Beitrittsabsichten Serbiens in die EU.

Allerdings hegen Sie einige Zweifel an der Realisierbarkeit des Beitritts und müssen die innenpolitischen und finanziellen Folgen bedenken. Insbesondere haben Sie hier Ihre eigene Bevölkerung im Auge. Erst wenn zentrale Forderungen erfüllt sind und Sie Ihre eigenen Interessen befriedigt sehen, stimmen Sie dem Beitritt zu.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Fordern Sie die Etablierung und Übernahme von Gemeinschaftsrechten durch beitriftswillige Staaten.
- Bei der Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik an eine erweiterte Union, dürfen alte Subventionsempfänger nicht benachteiligt werden.
- Fordern Sie, dass sich die EU auch nach dem Beitritt zu einer aktiven Mittelmeerpolitik bekennt.
- Zwar ist eine Erweiterung ohne die entsprechenden finanziellen Zuwendungen unrealistisch. Allerdings muss Ihrer Meinung nach aber diese Mehrbelastung von den finanzstarken Staaten wie Deutschland und Frankreich getragen werden. Be-

gründen Sie damit, warum Sie sich nur geringfügig an den Kosten einer Erweiterung beteiligen wollen.

- Darüber hinaus fordern Sie verstärkte Hilfe für den strukturschwachen Süden. Daher erhoffen Sie sich finanzielle Unterstützung von Frankreich und Deutschland.
- Einzelstaatliche Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Freizügigkeit müssen weitgehend harmonisiert werden. Konkret bedeutet das: Sie möchten, dass auf dem Gebiet der Freizügigkeit nationale Bestimmungen durch EU-Richtlinien und EU-Verordnungen ersetzt werden soll. Ihr Ziel ist es, Migration, auch aus den Balkanländern, nach Italien zu verhindern.
- Problematisieren Sie die aktuelle Migrationskrise in Italien, welche durch einen Beitritt Serbiens entspannt werden könnte. Serbien sollte dabei zu einer europäischen Lösung der Flüchtlingsfrage beitragen können und helfen, die Außengrenze der EU wirksam zu sichern. Setzen Sie das Migrations- und Flüchtlingsthema auf die Agenda und versuchen Sie, hier Zugeständnisse der anderen Länder und Serbiens zu erreichen.
- Versuchen Sie insbesondere, Ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Durch die erforderliche Einstimmigkeit können Sie möglicherweise etwas für sich rauschlagen.

Unterstützen Sie den Beitrittsprozess von Serbien, der aber Ihrer Ansicht nach nicht zu Lasten anderer Mitgliedsstaaten geschehen darf.

***Tipp:***

Sie können versuchen, in Spanien einen Partner für Ihre Anliegen zu suchen. Übersehen Sie allerdings nicht, dass Spanien bzgl. des Kosovos eine ganz andere Meinung vertritt als Italien. Hinsichtlich der Migrationskrise sollten Sie sich vor allem mit Griechenland, aber auch Österreich und Spanien abstimmen, auch Polen und Ungarn können wichtige Verbündete sein.

Sie stehen wegen der neuen Regierung und Ihren Verbalattacken gegen Frankreich und Deutschland in der Kritik. Lassen Sie sich aber nichts anmerken, treten Sie selbstbewusst auf!

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Kroatien (Hrvatska)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Kroatiens im Europäischen Rat. Ihr Land wurde erst im Juli 2013 in die Gemeinschaft aufgenommen. Somit sind Sie das jüngste Mitglied. Jetzt sind Sie zum ersten Mal mit der Entscheidung über weitere Beitrittsgesuche zur EU konfrontiert.

### Geschichte Kroatiens und die Bürgerkriege des ehemaligen Jugoslawiens

Kroatien war bis 1918 Teil des Königreichs Österreich-Ungarn. Nach dem Ersten Weltkrieg schloss es sich mit Serbien und Slowenien zu einem föderalen Staat zusammen, der 1929 zum „Königreich Jugoslawien“ erklärt wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand Jugoslawien unter der sozialistischen Herrschaft Josep Titos, der die südslawische Staatengemeinschaft unter

**Hauptstadt:** Zagreb (790.017 Einwohner)  
**Staatsform:** Republik  
**Fläche:** 56.542 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 4,284 Mio.  
**BIP/Einwohner:** 18,042 Euro (2017)  
**Wachstumsrate:** 2,93 (2017)  
**Arbeitslosenrate:** 12,8% (2016)  
**Sprachen:** Kroatisch, Serbisch, Ungarisch, Italienisch  
**Religionen:** 86% Katholiken, 4% serbisch-orthodoxe Christen, 1% Muslime  
**Ethnische Gruppen:** 90% Kroaten, 4,4% Serben, 5% Sonstige  
**Beitritt zur EG/EU:** 2013  
**Staatsoberhaupt:** Kolinda Grabar-Kitarović  
**Regierungschef:** Andrej Plenković  
**Außenminister:** Marija Pejčinović Burić  
**Weitere Informationen:** [www.vlada.hr/en](http://www.vlada.hr/en);  
[www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

strenger Führung einte. Nach Titos Tod im Jahr 1980 und insbesondere nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wuchsen in ganz Jugoslawien Unabhängigkeitsbestrebungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Nach einer langen Phase der ökonomischen Rezession kam es in den frühen Neunzigerjahren in den multiethnischen Gebieten des ehemaligen Jugoslawien zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.

In Kroatien begann der Krieg 1991, nachdem sich die Kroaten in einem Referendum mehrheitlich für die Unabhängigkeit entschieden hatten und es in den Gebieten der Krajina und Slawoniens zu Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten gekommen war. Kroatien erklärte sich, wie schon zuvor Slowenien, als unabhängig, das Land war damals jedoch zum großen Teil von der serbisch dominierten jugoslawischen Armee besetzt. Auch

in Bosnien und Herzegowina kämpften kroatische Einheiten gegen das jugoslawische Militär. 1993 kam es dort darüber hinaus zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen bosnischen Kroaten und Muslimen. Erst Anfang August 1995 konnte Kroatien durch eine Offensive die serbisch besetzten Gebiete in Kroatien zurückerobern, bis es schließlich im Dezember 1995 dem Abkommen von Dayton zustimmte, das den Bürgerkrieg auf dem Balkan beendete.

## Die Wirtschaft Kroatiens

Die Wirtschaft Kroatiens ist von den Folgeerscheinungen des Krieges geprägt. Die Löhne sanken zwischen 1990 und 1992 auf ein Drittel der Vorjahre. Die Industrieproduktion reduzierte sich bis 1993 um fast 50% im Vergleich zu 1989 und bewirkte einen erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf fast 30%.

Nach offiziellen Angaben der kroatischen Regierung belaufen sich die direkten und indirekten Kriegsschäden auf zirka 30 Milliarden Euro, mehr als das Dreifache des jährlichen Bruttoinlandsproduktes Kroatiens.

In den letzten Jahren konnte Kroatien beachtliche wirtschaftliche Erfolge aufweisen. Die Wirtschaftsdaten sind besser als viele der bereits beigetretenen osteuropäischen Länder. Getrübt wird der wirtschaftliche Aufschwung jedoch von der immer noch sehr hohen Arbeitslosigkeit, die 2014 bei über 19% lag, die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei 45%.

Kroatien hat zudem mit einem hohen Grad an Korruption zu kämpfen. Fehlende Rechtssicherheit, hohe Produktionskosten und die überbewertete Landeswährung „Kuna“, die den Export kroatischer Produkte hemmt, gelten als weitere Problemfelder der kroatischen Wirtschaft.

Bereits vor dem Beitritt Kroatiens zur EU war diese der wichtigste Handelspartner des Landes, und dies wird in den kommenden Jahren verstärkt werden.

Kroatien ist seit März 2003 Mitglied in der zentraleuropäischen Freihandelszone (CEFTA), genießt durch das „CARD Programm“ (Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation) der EU spezielle Wiederaufbauhilfe und ist aktiver Partner des Stabilitätspaktes für Südosteuropa.

## Kroatien in der EU

Im Jahr 2001 unterschrieb Kroatien das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU und verpflichtete sich damit, binnen sechs Jahren 60% des EU-Rechts in nationales Recht zu übernehmen. Das, sowie die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien, ist gelungen. Kroatien hatte Anfang 2003 ein Beitritts-gesuch bei der EU-Kommission eingereicht und war seit Juli 2004 offizieller Beitrittskandidat.

Als besondere Herausforderungen stellten sich die folgenden Aspekte dar:

- Reform des ineffizienten Justizsystems
- Reform der öffentlichen Verwaltung und Bekämpfung von Korruption
- Verstärktes Augenmerk auf die Rechte von Minderheiten, besonders von Flüchtlingen
- Verfolgung von Kriegsverbrechern
- Fortsetzung der bilateralen Zusammenarbeit in der Region

Zu Beginn des Jahres 2008 gerieten die Beitrittsverhandlungen der EU mit Kroatien ins Stocken: Die zum 1. Januar 2008 einseitig proklamierte Fische-

reizzone außerhalb kroatischer Territorialgewässer belasteten sowohl die Beziehungen Kroatiens zu seinen EU-Nachbarn Italien und Slowenien als auch die zur EU selbst. Offiziell sprach Zagreb von einer ökologischen Zone zum Schutz des Fischbestandes in der Adria. Gleichzeitig beanspruchte Kroatien damit aber auch internationale Hoheitsrechte jenseits seiner Territorialzonen. Die ausgerufene Zone selbst umfasst rund 25.000 Quadratkilometer. Die kroatische Seite berief sich dabei auf internationales Recht und verwies darauf, dass es dafür bereits Präzedenzfälle in der Region gebe: auch Italien und Slowenien hätten derartige Zonen einseitig proklamiert.

Slowenien und Italien wiesen diese Darstellung jedoch als nicht korrekt zurück und betonten, sie hätten nie versucht, unter dem Vorwand des Schutzes von Fischbeständen einseitig Hoheitsrechte in der Adria auszudehnen und dort auf diese Weise neue völkerrechtliche Tatsachen zu schaffen. Slowenien erinnerte ferner daran, dass Kroatien durch sein Handeln auch eine zusätzliche Verschärfung des bereits seit Jahren ungelösten Streits um die Grenzziehung in der Bucht von Piran in Kauf nahm.

Schließlich lenkte Kroatien ein und erklärte, dass diese Schutzzone nicht für EU-Mitgliedstaaten gelte. Die EU-Kommission reagierte darauf am Rande des letzten EU-Gipfels und attestierte Kroatien ein Handeln auf EU-Niveau. „Diese Entscheidung war richtig im Sinne des nationalen Interesses - und das ist der EU-Beitritt“, sagte der kroatische Ministerpräsident Ivo Sanader in Brüssel.

## **Kroatien und die nächste Erweiterungsrunde**

Im Großen und Ganzen spricht sich Kroatien für eine Weiterführung der Erweiterung aus, denn sie wird als Garant für Wohlstand und dauerhafte Stabilisierung des gesamten Kontinents angesehen. Ganz in der Logik dieses erweiterungsfreundlichen Tenors steht die kroatische Regierung auch weiterhin Beitrittsverhandlungen abgeschlossen gegenüber, ist aber sicherlich nicht das aktivste Mitgliedsland, das die Verhandlungen vorantreibt, denn dafür ist Kroatien noch zu sehr damit beschäftigt, sich selbst in die Gemeinschaft zu integrieren.

Das eindeutige Hauptinteresse Kroatiens in den kommenden Erweiterungsrunden liegt darüber hinaus auch auf Serbien. Wie bereits erwähnt, verbindet Kroatien und Serbien eine kriegerische Auseinandersetzung in den 1990er Jahren, die für beide Länder immer noch von großer Bedeutung ist. Bei den Verhandlungen darf dieser Umstand nicht vergessen werden. Allerdings wünscht sich Kroatien auch, dass die jugoslawische Krise endlich beendet wird und dass Frieden einkehrt, das könnte über die EU erreicht werden. Frieden in der Region kann es für Kroatien aber nur geben, wenn die Kosovo-Frage zufriedenstellend geklärt wird.

Die Beziehungen zwischen Kroatien und Serbien hatten im Herbst 2015 im Zuge des verstärkten Flüchtlingsaufkommens einen neuen Tiefpunkt erreicht. Beide Staaten attackierten sich verbal für ihren Umgang mit ankommenden Flüchtlingen. Nach einer kurzen heftigen Auseinandersetzung besannen sich jedoch beide Staaten auf die Notwendigkeit von pragmatischer zwischenstaatli-

cher Kooperation. Kroatien ist sich vor diesem Hintergrund der Rolle Serbiens in der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik bewusst und tritt trotz immer noch angespannter bilateraler Beziehungen für einen EU-Beitritt Serbiens ein.

Für Kroatien werden es die ersten Erweiterungsverhandlungen auf der anderen Seite des Tisches sein - auf der Seite der Mitgliedsländer. Gelingt es Kroatien, sich in dieser Runde zu etablieren und die eigenen Positionen klar darzustellen?

## Taktik

Als Vertreterin/ Vertreter Kroatiens *unterstützen* sie grundsätzlich das Beitritts-gesuch Serbiens.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Plädieren Sie für einen raschen und anhaltenden Frieden auf dem Balkan. Eine gemeinsame Mitgliedschaft in der EU könnte dabei eine stabilisierende Wirkung haben.
- Betonen Sie, warum es deswegen äußerst wichtig ist, dass Serbien die Balkankriege und auch die eigene Vergangenheit kritisch aufarbeitet.
- Fordern Sie für erfolgreiche Beitrittsverhandlungen unbedingt, dass der Status des Kosovo endlich zufriedenstellend geklärt wird. Konkret bedeutet dies: Serbien muss den Kosovo als eigenständige Nation anerkennen.

- Problematisieren und diskutieren Sie über Bedeutung Serbiens in der Flüchtlingskrise. Heben Sie die strategisch vorteilhafte Position hervor, benennen Sie vor allem die effektive Grenzsicherung durch Serbien.
- Sie sind neu in der EU und noch bemüht vor allem wirtschaftlich zu den anderen EU-Staaten aufzuholen. Ein Beitritt Serbiens darf daher nicht mit einer Kürzung Ihrer Subventionen einhergehen.
- Fordern Sie von Serbien die Einhaltung aller Beitrittskriterien, genau wie es bei Ihrem Beitrittsprozess der Fall war.

## Tipp:

Suchen Sie unter den anderen Mitgliedstaaten (etwa Deutschland und Frankreich) Verbündete für Ihre eigenen Anliegen und schließen Sie sich mit diesen zusammen. Bedenken Sie, dass bezüglich der Subventionserhaltungen vor allem die anderen Osteuropa-Staaten Ihre Absichten teilen.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Lettland (Latvija)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Lettlands im Europäischen Rat. Ihr Land ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der EU. In dieser Funktion sind Sie nun mit der Entscheidung über die nächste Erweiterungsrunde der EU konfrontiert.

### Lettland in der EU

Lettland erklärte im Jahr 1989 seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion und gab sich 1991 eine eigene Verfassung. Im selben Jahr erkannte die Sowjetunion auch formell die Unabhängigkeit Lettlands an. Seit Beginn der Unabhängigkeit verfolgt das Land konsequent eine pro-westliche und marktwirtschaftliche Politik. Mit dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen zur EU 2002 verwirklichte Lettland eine oberste außenpolitische Priorität, die über Jahre hinweg die Außen- und Innenpolitik des Landes bestimmt hatte. Die Bevölkerung von Lettland stimmte im September 2003 mit 67% für einen EU-Beitritt, allerdings gab es große regionale Differenzen – in Valmiera befürworteten 87% einen Beitritt, während er in

**Hauptstadt:** Riga (699.203 Mio. Einwohner)  
**Staatsform:** parlamentarische Demokratie  
**Fläche:** 64.573 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 1.98 Mio.  
**BIP/Einwohner:** 19.950 Euro (2017)  
**Wachstumsrate:** 3,8% (2017)  
**Arbeitslosenrate:** 8,9% (2017)  
**Sprachen:** Lettisch (alleinige Staatssprache); Russisch weit verbreitet  
**Religionen:** Protestanten, Katholiken, Russisch-Orthodoxe, Juden  
**Ethnische Gruppen:** 62% Letten, 27% Russen, 11% Andere  
**Beitritt zur EG/EU:** 2004  
**Staatsoberhaupt:** Raimonds Vējonis  
**Regierungschef:** Arturs Krišjānis Kariņš  
**Außenminister:** Edgars Rinkevics  
**Weitere Informationen:** [www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de);  
[www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

Daugavpils von 67% der Bevölkerung abgelehnt wurde. Am 1. Mai 2004 trat Lettland der EU bei und nahm im gleichen Jahr erstmals an den Wahlen zum Europäischen Parlament teil. Lettland entsendet nun neun Abgeordnete in das Europäische Parlament. Ebenfalls im Jahr 2004 trat Lettland zusammen mit weiteren Ländern der NATO bei.

Darüber hinaus ist Lettland eng in die regionale Kooperation der nordischen Länder im Ostseeraum eingebunden. Das Land betreibt im Rahmen des Baltischen Rates in vielen Bereichen eine gemeinsame Politik mit Litauen und Estland und koordiniert auch innerhalb der EU meist seinen Standpunkt mit den beiden Nachbarländern. Über die EU-Grenzen hinaus ist das Verhältnis zu Russland sowohl in

wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht von zentraler Bedeutung für Lettland. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern waren lange Zeit durch Konflikte belastet. Dies hat einerseits historische Gründe, andererseits ist die schleppende Einbürgerung der russischen Bevölkerungsminderheit in Lettland (30% der Gesamtbevölkerung) bis heute ein Problem. Aufgrund vieler Mahnungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bemühte sich die lettische Regierung in den letzten Jahren verstärkt darum, die Einbürgerungsraten zu erhöhen. Insgesamt wird inzwischen trotz bleibender Streitpunkte ein gutes Verhältnis zu Russland als wichtig erachtet, und Lettland bemüht sich um eine enge Zusammenarbeit der beiden Länder.

Der lettische Außenhandel ist zum größten Teil auf die Europäische Union ausgerichtet, Haupthandelspartner ist Deutschland, gefolgt von England und Russland. Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise erschütterte Lettland in den vergangenen Jahren sehr stark. Für weite Teile der Bevölkerung bedeutete dies zunächst spürbare Einbußen bei Lohnzahlungen und Sozialleistungen. Es folgte eine Reihe von Firmenzusammenbrüchen im gesamten Land.

Die lettische Wirtschaft zeigt aber inzwischen wieder Anzeichen der Stabilisierung. Die Regierung ist zuversichtlich, die Krise bald komplett überwinden zu können. Im Dezember 2008 hatte Lettland von der internationalen Gebergemeinschaft ein Kreditpaket von insgesamt 7,5 Milliarden Euro erhalten. Im Gegenzug leitete Lettland einen harten Spar- und Reformkurs zur Haushaltskonsolidierung ein, der das Staatsdefizit hat drastisch reduzieren können, wodurch Lettland die Staatsverschuldung im letzten Jahr hat

innerhalb der Maastricht-Kriterien halten können. Die angestrebte Einführung des Euro konnte im Januar 2014 vollzogen werden, womit Ihr Land das jüngste Eurobeitrittsland sind.

### **Lettland und die nächste Erweiterung**

Lettland vertritt in Fragen der Erweiterung eine ähnliche Position wie die anderen beiden baltischen Staaten. Die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses der Europäischen Union wird als elementar wichtig angesehen, sowohl für die beitriftswilligen Staaten als auch für die EU selbst. Für erstere bedeutet die Aussicht auf einen EU-Beitritt eine hohe Motivation, den Prozess der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen fortzusetzen. Aus eigener Erfahrung weiß die lettische Regierung, wie wichtig der Anreiz einer EU-Mitgliedschaft für die Modernisierung und Demokratisierung des politischen Systems in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion ist. Die EU hat ihrerseits nicht nur die Verantwortung, diese positiven Entwicklungen weiter zu unterstützen, sondern sie zieht in den Augen Lettlands aus einer Fortsetzung der Erweiterung auch zahlreiche eigene Vorteile. Die Stabilisierung und Demokratisierung der gesamten Region liegt im ureigenen Interesse der EU, die es sich zum Ziel gesetzt hat, den gesamten Kontinent zu einem Raum des Friedens und der Demokratie zu machen. Weiterhin steigt mit der Aufnahme jedes neuen Mitgliedstaats das Gewicht der Europäischen Union als internationaler Akteur auf der Weltbühne. Gerade in Bezug auf die immer wichtiger werdenden Beziehungen nach Osten können die neuen Mitglieder aufgrund ihrer historisch gewachsenen Verbindungen einen großen Beitrag leisten.

Lettland sieht sich als starken Anwalt der Staaten, die in die Europäische Union beitreten wollen. Sie achten jedoch sehr deutlich auf die Einhaltung der Kriterien von Kopenhagen und ganz besonders auf die Einhaltung der Menschenrechte.

Neben der Erweiterungspolitik halten Sie auch die Europäische Nachbarschaftspolitik für ein sehr wirksames Instrument zur Verbreitung von Stabilität und Frieden über die Grenzen der EU hinweg. Sie setzen sich deshalb dafür ein, diese Politik gegenüber den Nachbarländern zu verstärken. So kann die Nachbarschaftspolitik einerseits dazu dienen, beitragswillige Länder näher an die EU heranzuführen und auf einen Beitritt vorzubereiten, andererseits bietet sie eine Möglichkeit, mit den Ländern, die nicht beitreten wollen, oder für die ein Beitritt derzeit nicht in Frage kommt, feste Kooperationsbeziehungen und Partnerschaften aufzubauen. Letzteres gilt insbesondere für Russland.

### **Taktik**

Als Vertreterin/Vertreter Lettlands sind Sie ein großer Befürworter der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die EU und *unterstützen* daher das Beitritts-gesuch Serbiens. Um Ihrer erweiterungsfreundlichen Haltung Ausdruck zu verleihen, können Sie Serbien auch Ihre Unterstützung bei der Heranführung an die EU anbieten.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Argumentieren Sie mit Blick auf die obigen Ausführungen mit dem Nutzen, den eine neue Erweiterungsrunde für beide Seiten – Serbien wie auch die EU – mit

sich bringen würde. Entgegenen Sie Kritikern, dass es immer das Ziel der europäischen Einigung war, den gesamten Kontinent in das Projekt einzubinden.

- Argumentieren Sie, dass eine Abschottung der EU gegenüber beitragswilliger Staaten Ihrer Meinung nach zu einem erheblichen Rückschlag für die Reformbemühungen in diesen Ländern führen würde. Das wiederum hätte eine destabilisierende Wirkung für die Region und liegt nicht im Interesse der EU.
- Fordern Sie, dass Serbien die gleichen Pflichten auferlegt werden, wie Ihnen bei Ihrem Beitritt. Dies bedeutet in der Praxis, dass Sie auf eine strenge Einhaltung der Kopenhagener Kriterien pochen, bevor ein Beitritt erfolgen kann, da anderenfalls der jetzige rechtliche Besitzstand der EU gefährdet wäre.
- Sie haben sich für eine schnelle Anerkennung des von Serbien unabhängigen Kosovo eingesetzt und sehen diesen durchaus als ein zukünftiges Mitglied der Europäischen Union. Betonen Sie daher die Notwendigkeit der Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo. Die Geschwindigkeit des Integrationsprozesses ist Ihrer Meinung nach von der serbischen Bereitschaft diese Normalisierung auf allen Ebenen durchzusetzen abhängig.
- Problematisieren Sie den großen Schaden, den Ihr Land während der Wirtschaftskrise genommen hat. Achten Sie also mit aller Strenge darauf, dass eine Erwei-

terung keine finanziellen Mehrbelastungen für Ihren Staatshaushalt zur Folge hat.

***Tipp:***

Vergessen Sie nicht, dass Sie als kleines Land immer auf Koalitionen mit anderen Mitgliedstaaten angewiesen sind, um Ihrer Position Gehör zu verschaffen. Setzen Sie sich zuerst mit den anderen osteuropäischen Staaten in Verbindung, da diese meist ähnliche Interessen haben wie Sie. Versuchen Sie zusammen auszuloten, welche der größeren Mitgliedstaaten Interesse an einer gemeinsamen Positionsvertretung haben könnten. Seien Sie bereit, auch Kompromisse einzugehen, da Sie als kleines Land sonst Gefahr laufen, isoliert zu werden.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Litauen (Lietuva)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Litauens im Europäischen Rat. In dieser Funktion sind Sie nun mit der Entscheidung über eine erneute Erweiterungsrunde der Gemeinschaft konfrontiert, der Sie selbst erst am 1. Mai 2004 beigetreten sind.

### Litauen in der EU

Der heutige Staat Litauen wurde 1918 gegründet, erlangte jedoch erst 1990 nach 50 Jahren Fremdherrschaft seine Unabhängigkeit. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht in der Mitgliedschaft des Landes in EU und NATO die einzige wirkliche Garantie für den Erhalt der Unabhängigkeit. Litauen grenzt an Polen, Lettland, Belarus und die russische Enklave Königsberg. 25 Kilometer nördlich von Wilna, in dem Dorf Bernotai, liegt den Kartografen zufolge der geographische Mittelpunkt des europäischen Kontinents.

Die Integration des Landes in westliche Strukturen, d.h. der Beitritt zu EU und NATO, war lange die wichtigste außen-

**Hauptstadt:** Vilnius (537.000 Einwohner)  
**Staatsform:** parlamentarische Demokratie, ausgeprägte präsidiale Elemente  
**Fläche:** 65.301 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 2,73 Mio.  
**BIP/Einwohner:** 16.093 Euro  
**Wachstumsrate:** 3,0%  
**Arbeitslosenrate:** 10,7%  
**Sprachen:** Litauisch  
**Religionen:** überwiegend Katholiken, daneben Russisch-Orthodoxe, Protestanten, Juden  
**Ethnische Gruppen:** 85 Prozent Litauer, daneben Polen (6,5%), Russen und Weißrussen (6,5%), andere Nationalitäten unter 1%  
**Beitritt zur EG/EU:** 2004  
**Staatsoberhaupt:** Dalia Grybauskaitė  
**Regierungschef:** Saulius Skvernelis  
**Außenminister:** Linas Antanas Linkevičius  
**Weitere Informationen:** <https://de.mfa.lt/>;  
[www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de); [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

politische Priorität und ist nun realisiert. Im Dezember 2002 unterzeichnete die litauische Regierung den EU-Beitrittsvertrag, der in einem Referendum im Mai 2003 mit 91% Ja-Stimmen von der litauischen Bevölkerung eindrücklich bestätigt wurde. Seit dem 1. Mai 2004 ist Litauen EU-Mitglied.

Das erste Jahr der Mitgliedschaft nutzte Litauen für die Etablierung und Festigung seiner Mitwirkung in den europäischen Institutionen. Inhaltlich legt das Land aufgrund seiner historischen und geographischen Verbindungen großen Wert auf den Ausbau der regionalen Kooperationen im Ostseeraum, insbesondere mit den zwei weiteren baltischen Staaten. Das Land sieht sich hier als geographisches Zentrum der interregionalen Zusammenarbeit. Die litauische Regierung setzt sich dafür ein,

dass diesem Thema auch auf europäischer Ebene mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die teilweise belasteten Beziehungen zu Russland haben sich verbessert (unter anderem hat Litauen auch russischen Bürgern im Land die Staatsbürgerschaft eingeräumt), und Litauen ist daran gelegen, diese Kooperationsansätze auch auf europäischer Ebene im Rahmen der EU-Russland-Beziehungen zu intensivieren. In diesem Zusammenhang treibt Litauen auch eine Einigung bezüglich der Enklave Kaliningrad voran. Die Beziehungen zu Russland wurden aber durch die Ukraine-Krise stark erschüttert und es ist Litauen ein Anliegen, eine gemeinsame EU-Position gegenüber Russland zu entwickeln.

In der europäischen Außenpolitik setzt sich Litauen daher sehr deutlich für eine Stärkung der transatlantischen Beziehungen und für eine starke Rolle der NATO ein.

### **Litauen und die nächste Erweiterungsrunde**

Mit Litauen ist der Europäischen Union ein Land beigetreten, das ein großes Maß an Kenntnissen über die neuen Nachbarn der EU in Osteuropa und eine Vielzahl bilateraler Kontakte mit in die Gemeinschaft bringt. Vor diesem Hintergrund gehört das Land zu den vehementesten Verfechtern einer aktiven Erweiterungspolitik der EU, besonders in Richtung Osteuropa.

Der Grundgedanke dieser Politik der Offenheit gegenüber beitragswilligen Staaten stützt sich auf die Überzeugung, dass die demokratische Transformation dieser Länder die Grundlage für Stabilität und Erfolg in Europa ist, jetzt und in der Zukunft. Für Litauen überwiegen die Vorteile auch künftiger Erweiterungen

für beide Seiten deutlich: Für die Kandidatenländer bedeuten sie eine Hinwendung zu Sicherheit, Stabilität und Wachstum nach einer Zeit der Konflikte und der Unfreiheit, für die EU bringen Erweiterungen ebenfalls Vorteile in vielerlei Hinsicht. Litauen weist dabei deutlich darauf hin, dass jede Erweiterung bisher nicht nur ein Plus an regionaler Stabilität und bei der Stärkung des Einflusses als globaler Akteur gebracht hat, sondern auch ein Katalysator für institutionellen Fortschritt innerhalb der EU war. In diesem Sinne plädiert die litauische Regierung dafür, sich keinem Beitritts-gesuch von vornherein zu verschließen, sondern immer offen zu sein für zukünftige Entwicklungen.

Kaum ein anderes Land der EU geht so offen und vorurteilsfrei an weitere neue Erweiterungsrunden heran.

Die Beziehungen zu Serbien waren lange Zeit angespannt. Litauen hat als letzter EU Mitgliedsstaat das Stabilisations- und Assoziationsabkommen der EU mit Serbien unterzeichnet. Lange Zeit war Litauen einer der stärksten Kritiker eines möglichen Beitritt Serbiens. Gründe dafür waren zum einen der Umgang mit litauischen Investoren in Serbien, welcher die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten verschlechterte. Zum anderen standen die beiden Staaten in Konkurrenz um die Präsidentschaft der Generalversammlung der UN, welche 2012 an Serbien ging. Die serbische Kandidatur wurde offen von Russland unterstützt und dafür stark von Litauen kritisiert. In jüngerer Vergangenheit haben sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten erneuert und intensiviert.

Zur Vorbereitung zukünftiger Beitritte fordert Litauen die schnelle Implemen-

tierung einer aktiven Nachbarschaftspolitik der EU im Osten, die die dortigen Staaten in ihren Transformationsprozessen unterstützen soll. Nur mit dieser Unterstützung und mit der Eröffnung klarer Beitrittsperspektiven kann die vollständige Demokratisierung ganz Osteuropas gelingen. Im Rahmen dieser Nachbarschaftspolitik strebt Litauen auch eine engere Kooperation mit Russland an.

## **Taktik**

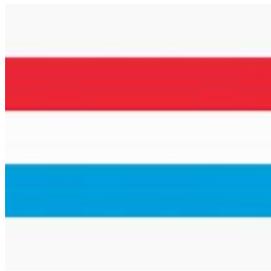
Bringen Sie die folgenden Argumente in die Verhandlungen mit ein.

- Setzen Sie sich auch innerhalb der EU für einen klaren Erweiterungskurs ein.
- Weisen Sie darauf hin, dass es nur konsequent ist, Argumente wie Demokratisierung, Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwung, die für den eigenen Beitritt vorgebracht wurden, nun auch für die neuen Beitrittskandidaten gelten zu lassen.
- Verweisen Sie im Hinblick auf frühere Konflikte auf die Bekämpfung von Verbrechen und Korruption sowie den Schutz von Investoren aus dem Ausland auch in neuen Mitgliedsstaaten.
- Treten Sie für eine zügige Anerkennung Kosovos durch alle Staaten der EU ein und fordern Sie außerdem Gespräche über einen Beitritt des Landes zur EU.
- Fordern Sie die bedingungslose Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal und die Weiterführung der Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo

## **Tipp:**

In den anstehenden Verhandlungen sollten Sie versuchen, Partner für Ihren Erweiterungskurs zu finden und Koalitionen zu schmieden. Als Vertreterin/Vertreter eines kleinen Landes sollten Sie versuchen, die Unterstützung anderer Mitgliedstaaten für Ihre Position zu gewinnen. Andere kleine Staaten könnten ähnliche Interessen haben wie Sie.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Luxemburg

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Luxemburgs im Rat der Europäischen Union. Luxemburg war als Gründungsmitglied der EG bereits an zahlreichen Erweiterungsentscheidungen beteiligt. Kurz nach der letzten Ostererweiterung ist das Land nun erneut mit einem Beitrittsantrag aus Serbien konfrontiert.

### Luxemburg in der EU

Seit jeher ist Luxemburgs Außenpolitik von zwei Anliegen geprägt: Sicherheit und die Integration in einen wirtschaftlichen Großraum. Schon vor der Gründung der EGKS 1952 schloss sich Luxemburg im Jahr 1948 mit Belgien und den Niederlanden in der BENELUX-Wirtschaftsunion zusammen. Luxemburg hat seit den Anfängen des europäischen Integrationsprozesses eine sehr europazentrierte Politik betrieben. Als Kleinstaat ist Luxemburg an einem sicheren und stabilen Umfeld interessiert,

**Hauptstadt:** Luxemburg (Stadt)  
**Staatsform:** Großherzogtum  
**Fläche:** 2.586 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 602.005  
**BIP/Einwohner:** 92.800 Euro  
**Wachstumsrate:** 2,3%  
**Arbeitslosenrate:** 5,5%  
**Sprachen:** Luxemburgisch, Französisch, Deutsch  
**Religionen:** 61% Christliche Glaubensgemeinschaften, muslimische und jüdische Minderheiten  
**Ethnische Gruppen:** 60% Luxemburger  
**Beitritt zur EG/EU:** Gründungsmitglied  
**Staatsoberhaupt:** Henri, Großherzog von Luxemburg  
**Regierungschef:** Xavier Bettel  
**Außenminister:** Jean Asselborn  
**Weitere Informationen:** [www.luxembourg.public.lu](http://www.luxembourg.public.lu)

deshalb wird die Europäische Integration als Instrument der Friedenssicherung bewertet. In der multilateralen Zusammenarbeit sieht das Land außerdem die beste Möglichkeit zur Wahrung seiner Unabhängigkeit und des Gewichts seiner Stimme in der Welt. Das Land hat stark von der Entwicklung der Europäischen Union, besonders auch von den in Luxemburg ansässigen europäischen Institutionen, profitiert. Es nimmt traditionell eine Vermittlerfunktion im europäischen Einigungsprozess wahr, indem es zwischen den großen und kleinen Staaten vermittelt, eine klare europafreundliche Position vertritt und Kompromissfindungen unterstützt.

Luxemburg hat ein klares Interesse daran, die Vertiefung der Europäischen Union fortzusetzen. Allerdings ist es als

zweitkleinster Mitgliedstaat auch um die Situation der kleineren Staaten und ihre zukünftigen Einwirkungsmöglichkeiten Auf Entscheidungen der EU besorgt. Luxemburg will weiterhin im Zentrum der Europäischen Union und ihrer Institutionen stehen und seine traditionelle Maklerrolle ausüben.

## **Luxemburg und die Erweiterung**

Luxemburg hat ein gutes Verhältnis zu den meisten ost- und südosteuropäischen Staaten, insbesondere zu Rumänien, wo noch heute die Nachkommen luxemburgischer Auswanderer des 18. Jahrhunderts leben. Die nächste Erweiterung betrifft das Land durch seine inereuropäische Lage jedoch eher indirekt. In erster Linie erhofft sich die luxemburgische Regierung von der Integration Serbiens eine Stabilisierung der politischen Lage auf dem gesamten Kontinent. Eine Eingliederung Serbiens wird nach den Balkankonflikten als wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Friedenskonsolidierung im Balkanraum gesehen. Daher unterstützt Luxemburg ein Fortfahren im Erweiterungszeitplan und den Beitritt Serbiens.

Wichtig ist der luxemburgischen Regierung, dass die Entscheidung über den Beitritt Serbiens allein auf der Grundlage einer individuellen und objektiven Beurteilung der Eigenleistungen des einzelnen Kandidaten und nicht in Form von politischen Blockentscheidungen gefällt wird. Einen kritischen Blick werfen Sie bei Serbien auf das politische Verhältnis zum Kosovo sowie die Rechtsstaatlichkeit des Landes. Luxemburg hat den Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt und ist mit einem Vermittlungsbüro vor Ort und unterstützt das Land. Eine Anerkennung des Kosovo auch durch Serbien ist daher für Luxemburg wichtig und auch ein mittelfristiger Beitritt des Kosovos zur EU denkbar. Luxemburg sieht

sich dabei als Vermittler und Hilfesteller für den Kosovo. Für Sie ist zum einen das friedliche Miteinander der Staaten ein entscheidendes Kriterium für einen Beitritt, als auch der Ausbau der Rechtsstaatlichkeit und Bekämpfung von Korruption im Land.

Als Probleme einer erneuten Erweiterung werden hauptsächlich die damit verbundenen finanziellen Belastungen (Luxemburg ist Europas reichster Staat und damit Nettozahler) und die Verringerung des Luxemburger Einflusses auf Entscheidungen in einer erweiterten EU genannt. Diese beiden Punkte spielen für das Land eine große Rolle in den anstehenden Verhandlungen.

## **Taktik**

Als Vertreterin/Vertreter Luxemburgs stehen Sie im Allgemeinen hinter einer Fortsetzung der europäischen Erweiterung, beharren jedoch auf der strikten Anwendung der Kopenhagener Kriterien auf die einzelnen Beitrittskandidaten, bevor eine Aufnahme erfolgen kann. Zudem fordern Sie vor einer Zustimmung zu einer erneuten Erweiterung in EU Kreisen eine Reform der kostspieligen Agrar- und Strukturpolitik. Außerdem verlangen Sie Garantien dafür, dass der Einfluss kleinerer Länder und die Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten in der erweiterten EU gesichert bleiben und keine Rückschritte in der Integration erfolgen. Unter diesen Voraussetzungen befürworten Sie die Erweiterung dann klar und deutlich. Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Sie sehen die Zukunft des gesamten Balkans auf lange Sicht innerhalb der EU.

- Fordern Sie vor einer Zustimmung zu einer erneuten Erweiterung eine Reform der kostspieligen Agrar- und Strukturpolitik.
- Fordern Sie eine Debatte um die Anerkennung des Kosovo auch durch Serbien bzw. einen klaren Plan für einen nachhaltigen Friedens- und Anerkennungsprozess innerhalb der nächsten Jahre.
- Verlangen Sie außerdem Garantien dafür, dass der Einfluss kleiner Länder und die Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten in der erweiterten EU gesichert ist und es keine Rückschritte in der Integration geben wird.
- Verweisen Sie auf die Kopenhagener Kriterien und betonen Sie die strikte Einhaltung als zentralen Gegenstand der Beitrittsverhandlungen.
- Stellen Sie klar, dass es auch für Ihr Land nicht mehr möglich ist, großzügige Summen bereit zu stellen, um damit die Probleme neuer Mitgliedstaaten zu lösen.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass die Überwachung der Reformfortschritte in Serbien in der Praxis auch nach Unterzeichnung des Beitrittsvertrags bis zum tatsächlichen Beitritt beibehalten wird, um bei möglichen Versäumnissen sofort reagieren zu können.

**Tipp:**

Luxemburg ist traditionell ein Vermittler zwischen den verschiedenen Positionen der Mitgliedsstaaten. Versuchen Sie daher zwischen den osteuropäischen und westeuropäischen Staaten zu vermitteln. Machen Sie sich darüber hinaus aber insbesondere für die kleineren Staaten stark, deren Meinung Sie offensiv vertreten. Ihre eigenen Interessen sind zudem sehr wichtig für Sie.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Malta

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Maltas im Rat der Europäischen Union. Ihr Land ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der EU. In dieser Funktion sind Sie nun mit der Entscheidung über die nächste Erweiterungsrunde der EU konfrontiert.

### Malta in der EU

Die Insel Malta, die zusammen mit der dazugehörigen kleineren Nachbarinsel Gozo im Mittelmeer zwischen Sizilien und der afrikanischen Küste liegt, hat eine sehr wechselhafte Geschichte hinter sich. Aufgrund der strategisch günstigen Lage im Mittelmeer wechselte die Insel im Lauf der Zeit mehrfach den Besitzer. So fiel Malta nach der Herrschaft der Phönizier, der Karthager und der Römer unter die Hoheit des byzantinischen Reichs, danach folgten die Araber, die Normannen und schließlich die Sizilianer. Ein Schlüsseldatum in der Geschichte Maltas stellt das Jahr 1523 dar, in dem die Insel von Rittern des Johanniterordens aus Jerusalem erobert wurde.

**Hauptstadt:** La Valetta  
**Staatsform:** Republik  
**Fläche:** 315,6 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 433.300  
**BIP/Einwohner:** 92.800 Euro  
**Wachstumsrate:** 2,3%  
**Arbeitslosenrate:** 5,5%  
**Sprachen:** Maltesisch, Englisch und z.T. Italienisch als Umgangssprache  
**Religionen:** 95% Katholiken  
**Ethnische Gruppen:** Maltester  
**Beitritt zur EG/EU:** 2004  
**Staatsoberhaupt:** Marie Louise Coleiro Preca  
**Regierungschef:** Joseph Muscat  
**Außenminister:** Carmelo Abela  
**Weitere Informationen:** [www.foreignaffairs.gov.mt](http://www.foreignaffairs.gov.mt)

Nach vfbvvcvcxkurzer französischer Herrschaft wurde Malta 1814 freiwillig ein Teil von Großbritannien und erhielt im Jahr 1964 seine Unabhängigkeit.

Das politische Geschehen in Malta wird vor allem von zwei großen Parteien dominiert, der Arbeiterpartei und der nationalistischen Partei. Beide stellten bisher abwechselnd die Mehrheit im maltesischen Parlament und damit die Regierung des Landes.

Bezüglich des Beitritts zur Europäischen Union herrschte in Malta kein übergreifender politischer Konsens. 1990 stellte das Land unter der Regierung der nationalistischen Partei seinen Antrag auf Aufnahme in die EU, den die 1996 gewählte Regierung der Arbeiterpartei wieder aussetzte. Nach dem Regierungswechsel

1998 erneuerte Malta seinen Beitrittsantrag. Von diesem Zeitpunkt an war der Beitritt zur EU das wichtigste außenpolitische Ziel Maltas. Im Referendum vom 8. März 2003 sprachen sich 53,6% der Malteser für einen EU-Beitritt aus. Dem Trend des Referendums folgend und die EU-Annäherung begrüßend, wurde die nationalistische Partei 2003 wiedergewählt. Am 1. Mai 2004 trat Malta der EU bei und löste damit Luxemburg als kleinstes Land der Gemeinschaft ab.

Durch seine Verfassung aus dem Jahr 1987 ist Malta auf Neutralität festgelegt, was auch im Beitrittsvertrag zur EU erneut bekräftigt wurde. So führt Malta auch heute seine bisherige Politik der Neutralität und Blockfreiheit konsequent fort.

Malta betreibt eine mediterran orientierte Außenpolitik und pflegt neben guten Beziehungen zu seiner ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien enge Kontakte zu Italien, den USA und den nordafrikanischen Staaten, besonders zu Libyen. Durch seine geographische Lage ist Malta für die EU von strategischer Bedeutung und sieht sich als „Brücke über das Mittelmeer“, über die wichtige Verbindungen zwischen der EU und den nordafrikanischen Staaten entstehen können. Innerhalb der EU hat Malta auch viele Interessen mit den anderen Staaten des Mittelmeers gemein, etwa mit Griechenland, Spanien oder Italien.

## **Malta und die Erweiterung**

Malta steht einer erneuten Erweiterung der EU im Allgemeinen aufgeschlossen gegenüber. In der Fortsetzung des Erweiterungskurses sieht das Land einen starken Anreiz für beitriftswillige Staaten, positive Reformen entschiedener voranzutreiben, um Teil des europäischen Projekts zu werden. Dieser Reformschub würde letztlich dem gesamten Kontinent

zugutekommen, da so auf lange Sicht Stabilität garantiert werden könne.

Für Länder, deren politische und wirtschaftliche Situation keinen zeitnahen Beitritt erlaubt, drängt Malta auf einen Ausbau der Nachbarschaftspolitik, um auch dort eine stabilisierende Wirkung zu erreichen. Im Rahmen dieser Kooperationen sollen besonders die Kontrolle von Migrationsbewegungen, die Stärkung von Menschenrechten, die Demokratisierung, die Terrorismusbekämpfung und die Förderung eines positiven Investitionsklimas im Vordergrund stehen.

Grundsätzlich ist daher Malta ein Fürsprecher aller am Beitritt interessierten Staaten. Einem zügigen Beitritt Serbiens steht Malta entsprechend positiv gegenüber.

Die Unabhängigkeit des Kosovo hat Malta später als andere EU-Staaten anerkannt, dennoch unterhält das Land seit 2011 feste diplomatische Beziehungen zum Kosovo.

## **Taktik**

Als Vertreterin/Vertreter Maltas unterstützen Sie grundsätzlich die Aufnahme weiterer Mitglieder in die EU. Allerdings knüpfen Sie Ihre Zustimmung an die Bedingung, dass Länder erst aufgenommen werden können, wenn sie fähig sind, die Kopenhagener Kriterien voll zu erfüllen und wenn ihre politischen und wirtschaftlichen Systeme stabil sind.

Ihnen ist wichtig, dass die Integration neuer Mitglieder den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhalt der EU nicht untergräbt, sondern fördert.

- Drängen Sie auf eine rasche Aufnahme Serbiens, sobald das

Land die Bedingungen des Kriegsverbrechertribunals für Ex-Jugoslawien erfüllt und alle gesuchten Kriegsverbrecher ausliefert.

- Heben Sie die Wichtigkeit einer fortschreitenden Demokratisierung Serbiens hervor und die Stärkung von Menschenrechten im Land. Hier fordern Sie, dass ein Fokus gelegt werden soll, wenn Serbien Mitglied werden möchte.
- Weiterhin wollen Sie verstärkt das Instrument der europäischen Nachbarschaftspolitik einsetzen, um benachbarte Staaten, auch unabhängig von einem Beitritt, enger an die EU zu binden.
- Fordern Sie Garantien ein, dass eine Aufnahme Serbiens nicht dazu führt, dass sich der Fokus auf Osteuropa verschiebt. Sie haben ein großes Interesse daran, dass die Nachbarschaftspolitik insbesondere im Mittelmeerraum und Nordafrika angewendet wird.
- Unterstreichen Sie bei Ihren Forderungen auch den Wunsch nach einer nachhaltigen Kontrolle von Migrationsströmen und einer Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung.
- Pochen Sie auf die Herstellung eines positiven Investitionsklimas. Sie wollen verhindern, dass der Beitritt Serbiens die Finanzen der Union zusätzlich belastet.
- Drängen Sie darauf, dass der Einfluss kleiner Länder und die Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten in der

erweiterten EU gesichert ist und es keine Rückschritte in der Integration geben wird.

**Tipp:**

Als Vertreterin/Vertreter Maltas sollten Sie sich mit anderen Mittelmeerstaaten zusammenschließen, da Sie sich mit Ihnen viele Interessen teilen. Setzen Sie außerdem auf die traditionell enge Beziehung zu Großbritannien. Das Land wird die Europäische Union zwar bald verlassen, dennoch können Sie durch die Zusammenarbeit mit einem der größten Staaten der EU Ihre eigene Verhandlungsposition stärken.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Niederlande (Nederland)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter der Niederlande. Als Gründungsmitglied der EWG hat ihr Land bereits an den Entscheidungen über zahlreiche Erweiterungsrounden mitgewirkt. Kurz nach der letzten großen Osterweiterung sind die Niederlande mit erneuten Beitrittsgesuchen ost- und südosteuropäischer Staaten konfrontiert.

### Die Niederlande in der EU

Die Niederlande pflegen aufgrund ihrer geographischen Lage und ihrer Größe traditionell eine intensive Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten. Schon vor der Gründung der EGKS 1951 schlossen sie sich im Jahr 1948 mit Luxemburg und Belgien in der BENELUX-Wirtschaftsunion zusammen. Seit der Gründung der EWG haben die Niederlande ein großes Interesse an einem funktionierenden Binnenmarkt, denn 75% ihrer Exportprodukte werden in den europäischen Markt ausgeführt.

Allerdings ist die niederländische Europapolitik nicht allein auf die wirtschaftlichen Aspekte der Integration ausgerichtet. Das Land betreibt innerhalb der EU seit jeher eine sehr integrationsfreundliche Politik und ist

**Hauptstadt:** Amsterdam (0,82 Mio. Einwohner)  
**Staatsform:** Parlamentarische Monarchie  
**Fläche:** 41.548 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 16,9 Millionen  
**BIP/Einwohner:** 48.649 Euro  
**Wachstumsrate:** 3,12%  
**Arbeitslosenrate:** 3,9%  
**Sprachen:** Niederländisch, Friesisch (regional)  
**Religionen:** 24% Katholiken, 15% Protestanten, 5% muslimisch, ca. 50% ohne Religionszugehörigkeit  
**Ethnische Gruppen:** 95,7% Niederländer  
**Beitritt zur EG/EU:** Gründungsmitglied  
**Staatsoberhaupt:** König Willem Alexander  
**Regierungschef:** Mark Rutte  
**Außenminister:** Halbe Zijlstra  
**Weitere Informationen:**  
[http://deutschland.nlbotschaft.org/;](http://deutschland.nlbotschaft.org/)  
[www.weltalmanach.de;](http://www.weltalmanach.de;) [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

ein Verfechter eines engen Zusammenschlusses nach innen, der eine Stärkung der Position von Parlament und Kommission sowie eine Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat vorsieht. In diesem Sinne ist für die Niederlande eine Reform der Institutionen der EU unausweichlich, um auch in Zukunft die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft zu garantieren.

Auch in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik fordert die niederländische Regierung eine stärkere Zusammenarbeit und größeres Engagement, das jedoch nicht zu Lasten der transatlantischen Beziehungen gehen darf. Für die Niederlande hat das Verhältnis zu den USA eine hohe außenpolitische Priorität und soll nicht gefährdet werden.

Schließlich fordert der große Beitragszahler Niederlande, dass alle

künftigen Schritte der europäischen Integration zu vertretbaren Kosten realisiert werden, was eine radikale Reform der kostenintensiven gemeinsamen Agrarpolitik einschließt.

### **Die Niederlande und die nächste Erweiterung der EU**

Die Niederlande unterstützen eine erneute Erweiterung der EU um eine begrenzte Anzahl von Staaten unter bestimmten Bedingungen. Prinzipiell wird die Aufnahme neuer Mitglieder befürwortet, weil dadurch ein Stabilitätswachstum in Europa gewonnen wird und gleichzeitig wirtschaftliche Vorteile besonders für die exportorientierten niederländischen Unternehmen entstehen. Allerdings sprechen sich die Niederlande aus mehreren Gründen für ein langsames Tempo der nächsten Erweiterungsschritte aus.

Aktuelle Probleme des Landes mit der Integration von Einwanderern und den daraus resultierenden Ängsten und ausländerkritischen Tendenzen in der niederländischen Gesellschaft müssen von der Regierung ernst genommen werden. Um die Ängste nicht weiter zu schüren, fährt die Regierung den Kurs, neue Beitritte nur nach Festlegung von bestimmten Sicherheitsklauseln und Übergangsfristen insbesondere im Bereich der Personenfreizügigkeit zu befürworten.

Die Wirkung einer Erweiterung auf das institutionelle Gefüge muss im Vorhinein klar analysiert und eine weitere Vertiefung der Integration zur Voraussetzung gemacht werden, um das Entscheidungsvermögen der EU nicht zu gefährden.

Eine weitere Maßnahme zum Schutz einer handlungsfähigen EU besteht in der strikten Anwendung der

aufgestellten politischen wie wirtschaftlichen Kriterien auf die einzelnen Beitrittskandidaten. So soll garantiert werden, dass durch die Erweiterung weder der Binnenmarkt noch andere europäische Politikbereiche (wie z.B. der Umweltschutz) verwässert werden.

Die Dynamik des europäischen Einigungsprozesses muss erhalten bleiben, weshalb für die Niederlande ein gewisser Grad an differenzierter Integration innerhalb einer erweiterten Europäischen Union unumgänglich ist. Unter den im Vertrag von Lissabon festgeschriebenen Bedingungen für die verstärkte Zusammenarbeit – sie muss jederzeit offen für kooperationswillige Mitgliedstaaten sein und darf weder die Rechtsordnung noch den Binnenmarkt untergraben – plädiert die Regierung folglich für eine gezieltere Nutzung dieses Instruments, um eine Stagnation des Integrationsprozesses in der großen EU zu verhindern.

Die Niederländer fürchten zunehmend, in einer immer größer werdenden EU unterzugehen und an Einfluss zu verlieren. Dabei spielt auch die Angst vor massiven Einwanderungsströmen und einer „Überfremdung“ der Gesellschaft eine Rolle. Vor dem Hintergrund dieser Mischung aus unterschiedlichen Sorgen haben die Niederländer im Juni 2005 in einem Referendum auch die Europäische Verfassung mehrheitlich abgelehnt.

Die Beziehungen zu Serbien, waren lange Zeit angespannt. Zu Beginn der Kooperationsverhandlungen waren die Niederlande einer der vehementesten Kritiker Serbiens und knüpften weitere Integrationsschritte an harte Bedingungen. So blockierte die niederländische Regierung lange Zeit ein wichtiges Handelsabkommen zwischen

Serbien und der EU, aufgrund mangelnder Kooperation Serbiens mit dem Internationalen Kriegsverbrecher Tribunal in Den Haag. Die Unterzeichnung der Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen machten die Niederländer von der Auslieferung der letzten beiden flüchtigen Kriegsverbrecher Ratko Mladić und Goran Hadžić abhängig. Dennoch haben die Niederlande in den letzten Jahren in Form von bilateralen Abkommen sowie multilateralen Programmen und Projekten viel in den Integrationsprozess Serbiens investiert und befürworten grundsätzlich den Beitritt Serbiens in die EU.

### **Taktik**

Als Vertreterin/Vertreter der Niederlande *befürworten* Sie grundsätzlich das Beitrittsgesuch Serbiens. Jedoch sind Sie in einigen Punkten noch etwas skeptisch. Erst wenn zentrale Forderungen erfüllt sind unterstützen Sie einen Beitritt.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Nennen Sie eine weitreichende institutionelle Reform, die zu einer Vertiefung der EU führt als oberste Priorität, ohne die kein Beitritt der Balkanländer stattfinden kann.
- Ein großes Anliegen ist Ihnen etwa die Einschränkung der Kosten einer neuen Erweiterung. Fordern Sie daher eine entschiedene Reform der Ausgabenstruktur der Union sowie eine allgemeine Begrenzung des EU-Budgets auf ein Prozent der europäischen Wirtschaftskraft.

- Argumentieren Sie für die Einhaltung politischer Kriterien, zu denen auch die uneingeschränkte Kooperation mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gehört.
- Sprechen Sie sich im Hinblick auf europaskeptische Tendenzen für eine allmähliche Integration aus. Befürworten Sie in diesem Zusammenhang Sicherheitsklauseln und Übergangsfristen in sensiblen Bereichen (etwa Personenfreizügigkeit). Die öffentliche Unterstützung ist für eine Erweiterung unverzichtbar!
- Fordern Sie trotz wiederkehrender Rückschläge weitere Bemühungen zur Normalisierung der Beziehung zwischen Serbien und dem Kosovo.
- Heben Sie die Einhaltung von Menschenrechtsstandards durch Beitrittskandidaten hervor, die für die Niederlande traditionell eine wichtige Rolle spielen.

### **Tipp:**

Sie haben kein Interesse daran, den rechten Rand des politischen Spektrums zu stärken. Achten Sie daher darauf, besonnen und vorsichtig zu argumentieren. Verbündete finden sie traditionell in Frankreich und Deutschland, mit denen Sie starke Verbindungen haben. Treten Sie zudem als Vermittler und Moderatorin zwischen den Ländern auf.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Österreich

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Österreichs. Kurz nach der Aufnahme von insgesamt 12 neuen Mitgliedern aus Mittel- und Osteuropa sind Sie nun erneut mit der Entscheidung über weitere Beitrittsgesuche konfrontiert.

### Österreich in der EU

Österreich ist der Europäischen Union erst zum 1. Januar 1995 beigetreten. Mittlerweile hat sich das Land zu einem aktiven Mitglied innerhalb der EU entwickelt und sich immer wieder als Sprecher der kleinen EU-Staaten profiliert.

Die Vertiefung der Europäischen Union ist ein Ziel der österreichischen EU-Politik. Gute Beziehungen zu Deutschland sind wichtig für Österreich, allerdings identifiziert sich das Land eher mit anderen „Mittelstaaten“ der EU (Belgien, Schweden), die um ihren Einfluss in einer erweiterten Union fürchten. Österreich betreibt eine sehr selbstbewusste EU-Politik, die mit der Regierung national-konservativer

**Hauptstadt:** Wien (1,74 Mio Einwohner)  
**Staatsform:** Bundesrepublik, parlamentarische Demokratie  
**Fläche:** 83.879 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 8,58 Millionen  
**BIP/Einwohner:** 38.992 Euro (2017)  
**Wachstumsrate:** 1,5% (2016)  
**Arbeitslosenrate:** 6%  
**Sprachen:** Deutsch, (regional Slowenisch, Kroatisch, Ungarisch)  
**Religionen:** ca. 61% Katholiken, ca. 3,6% Protestanten, ca. 4% Muslime, ca. 12% ohne Religion  
**Ethnische Gruppen:** 88,5% Österreicher, 10% Immigranten (Türken, Bosnier, u.a.), 1,5% indigene Minderheiten (Slowenen, Kroaten, Ungarn)  
**Beitritt zur EG/EU:** 1995  
**Staatsoberhaupt:** Alexander Van der Bellen  
**Regierungschef:** Sebastian Kurz (2017)  
**Außenminister:** Karin Kneissl  
**Weitere Informationen:** [www.bmeia.gv.at](http://www.bmeia.gv.at); [www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de); [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

Parteien, die das Land vor „Überfremdung“ schützen wollen, zunehmen dürfte.

Aufgrund der Neutralitätspolitik Österreichs und der gewachsenen Aufgaben der EU in der Welt geriet die österreichische Sicherheits- und Außenpolitik ins Spannungsfeld zwischen Neutralität und internationaler militärischer Verantwortung. Österreich bevorzugt im Bereich der gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und ist gegen zu viel Souveränitätsabgabe an die europäischen Institutionen. Es befürchtet dabei stets die Dominanz der großen EU-Staaten Deutschland und Frankreich.

Sinnbild für die selbstbewusste Politik Österreichs auf dem europäischen Parkett ist die auf österreichischen Druck hin durchgesetzte Beibehaltung des Prinzips der Entsendung eines Kommissars pro EU-Land in die Kommission bis 2014. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Beziehungen Österreichs zur EU unter der aktuellen Regierung entwickeln werden.

## **Österreich und die nächste Erweiterung**

Österreich war einer der größten Profiteure des politischen Wandels der mittel- und osteuropäischen Staaten des letzten Jahrzehnts. Österreichische Firmen sind in vielen ost- und südosteuropäischen Staaten die größten Investoren, und ein Großteil des Exports wird in diesen Staaten abgesetzt. Österreich profitiert auch noch knapp ein Jahrhundert nach dem Zusammenbruch der österreichischen Monarchie von lang andauernden, gewachsenen Kontakten in der Region. Das Land hat deshalb die erste Erweiterungsrunde von 2004 unterstützt, die sich besonders in wirtschaftlicher Hinsicht positiv für Österreich ausgewirkt hat. Österreichs Handel mit den mittel- und osteuropäischen Staaten wächst kontinuierlich. Ebenso wie in Deutschland gab es innerhalb der Bevölkerung Bedenken wegen eines befürchteten Anstiegs der Arbeitsimmigration. Durch längere Übergangsfristen im Bereich der Freizügigkeit wurde auf diese Ängste eingegangen.

## **Österreich und Serbien**

Österreich gehört zu den vehementen Befürwortern ambitionierter

Integrationsstrategien für die Länder des Westbalkans und Südosteuropas wie Bosnien und Herzegowina, Serbien, Mazedonien und Albanien. Aus österreichischer Sicht gibt es für einen langfristigen Frieden auf dem Balkan nur eine Option: die Einbeziehung der gesamten Region in den Europäischen Integrationsprozess. Dieser stellt für die betroffenen Länder den wirksamsten Anreiz dar, den jeweiligen innerstaatlichen Reformprozess voranzutreiben und bilaterale Konflikte beizulegen.

Österreich setzt sich aktiv für eine konsensuale Lösung des Kosovo-Konflikts ein und tritt für die Unabhängigkeit Kosovos unter internationaler Beobachtung ein. Österreich hat offiziell die Unabhängigkeit Kosovos anerkannt.

Österreich hat als quasi Nachbar ein besonderes Interesse an politischer und wirtschaftlicher Stabilität in der Region Südosteuropa und unterstützt nach Kräften die Einbindung Serbiens ebenso wie der übrigen Staaten des Westlichen Balkan in die europäischen Strukturen. Mit der Anerkennung des Kosovo durch Österreich 2008, hat Serbien die Beziehungen zu jenen Ländern, die den Kosovo anerkannt haben, vorübergehend eingeschränkt. Im selben Jahr haben sich die Beziehungen jedoch wieder normalisiert. Österreich ist zudem größter Auslandsinvestor in Serbien und daher ein unmittelbares Interesse, dass sich Serbien schrittweise EU-Standards anpasst.

Mit Blick auf eventuelle weitere Beitrittsgesuche fordert Österreich mit Nachdruck eine EU-interne Debatte über die endgültigen Grenzen der Gemeinschaft. Die Regierung besteht darauf, dass diese Grenzen klar definiert werden müssen, um einer unendlich fortlaufenden Erweiterung entgegen zu

treten. Andernfalls würde eine immer weiter wachsende EU ihre Identität, ihre Handlungsfähigkeit und insbesondere die Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger verlieren und schließlich durch Überdehnung scheitern.

## Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter Österreichs und *unterstützen* das Beitritts-gesuch Serbiens. Da österreichische Unternehmen in der Region stark präsent sind, können Sie durch eine Stabilität des Westbalkans ihre eigene Rolle in Zentral- und Südosteuropa festigen. Ihr Land ist zwar klein, aber Sie wissen um Ihr Stimmgewicht. Versuchen Sie, den großen EU-Staaten Ihre Anliegen so plausibel wie möglich deutlich zu machen, da diese bei einer Entscheidung auch auf Ihre Interessen eingehen müssen.

Folgende Argumente sind für Sie in den Verhandlungen wichtig:

- Argumentieren Sie, dass die Balkanregion Ihrer Meinung nach kulturell und historisch zur EU gehört.
- Erklären Sie, dass ein Beitritt die instabilen Verhältnisse der letzten Jahrzehnte beenden würde und endlich Frieden und Sicherheit in diese Region bringen könnte.
- Fordern Sie längere Übergangsfristen für die Freizügigkeit von Personen, da Sie um eine Überlastung Ihres eigenen prekären Arbeitsmarkts fürchten.

➤ Fordern Sie, dass die Strukturhilfen, insbesondere die Unterstützung für die Landwirtschaft und für benachteiligte Regionen, für die Neumitglieder wesentlich geringer ausfallen müssen. Alles andere kann sich die EU nicht leisten.

➤ Fordern Sie eine allgemeine Debatte über die Aufnahmefähigkeit und die Grenzen der EU. Ihrer Meinung nach vertreten Sie damit die aktuelle Stimmung der europäischen Bevölkerung.

## **Tipp:**

Präsentieren Sie sich als Anwalt der kleinen EU-Staaten, die ein Interesse an einer handlungsfähigen Union haben. Verhandeln Sie mit diesen kleineren Staaten, um Verbündete für Ihre Interessen zu finden.

Treten Sie zudem als Vermittler zwischen den osteuropäischen Staaten wie Polen oder Ungarn, und den mitteleuropäischen Staaten wie Deutschland, Belgien oder Frankreich auf.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Polen

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter der Republik Polen. Ihr Land ist gemeinsam mit neun anderen Staaten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten. Als nun vollwertiges Mitglied der EU ist es jetzt mit den Beitrittsgesuchen weiterer Länder konfrontiert.

### Polen in der EU

Während die polnische Bevölkerung dem EU Beitritt ihres Landes im Mai 2004 noch mehrheitlich eher skeptisch und abwartend begegnete, hat sich inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt, dass Polen von der EU-Mitgliedschaft im Großen und Ganzen profitiert. Dies gilt insbesondere für den subventionierten Landwirtschaftsbereich und die Exportwirtschaft. Im Rahmen der Verhandlungen um eine Europäische Verfassung hat sich Polen als selbstbewusster Mitgliedstaat präsentiert, der sich für den Erhalt seines Einflusses innerhalb der EU-Institutionen einsetzt. In der alltäglichen inhaltlichen Arbeit der EU engagiert sich Polen besonders in der Nachbarschaftspolitik, in der

**Hauptstadt:** Warschau (1,7 Mio. Einwohner)  
**Staatsform:** Parlamentarische Demokratie mit Zweikammernparlament  
**Fläche:** 312.679 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 38,5 Millionen  
**BIP/Einwohner:** 11.000 Euro (2017)  
**Wachstumsrate:** 3,84%  
**Arbeitslosenrate:** 4,8%  
**Sprachen:** Polnisch  
**Religionen:** 87% Katholiken, Russisch-Orthodoxe, Protestanten, Altkatholiken, Juden  
**Ethnische Gruppen:** 98,7% Polen, 500.000 Deutsche, 300.000 Ukrainer, 200.000 Weißrussen, Roma, Litauer, Kaschuben, Tataren, Tschechen, Armenier, Slowaken  
**Beitritt zur EG/EU:** 2004  
**Staatsoberhaupt:** Andrzej Duda  
**Regierungschef:** Mateusz Morawiecki  
**Außenminister:** Jacek Czaputowicz  
**Weitere Informationen:** [www.botschaft-polen.de](http://www.botschaft-polen.de)  
[www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de)

Weiterentwicklung der Lissabon Strategie und in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Letztere soll allerdings als Ergänzung und nicht als Konkurrenz zur NATO konzipiert sein. Gute Beziehungen zu den USA sind dem Land sehr wichtig. Außerdem ist Polen ein starker Verfechter einer Fortsetzung der Erweiterungspolitik.

Im Oktober 2015 hat sich in Polen ein Machtwechsel ereignet. Die bisherige national konservative Oppositionspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) hat bei den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit erzielt. Die neue polnische Regierung fährt einen erstaunlich harten Konfrontationskurs mit der EU: Die Neuordnung des Verfassungsgerichts und des staatlichen Fernsehens und

Rundfunks wurden im Eiltempo beschlossen. Die EU-Kommission zeigt sich besorgt über die aktuellen Entwicklungen in Polen und es wird über den Einsatz eines Rechtsstaatsmechanismus beraten. Polen ist daher momentan sehr starker Kritik ausgesetzt, insbesondere in Fragen der Rechtsstaatlichkeit.

Die PiS ist euroskeptisch und gegenüber Deutschland und Russland kritisch eingestellt. Der polnische Präsident Andrzej Duda hat Ende November 2015 gesagt, dass er sich weniger EU und mehr Nato wünsche. Die PiS ist die erste Partei nach dem Ende des Kommunismus, die allein regiert und so viel Macht innehat. Jetzt beherrscht die PiS beide Kammern des Parlaments – den Sejm und den Senat – und auch Präsident Andrzej Duda gehörte bis zu seinem Amtsantritt der rechtskonservativen Partei an. Parteichef ist Jarosław Kaczyński, der als der Strippenzieher der Umgestaltung des Staates gilt, wenngleich Mateusz Morawiecki seit 2017 (nachdem Beata Szydło zurückgetreten ist) Regierungschef ist.

In jüngster Zeit hat sich die Krise zwischen Polen und der EU weiter verschärft: wegen der neuen Gesetze im Medien- und Justizbereich hatte die EU-Kommission ein Verfahren gegen das Land eingeleitet. Trotz populistischer und europaskeptischer Rhetorik ist sich Polen über seine Abhängigkeit zu Europa bewusst und versucht derzeit Innen- und Außenpolitik voneinander zu trennen.

### **Polen und die nächste Erweiterung**

Obwohl Polen ein sehr junger Mitgliedstaat ist, will das Land durch seine spezifische geographische Lage zwischen Ost und West sowie durch seine kulturellen und historischen

Verbindungen mit den östlichen Nachbarn einen Einfluss auf die künftige Erweiterungspolitik nehmen. Polen steht einer Fortsetzung der Erweiterung insgesamt äußerst positiv gegenüber und unterstützt die beitriftswilligen Staaten aktiv in ihren Bemühungen um Aufnahme. Eine Fortsetzung des Erweiterungsprozesses liegt auch deshalb im polnischen Interesse, weil das Land intensive Wirtschaftsbeziehungen nach Ost- und Südosteuropa pflegt und sich daher wirtschaftliche Vorteile von einer Aufnahme dieser Länder in die EU erhofft.

Für den Fall erneuter Erweiterungen ist Polen daran gelegen, die eigenen Interessen zu wahren. Die internen Reformen der letzten 15 Jahre, die für den EU-Beitritt nötig waren, konnten der Bevölkerung vor allem durch die Aussicht auf eine Aufnahme in die EU plausibel gemacht werden. Nachdem Polen dieses Ziel jetzt erreicht hat, will das Land als Netto-subventionsempfänger die daraus erwachsenden Chancen für den Modernisierungs- und Aufholprozess nutzen. Deshalb liegt es nicht in Polens Interesse, neue Erweiterungsrunden durch Kürzungen der eigenen EU-Subventionen zu finanzieren. Diese notwendigen Mittel sollen – wenn möglich – größtenteils von den finanziell besser gestellten Mitgliedern wie Deutschland oder Frankreich übernommen werden. Als mittelgroßes Land will Polen seinen Einfluss auf die Politik der EU nicht verlieren. Es fühlt sich als ein wichtiger Partner innerhalb der EU, nicht nur wegen seiner hohen Einwohnerzahl, sondern vor allem aufgrund seines historischen Beitrags zur Einigung des Kontinents. Zudem ist das Land derzeit als natürlicher Mittler zwischen Ost und West für die EU von großer Bedeutung. Künftige

Erweiterungen sollen nicht zu einer Verringerung des politischen Gewichts Polens in den Institutionen der EU führen.

Die vorherige polnische Regierung unter Tusk, hat sich für eine Integration Serbiens stark gemacht. Die beiden Länder halten wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu einander aufrecht. Die völkerrechtliche Anerkennung Kosovos wurde auch von Polen vollzogen, obwohl in der polnischen Innenpolitik eine große inhaltliche Auseinandersetzung darüber stattfand, ob es erlaubt sein kann, dass die EU sich in eine innere Angelegenheit Serbiens einmischt und seine territoriale Integrität in Frage stellt. Polen war dennoch das erste osteuropäische Land welches die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt hat.

### Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter Polens und *unterstützen* das Beitritts-gesuch Serbiens. In dieser Eigenschaft betonen Sie besonders die Bedeutung Ihres Landes als natürlicher Mittler zwischen Ost und West.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Befürworten Sie eine Aufnahme weiterer Kandidatenländer in die EU kommt **nur dann**, wenn am Ende der Verhandlungen **alle** Kriterien erfüllt sind.
- Lehnen Sie als Nettosubventionsempfänger ab, dass durch weitere Beitritte in die EU Strukturfonds und Agrarsubventionen für Ihr Land gekürzt werden. Erläutern, dass Sie durch genau diese Gelder

Ihren Modernisierungs- und Aufholprozess beschleunigen können und als Mitgliedsstaat deshalb nicht bereit sind darauf zu verzichten.

- Fordern Sie eine Übernahme und Finanzierung der durch die Erweiterung entstehenden Kosten durch wohlhabende Staaten der EU. Weniger wohlhabende Länder wie Sie können auf Gelder nicht verzichten.
- Bewerten Sie die EU-Migrationspolitik der letzten Jahre als schlecht und ausbaufähig. Fordern Sie in Zukunft eine Einbindung Serbiens in den effektiven Schutz der EU-Außengrenzen.
- Charakterisieren sie Ihr Land als Mittler zwischen Ost und West. Problematisieren Sie daher eine eventuelle Verringerung des politischen Gewichts Polens in den Institutionen der EU. Es darf nicht dazu kommen, dass die vier großen Nationen (Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien) gemeinsam die mittelgroßen und kleinen Staaten überstimmen.

### Tipp:

Alle neuen Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa möchten, wie Sie auch, Ihre Nettosubventionen erhalten. Diese und andere Subventionsempfänger in der Agrarwirtschaft (etwa Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland) könnten Ihre Verbündeten sein. Versuchen Sie in informellen Gesprächen mit diesen zu verhandeln. In der Migrationspolitik finden Sie Verbündete in den Osteuropäischen Staaten und Österreich.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Portugal

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Portugals im Rat der Europäischen Union. Ihr Land trat 1986 der EU bei. Kurz nach der letzten Erweiterungsrunde von 2004 sind Sie nun erneut mit der Entscheidung über die Beitrittsgesuche weiterer Kandidaten konfrontiert.

### Portugal in der EU

Schon 1977 stellte Portugal, einer der ältesten europäischen Nationalstaaten, seinen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU. Dass das Land tatsächlich erst 1986 beitreten konnte, lag daran, dass die Aufnahme Portugals mit dem Beitritt Spaniens verknüpft war und die Verhandlungen zwischen der EU und Spanien länger dauerten als vorgesehen. Die EU-Mitgliedschaft verhalf Portugal zu einem raschen Ausbau demokratischer Strukturen im Land, das unter der Diktatur Salazars und den nachfolgenden Unruhen gelitten hatte. Durch zahlreiche politische und wirtschaftliche Reformen und dank erheblicher EU-Strukturhilfen hat Portugal die Konsolidierung seiner Wirtschaft seit dem EU-Beitritt geschafft, auch wenn noch immer ein gewisser Nachholbedarf vorhanden ist und einige Differenzen

**Hauptstadt:** Lissabon (2,04 Millionen Einwohner)  
**Staatsform:** Parlamentarische Republik  
**Fläche:** 92.345 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 10,46 Mio.  
**BIP/Einwohner:** 21.606 Euro  
**Wachstumsrate:** 1,2%  
**Arbeitslosenrate:** 13%  
**Sprachen:** Portugiesisch  
**Religionen:** 79,5% Katholiken, protestantische, muslimische und jüdische Minderheiten  
**Ethnische Gruppen:** 97,8% Portugiesen  
**Beitritt zur EG/EU:** 1986  
**Staatsoberhaupt:** Marcelo Rebelo de Sousa  
**Regierungschef:** António Costa  
**Außenminister:** Augusto Santos Silva  
**Weitere Informationen:** [www.botschaftportugal.de](http://www.botschaftportugal.de)  
[www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de)

zwischen ländlichen und städtischen Gebieten bestehen. Zudem musste die portugiesische Regierung in jüngster Zeit drastische Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen beschließen, um das große Staatsdefizit zu senken. Deshalb hat Portugal, was die Finanzen betrifft, keinen politischen Spielraum für Verhandlungen.

In den ersten Jahren der Mitgliedschaft wurde die EU von der portugiesischen Bevölkerung oft skeptisch betrachtet und für negative Entwicklungen im Agrarhandel und die steigende Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Dazu traten häufig innenpolitische Schwierigkeiten in den Vordergrund der europapolitischen Debatte.

Die Jahre der Mitgliedschaft Portugals in der EU führten jedoch zu einer stärkeren Orientierung in Richtung Europa. Die Ratspräsidentschaft im Jahr 2000, die Einführung des Euro und die Ernennung des ehemaligen Ministerprä-

sidenten José Manuel Barroso zum Kommissionspräsidenten verstärkten diese Entwicklung zusätzlich. Dennoch behalten auch die transatlantischen Beziehungen eine hohe Priorität in der portugiesischen Politik.

Portugal unterhält außerdem gute Beziehungen zu Spanien, das unter anderem wirtschaftlich eine wichtige Rolle für das Land spielt, ebenso wie Deutschland. Enge Beziehungen bestehen auch zu Großbritannien und Frankreich, dem Land, in dem der größte Teil der Auslandsportugiesen lebt. Traditionell pflegt Portugal aufgrund seiner geographischen Lage auch gute Beziehungen zu afrikanischen Staaten wie Marokko.

## **Portugal und die Erweiterung**

Portugal sieht den Erweiterungsprozess als eine Voraussetzung für europaweite Stabilität und Fortschritt an, versteht sich jedoch nicht als Motor der Erweiterung. Die Frage nach einer Zusammenarbeit mit allen Mittelmeerstaaten – auch denen in Nordafrika – ist für Portugal von ebenso großer Bedeutung.

Da auch für Portugal aber die EU einmal der Schlüssel zu wirtschaftlicher und politischer Stabilität war, billigt das Land grundsätzlich die gleichen Rechte jetzt auch den neuen Demokratien auf dem Balkan zu. Aus der Erfahrung heraus, dass der eigene Beitritt in die EU an den Beitritt Spaniens gebunden war und dies zu unangenehmen Verzögerungen führte, spricht sich Portugal nun für einen flexiblen Beitritt der aktuellen Kandidaten aus, abhängig von ihren jeweiligen Fortschritten, so dass niemand auf eventuelle „Nachzügler“ warten muss.

Eine Erweiterung darf die angestrebte Vertiefung der Europäischen Union zu

einer politischen Union nicht erschweren. Der gegenwärtige gemeinschaftliche Besitzstand (acquis communautaire) muss vollständig erhalten bleiben, und eine Auflösung in eine bloße Freihandelszone muss verhindert werden. Der portugiesischen Regierung ist es wichtiger, auf Beitritte zu verzichten, als die Errungenschaften der Union der 28 Mitgliedstaaten zu gefährden. Portugal fürchtet, dass mit einer künftigen Erweiterung nach Osten das Interesse der EU für den Mittelmeerraum schwindet und dass die Unterstützungszahlungen eher in Richtung Osten fließen werden. Dies möchte das Land auf jeden Fall verhindern, denn selbstverständlich ist Portugal auch weiterhin daran interessiert, von den EU Strukturfonds zu profitieren und durch die Erweiterung nicht übermäßig an Gewicht in den europäischen Institutionen zu verlieren.

Da sich Portugal aber gegen einen „Kurzzeit-Egoismus“ ausspricht, ist es auch selbst bereit, Kompromisse zu schließen ohne dabei jedoch seine eigenen Interessen komplett zu vernachlässigen.

Portugal hat sich erst spät dazu entschlossen, die Unabhängigkeit Kosovos anzuerkennen. Dass die Entscheidung aber schließlich doch fiel, wird als ein Beitrag zur Stabilität auf dem Balkan gesehen. Hier ist Portugal aus dem Schatten seines Nachbarlandes Spanien herausgetreten, das die Anerkennung Kosovos immer noch verweigert.

Portugal beteiligte sich ebenfalls am NATO Einsatz in Serbien 1999. Serbien erhob noch im selben Jahr Anklage gegen Portugal vor dem Internationalen Gerichtshof bezüglich des Einsatzes von Gewaltanwendungen in Serbien. Zum heutigen Zeitpunkt haben sich die Beziehungen zwischen den beiden

Staaten jedoch verbessert und Portugal spricht sich für eine intensiviertere Zusammenarbeit der EU mit Serbien aus.

## **Taktik**

Sie sind Vertreterin/Vertreter Portugals. In dieser Funktion waren Sie Befürworter der letzten Osterweiterung und sind auch bei den anstehenden Erweiterungen grundsätzlich für eine langfristige Aufnahme der Beitrittskandidaten. Sie möchten die hierfür notwendigen Entscheidungen nicht blockieren, weisen aber dennoch darauf hin, dass die EU sich nicht um jeden Preis erweitern darf.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Machen Sie daher deutlich, dass Sie von Werten wie Solidarität, Gleichheit und Freiheit überzeugt sind, die auch für die Erweiterungspolitik gelten sollten.
- Weisen Sie deshalb darauf hin, dass nur ein stabiles Europa der 28 auch ein stabiles Europa für weitere Mitgliedstaaten sein kann.
- Betonen Sie, dass durch die Erweiterung den jetzigen Mitgliedern der EU kein Nachteil entstehen darf. Im Hinblick auf die Folgen der Wirtschaftskrise, an denen Ihr Land bis heute leidet, können Sie keine weiteren Probleme tragen.
- Fordern Sie die Einführung zusätzlicher Fonds und die

Vergrößerung des EU-Haushalts, damit weitere Mitglieder aufgenommen werden können. Verlangen Sie hier vor allem eine stärkere Beteiligung der größeren, reichen Mitgliedsländer an.

- Fordern Sie schließlich eine erhebliche Aufstockung der finanziellen Mittel für eine Intensivierung der europäischen Mittelmeerpolitik. Es ist Ihnen ein elementares Anliegen, dass diese Dimension der europäischen Politik nicht durch eine Konzentration auf die Ostgrenze in den Hintergrund gerät.

### ***Tipp:***

Die anderen Mittelmeeranreinerstaaten werden Sie bei dem Plan, die europäische Mittelmeerpolitik zu intensivieren, unterstützen. Versuchen Sie, sich mit anderen südlichen Mitgliedsländern, die ähnliche Interessen haben, zu verbünden und damit sicherzustellen, dass weitere Subventionen aus den Strukturfonds nach Portugal fließen. Auch bei Ihrem Einsatz für die europäische Mittelmeerpolitik werden Sie bei Ihren südlichen Nachbarn sicher Unterstützung finden. Suchen Sie auch bilaterale Kontakte zu den beitragswilligen Ländern, und zeigen Sie Ihre Kooperationsbereitschaft.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Rumänien

Sie sind Delegierte/Delegierter Rumäniens im Europäischen Rat. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihrer Nachbarstaaten an.

### Geschichte des Reformprozesses seit 1989

Rumänien wurde bis November 1989 vom kommunistischen Diktator Nicolae Ceausescu regiert. Durch einen Volksaufstand wurde dieser gestürzt und kurz darauf zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die ersten freien Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung fanden im Mai 1990 statt, im Dezember des Jahres 1991 wurde eine demokratische Verfassung durch Volksentscheid angenommen. Damit hat Rumänien den Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem relativ stabilen Mehrparteiensystem geschafft.

### Die Wirtschafts- und Soziallage Rumäniens

**Hauptstadt:** Bukarest (1,88 Mio. Einwohner)

**Staatsform:** Republik

**Fläche:** 238.391 km<sup>2</sup>

**Einwohner:** 20,1 Millionen

**BIP/Einwohner:** 8.535 Euro (2018)

**Wachstumsrate:** 5,5% (2017)

**Arbeitslosenrate:** 4,7% (2017)

**Sprachen:** Rumänisch (Amtssprache), Ungarisch, Deutsch, Serbisch

**Religionen:** 86,7% Rumänisch-Orthodoxe, 5% Katholiken, 6% Protestanten

**Ethnische Gruppen:** 89,5% Rumänen, 6,6% Ungarn, 2,5% Roma, 0,3% Ukrainer, 0,3% Deutsche, 0,2% Russen, 0,2% Türken, 0,4% andere (2006)

**Beitritt zur EG/EU:** 2007

**Staatsoberhaupt:** Klaus Johannis

**Regierungschef:** Mihai Tudose

**Außenminister:** Teodor Meleşcanu

**Weitere Informationen:** [www.berlin.mae.ro](http://www.berlin.mae.ro)

Trotz eines geringen Lebensstandards hat sich Rumänien inzwischen gesamtwirtschaftlich stabilisiert. Noch immer leben ca. 20% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, und die Kindersterblichkeitsrate ist die höchste in Europa. Von 1000 Kindern sterben etwa 10 (5 in Deutschland) bevor sie das 5. Lebensjahr erreichen. Zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen zählt neben der Agrarwirtschaft mit 37,7% der Arbeitsplätze inzwischen der Textilsektor, in dem über 20% der rumänischen Arbeitskräfte beschäftigt sind. Als weitere Wachstumsbranchen werden der Technologiesektor (IT-Branche), die Telekommunikation und die Energiewirtschaft angeführt. Rumänien gerät aufgrund seiner attraktiven Standortfaktoren, insbesondere wegen der billigen Löhne, auch immer mehr ins Blickfeld von Kfz-Zulieferfirmen. Die EU ist für Rumänien

der wichtigste Absatzmarkt seiner Produkte. 70,7% der Exporte gehen in andere EU Staaten.

Um das Land bis 2007 an die Union heranzuführen, erhielt Rumänien in den Jahren 1990-2006 insgesamt knapp 7 Mrd. Euro durch die Vorbeitrittshilfe Instrumente der EU und erleichterten Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt. Zwischen 2007 und 2013 sind für Rumänien netto 21,7 Mrd. Euro Unterstützung der EU geplant. Für die Entwicklung der Landwirtschaft kommen voraussichtlich noch über 7 Mrd. Euro hinzu. Rumänien bemüht sich um Schaffung der notwendigen Infrastruktur und die konkrete Projektierung, damit die vorgesehenen Mittel auch abgerufen werden können.

Dabei gibt es jedoch noch deutliche Defizite. Auch nach dem EU-Beitritt am 1. Januar 2007 bestehen in Rumänien noch immer Defizite beim Abschluss der Justizreform, bei der Bekämpfung der Korruption und in der Landwirtschaft. In ihrem letzten Bericht vom Juli 2009 bescheinigt die EU-Kommission Rumänien zwar, weitere Reformfortschritte im Bereich Inneres und Justiz erzielt zu haben, dennoch müsse Rumänien insbesondere in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, Justizsystem und Privatisierung weitere Reformen durchführen, um die rumänische Gesetzeslage an den Standard der EU anzupassen. Rumänien hat Anfang Oktober 2013 mit IWF und EU ein weiteres Abkommen in Höhe von rd. 4 Mrd. Euro abgeschlossen. Das zweijährige Abkommen sieht strikte Klauseln vor: Fortführung der Reformen in den oben genannten Bereichen, Justiz, Korruptionsbekämpfung und Privatisierungen.

Der Beitritt zur Währungsunion ist ein wichtiges Ziel der rumänischen Politik,

das aufgrund finanzpolitischer Schwierigkeiten und wirtschaftlichen Aufholbedarfs in den nächsten Jahren aber nicht realisierbar sein wird. Am 25. November 2007 wurden in Rumänien erstmals Wahlen zur Besetzung der 35 rumänischen Sitze im Europäischen Parlament durchgeführt (Wahlbeteiligung: 29,4%).

## **Ziele der rumänischen Außenpolitik**

Rumänien unterhält gute Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten, was sich in vielen Kooperationsabkommen äußert, die von Rumänien aktiv unterstützt werden, wie beispielsweise dem „Stabilitätspakt für Südosteuropa“. Außerdem bemüht es sich intensiv um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau der Region, die durch die Balkankriege der Neunzigerjahre stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Rumänien verweigert die Anerkennung Kosovos und verhindert damit zurzeit noch einen Beitritt dieses Landes in die EU. Zweitens ist Rumänien daran interessiert, über eine gute Verbindung zu Serbien seinen Einfluss auf dem Balkan zu stärken. Ein erster Erfolg war die Stippvisite des serbischen Präsidenten Boris Tadic, der kurz nach der Unabhängigkeitserklärung Kosovos nach Bukarest fuhr und dort für die Unterstützung in dieser Frage dankte.

Drittens zeigt die rumänische Öffentlichkeit einen gewissen Stolz darauf, dass sich ihre Regierung erstmals bei einer Entscheidung von beträchtlicher Tragweite gegen die europäischen Großmächte stellt und selbstbewusst eine eigene Position vertritt. Dazu kommt, dass in Rumänien eine große Minderheit von Ungarn lebt. In der Bevölkerung besteht durchaus die

(zumindest zurzeit unbegründete) Angst, dass die Ungarn – wie die Kosovaren – eine Unabhängigkeit anstreben oder einen Anschluss an Ungarn befürworten könnten.

## **Taktik**

Als Vertreterin/ Vertreter Rumäniens *befürworten* Sie einen möglichst raschen Beitritt Serbiens. Betonen Sie, dass sich Ihr Land – trotz immer noch erheblicher Mängel bei der Umsetzung europäischer Regelungen – der europäischen Wertegemeinschaft stark verbunden fühlt. Verweisen Sie darauf, dass Sie zur Durchsetzung notwendiger Reformen noch mehr Zeit benötigen.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Verweisen Sie auf die große Unterstützung der rumänischen Bevölkerung für eine weitere Integration von Balkanstaaten, insbesondere von Serbien, in die EU.
- Erklären Sie sich auch in Zukunft bereit, im Rahmen des Stabilitätspaktes für den Wiederaufbau des Balkans eine stabilisierende Rolle zu übernehmen. Machen Sie aber auch klar, dass die ultimative Stabilisierungsmaßnahme ein Beitritt aller Balkan-Länder in die EU ist.
- Bekunden Sie Ihr Interesse an einem regen wirtschaftlichen Austausch mit Serbien, der durch die mögliche EU Mitgliedschaft Serbiens verstärkt werden kann.
- Verweisen Sie auf den sicherheitspolitischen Aspekt.

Ein stabiles Rumänien hätte positive Auswirkungen auf das gesamte Balkangebiet.

- Befürworten Sie aus territorialen Gründen vor allem eine rasche und nachhaltige wirtschaftliche und politische Entspannung auf dem Balkan. Sie befürchten jederzeit, dass die Unruhen aus dem Nachbarland Serbien in Ihr Land getragen werden könnten.

## **Tipp:**

Suchen Sie unter den anderen Staaten Osteuropas Verbündete für Ihre Anliegen. Auch Deutschland oder Frankreich könnte ähnliche Interessen wie Sie haben.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Schweden

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Schwedens im Europäischen Rat. Ihr Land ist seit 1995 Mitglied der EU. Nachdem Sie bereits an den Verhandlungen der letzten großen Osterweiterungsrunde beteiligt waren, die zum Beitritt von zwölf neuen Mitgliedstaaten geführt hat, sind Sie nun erneut mit Beitrittsgesuchen weiterer ost- und südosteuropäischer Länder konfrontiert.

### Schweden in der EU

Schweden war historisch betrachtet vom frühen 19. Jahrhundert an ein Land, das sich im Wesentlichen von politischen Entwicklungen auf dem europäischen Festland fernhielt. Durch diese „Neutralitätspolitik“ erfuhr das Land eine ausgedehnte Friedenszeit, die mit zu dem Verständnis beitrug, dass die Einbindung Schwedens in die Europäische Union eigentlich nicht notwendig sei. „Europa“ sollte in den Augen der schwedischen Bevölkerung lediglich ein Kontinent des freien Handels unter souveränen Staaten sein. Eine intensive gemeinsame Politik mit den direkten Nachbarstaaten wurde bereits seit 1952 im „Nordische

**Hauptstadt:** Stockholm (911.989 Einwohner)

**Staatsform:** konstitutionelle Monarchie

**Fläche:** 449.696 km<sup>2</sup>

**Einwohner:** 9,75 Millionen

**BIP/Einwohner:** 36.840 Euro (2017)

**Wachstumsrate:** 3,1% (2017)

**Arbeitslosenrate:** 6,57% (2017)

**Sprachen:** Schwedisch, Finnisch, Samisch, Meänkieli, weitere Minderheitensprachen

**Religionen:** 67,5% evangelisch-lutherisch, ca. 3% Muslime, ca. 1% Katholiken

**Ethnische Gruppen:** ca. 90% Schweden, 2,5% Finnen und ca. 20.000 Samen

**Beitritt zur EG/EU:** 1995

**Staatsoberhaupt:** König Carl Gustav XVI.

**Regierungschef:** Stefan Löfven

**Außenminister:** Margot Wallström

**Weitere Informationen:** [www.schweden.org](http://www.schweden.org)

[www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de), [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

Rat“ praktiziert, deren praktischen Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger direkt ersichtlich waren (z.B. beim gemeinsamen Arbeitsmarkt). Der Vertrag von Maastricht (1993), der große Umbruch in Mittel- und Osteuropa sowie die immer enger werdenden Handelsbeziehungen zwischen Schweden und der EU führten jedoch zu einer Neuausrichtung der schwedischen Europapolitik. Am 1. Januar 1995 trat Schweden der Europäischen Union bei. Zwei Referenden zum Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion im September 2003 und 2006 fielen jedoch negativ aus, so dass das Land den Euro nicht einführen konnte. Hier zeigt sich, dass die schwedische Bevölkerung ihre bisweilen sehr EU-kritische Haltung nicht vollständig aufgegeben hat.

Das schwedische Interesse an der EU-Mitgliedschaft ist in erster Linie von dem Wunsch bestimmt, einen freien Zugang zu internationalen Märkten nutzen und so die Basis für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand schaffen zu können. Zudem sind die Schweden sehr stolz auf die Errungenschaften ihres Sozialmodells, die Standards im Umweltschutz und den transparenten Regierungsstil des Landes. All dies soll durch europäische Politik nicht gefährdet werden. Schwerpunkte der schwedischen Europapolitik sind daher die Beschäftigungs- und Wachstumspolitik, die Gleichstellung von Mann und Frau, der Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Transparenz, demokratische Legitimation und Bürgernähe der europäischen Institutionen.

### **Schweden und die nächste Erweiterungsrunde**

Das wichtigste Ziel, das Schweden mit der letzten Erweiterung verband, war die Aufnahme der baltischen Nachbarn und Handelspartner in die EU. Diese historische Chance ist am 1. Mai 2004 ergriffen worden. Trotz gewisser Bedenken hat Schweden den gesamten letzten Erweiterungsprozess während seiner Ratspräsidentschaft 2001 deutlich unterstützt und steht auch jetzt einer Fortsetzung dieser aktiven Erweiterungspolitik aufgeschlossen gegenüber.

Das Hauptargument ist dabei, dass die Anziehungskraft der EU einen beeindruckenden demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den Kandidatenländern bewirkt. Dies wiederum wirkt sich positiv auf die Sicherheitssituation Schwedens und ganz Europas aus. Darüber hinaus liegt

Schweden aus historischen und geographischen Gründen viel an einer engen Partnerschaft mit Russland. Die Regierung verspricht sich von der Aufnahme weiterer osteuropäischer Staaten gleichzeitig einen Impuls für die EU-Russland-Beziehungen.

Die schwedische Regierung ist bei aller Befürwortung des Erweiterungsprozesses um die Staaten des westlichen Balkans (so auch Serbiens) ein Verfechter der sehr strengen Anwendung der Kopenhagener Kriterien als Bedingung für einen Beitritt. Sie sollen der Maßstab dafür sein, ob ein Land beitriffähig ist oder nicht.

Besonders bedacht ist Schweden in diesem Zusammenhang auf die Wahrung von Sozial- und Umweltstandards in den Beitrittsstaaten, um einer Gefährdung des schwedischen Sozialmodells durch die Erweiterung entgegenzuwirken.

### **Schweden und Serbien**

Schweden engagierte sich in den letzten Jahren verstärkt in der Region des westlichen Balkans und sieht sich deutlich als Anwalt der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens. Für die schwedische Regierung war es selbstverständlich, Kosovo als souveränen Staat bereits wenige Tage nach der Erklärung seiner Unabhängigkeit anzuerkennen. Schon die Aktivitäten der Vereinten Nationen in Kosovo wurden von Schweden als eine Vorbereitung zu einer späteren Eigenständigkeit betrachtet. Trotzdem ist Schweden auch sehr daran interessiert, dass sich das Verhältnis zwischen Kosovo und Serbien schnell normalisiert.

Schweden hat für alle Staaten des westlichen Balkans eine nationale Strategie entwickelt, um ihnen beim Aufbau der Wirtschaft, des Rechtssystems und der Justiz zu helfen. Gemeinsam mit Frankreich hatte Schweden sich für einen visafreien Reiseverkehr in die Schengener Staaten eingesetzt. Als großer Beitragszahler der Union fürchtet Schweden allerdings, einen überproportionalen Teil der Erweiterungskosten tragen zu müssen und pocht daher auf eine klare Begrenzung des Finanzierungsrahmens, bevor neue Beitritte erfolgen können.

### **Taktik**

Als Vertreterin/Vertreter Schwedens *unterstützen* Sie im Allgemeinen das Beitrittsgesuch Serbiens. In Bezug auf die Sorgen Ihrer EU-kritischen Bevölkerung knüpfen Sie Ihre Zustimmung jedoch einige Bedingungen.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Definieren Sie die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards als oberstes Gebot für einen Beitritt.
- Argumentieren Sie, dass die Erweiterung so gestaltet werden muss, dass das europäische und besonders das schwedische Sozialsystem nicht untergraben wird. Verweisen Sie dabei auf potentielle Übergangslösungen bezüglich der Personenfreizügigkeit.
- Fordern Sie Erhalt und Stärkung von Transparenz und demokratischer Legitimation des

europäischen Entscheidungsgefüges nach der Erweiterung.

- Außerdem möchten Sie die Kosten der Erweiterung möglichst geringhalten, am besten durch eine vertragliche Begrenzung. Plädieren Sie daher auch dafür, dass die kostenintensive europäische Agrarpolitik noch vor dem nächsten Beitritt reformiert wird.
- In Bezug auf den Balkan sind Sie überzeugt, dass eine europäische Perspektive die Stabilisierungs- und Reformprozesse beschleunigt. Ob durch einen Beitritt oder spezielle Partnerschaften – plädieren Sie dafür, die Balkanländer in westliche Strukturen zu integrieren.

### **Tipp:**

Insgesamt müssen Sie bei der Festlegung Ihrer Verhandlungsstrategie daran denken, dass Sie auf die Unterstützung und Kooperation mit anderen Staaten angewiesen sind. Daher sollten Sie dazu bereit sein, Kompromisse einzugehen. Loten Sie zuerst aus, welche Staaten ähnliche Interessen haben wie Sie und versuchen Sie, gemeinsam vorzugehen.

# Rollenkarte Beitrittskandidat



## Serbien

Sie sind Delegierte/Delegierter Serbiens bei den Verhandlungen mit der EU. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihres Landes an. Auf nachfolgende Daten aus Geschichte, Politik und Wirtschaft Ihres Landes können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen. Natürlich dürfen Sie auch einige nicht so günstige Daten verschleiern oder beschönigen. Denken Sie immer daran, Ihr Ziel ist der rasche EU-Beitritt Ihres Landes!

Serbiens jüngere Geschichte ist geprägt durch seine Rolle als größter Teilstaat Jugoslawiens.

Die Regierung strebt einen Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO an. Mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 5 bis 10% sowie vor allem den erhöhten ausländischen Investitionen, die als Folge der EU-Beitrittsbemühungen anzusehen sind, gilt Serbiens Wirtschaft als eine der am schnellsten wachsenden in der Region.

In Folge der Euro-Krise jedoch geriet

**Hauptstadt:** Belgrad (1,71 Mio.)  
**Staatsform:** parlamentarische Republik  
**Fläche:** 77.474 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 7.114.393  
**BIP/Einwohner:** 11.029 Euro (2017)  
**Wachstumsrate:** 2,0%  
**Arbeitslosenrate:** 13,5%  
**Sprachen:** Serbisch, Ungarisch, Albanisch, Bosnisch und Romanes  
**Religionen:** mehrheitlich orthodoxe Christen, Katholiken, Muslime und Minderheiten von Protestanten und Juden  
**Ethnische Gruppen:** 83,3% Serben, 3,5% Ungarn, 2,0% jeweils Bosniaken und Roma  
**Staatsoberhaupt:** Aleksandar Vučić  
**Regierungschef:** Ana Brnabić  
**Außenminister:** Ivica Dačić  
**Weitere Informationen:** [www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de);  
[www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de),  
[http://ec.europa.eu/enlargement/countries/details/d-country-information/serbia/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/countries/details/d-country-information/serbia/index_de.htm)

auch Serbien Ende 2012 in eine Schuldenkrise; es drohte ein Staatsbankrott.

### Serbien im Überblick

Die Zusammensetzung der Bevölkerung ist in den verschiedenen Landesteilen sehr unterschiedlich. In Zentralserbien leben zum größten Teil Serben, daneben außerdem Rumänen (Walachen) im Osten und Nordosten, Bulgaren im Südosten und verstreut Roma. In der Region von Stari Ras lebt auch eine größere Minderheit von Bosniaken, im Presevo-Tal im südlichsten Zipfel des Engeren Serbien eine albanische Minderheit.

Die Vojvodina (Banat, Batschka und Syrmien) ist schon seit Jahrhunderten durch ein buntes Völkergemisch geprägt, das vor allem aus Serben

(65,05%), aber auch aus Ungarn (14,28%), Slowaken (2,79%), Kroaten (2,78%), Rumänen (1,5%) Roma (1,43%) und etwa 200.000 bis 350.000 Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Begründung des Landesverrates vertrieben wurden, besteht.

## Politik und Verwaltung

Serbien ist eine Parlamentarische Demokratie mit einem Einkammerparlament, der Narodna Skupstina (wörtlich übersetzt: Volksversammlung), mit 250 Abgeordneten. Dies hat die Legislative inne. Die im Parlament vertretenen serbischen Parteien gruppieren sich als Fraktionen in eine Regierung und die Opposition. Die Exekutive wird von einem Ministerpräsidenten (serb. Predsednik Vlade, kurz Premier) und einem Ministerrat, der vom Staatspräsidenten ernannt wird und mit diesem gewisse Kompetenzen (Landesverteidigung, Außenpolitik) teilt, aber dem Parlament verantwortlich ist, geführt. Der Präsident wird alle vier Jahre vom Volk direkt gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich. Seit 2017 ist Aleksandar Vučić (Serbian Progressive Party) Präsident Serbiens.

In der Vojvodina gibt es zudem ein Regionalparlament. Die Bezirksregierungen der serbischen Okruzi werden dagegen von der Zentralregierung ernannt.

Die wichtigsten Parteien in Serbien sind die Demokratische Partei (DS, linksliberal) und die Serbische Radikale Partei (offensiv nationalistisch). Daneben existieren mehrere kleinere Parteien. Erklärtes außenpolitisches Ziel ist es den Kurs der Annäherung Serbiens an die Europäische Union fortzusetzen.

## Serbien und Kosovo

Nach der Unabhängigkeitserklärung Kosovos im Februar 2008 traten innerhalb der Regierung erhebliche Meinungsverschiedenheiten über den weiteren Weg der Annäherung an die Europäische Union zutage. Während die DSS zusammen mit den Oppositionsparteien SRS und SPS einen Parlamentsbeschluss fasste, der faktisch den Abbruch der Beziehungen zur EU und denjenigen EU-Staaten, die den Kosovo anerkannt hatten, forderte, bestanden die übrigen Regierungsparteien auf weiteren Verhandlungen über den Abschluss des bereits in wesentlichen Punkten vereinbarten Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens (SAA) mit der EU.

Die Vojvodina im Norden und Kosovo im Süden bildeten nach der Verfassung aus dem Jahr 2006 zwei autonome Provinzen Serbiens. Kosovo steht seit 1999 und dem Ende des Kosovokrieges unter UN-Verwaltung. Das Parlament in Pristina erklärte im Februar 2008 die Unabhängigkeit der Republik Kosovo. Die serbische Regierung und andere Staaten sahen in diesem Vorgehen einen Verstoß gegen die UN-Resolution 1244 und den Grundsatz der territorialen Integrität. Am 8. Oktober 2008 stimmte die UN-Generalversammlung einem Antrag Serbiens zu, die völkerrechtliche Gültigkeit der Unabhängigkeitserklärung durch den Internationalen Gerichtshof prüfen zu lassen.

Genau einen Tag später erkannten die ehemaligen Jugoslawischen Republiken Montenegro und Mazedonien Kosovo als unabhängigen Staat an, was für Serbien erneut eine schwere internationale Niederlage bedeutete.

Der Internationale Gerichtshof erklärte im Juli 2010 den Prozess der Unabhängigkeit Kosovos für rechtmäßig. Serbien

betrachtet dieses Urteil als für sich nicht bindend. Bis heute haben 109 von 193 UN-Mitgliedstaaten die Unabhängigkeit des Landes anerkannt. Andere Staaten halten die einseitig ausgerufene Unabhängigkeit für rechtswidrig und betrachten Kosovo weiterhin als einen Teil Serbiens, auch wenn die serbische Regierung keine Kontrolle mehr über das Gebiet ausübt. Eine Anerkennung des Kosovo wird von vielen EU Mitgliedsstaaten als nötige Voraussetzung für einen EU-Beitritt angesehen.

Durch die von der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU Catherine Ashton geleiteten Verhandlungen zur Normalisierung der Beziehungen kam es im April 2013 zu Verbesserungen im diplomatischen Verhältnis der Länder. Serbien erkennt den Kosovo jedoch weiterhin nicht an.

Zuletzt wurden die Beziehungen erneut getrübt, als der Führer der serbischen Minderheit im Kosovo, Oliver Ivanovic, von Unbekannten im Kosovo erschossen wurde.

Deutschland macht in seiner Außenpolitik sehr deutlich, dass es sich für Serbien durchaus einen Weg in die EU vorstellen kann. Dieser sei allerdings nur parallel zu einem Beitritt Kosovos als unabhängigen Staat möglich.

## **Die jüngste Geschichte Serbiens**

Ab 1991 begann der Zerfall Jugoslawiens, alle Teilrepubliken bis auf Serbien und Montenegro erklärten nach und nach ihre Unabhängigkeit. Daraufhin gründeten Serbien und Montenegro am 27. April 1992 die Bundesrepublik Jugoslawien. Diese war zwar nicht als alleiniger Rechtsnachfolger der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien anerkannt, konnte aber Jugoslawiens Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen fortführen.

Mit der Loslösung Sloweniens, Kroatiens und Bosnien und Herzegowinas brachen die Jugoslawienkriege aus. Zunächst intervenierte die Jugoslawische Volksarmee, die von Belgrad aus kommandiert wurde. Sie musste jedoch nach der internationalen Anerkennung Sloweniens, Kroatiens und Bosniens diese nun nicht mehr jugoslawischen Territorien verlassen. Serbien unterstützte die serbischen Paramilitärs in den Kriegsgebieten Kroatiens und Bosniens militärisch und finanziell, unterbrach diese Unterstützung jedoch, als die UNO ein Handelsembargo gegen die Bundesrepublik Jugoslawien beschloss. Auslöser der Sanktionen war, dass gegen die bosnischen Muslime gerichtete ethnische Säuberungen bekannt geworden waren.

Mit Unterstützung Serbiens war es den kroatischen und bosnischen Serben gelungen, große Gebietsgewinne zu erringen. Die meisten dieser Gebiete gingen jedoch im Verlauf des Krieges wieder verloren. Im Zuge der kroatischen Militäroperation Oluja im August 1995 wurden etwa 200.000 kroatische Serben, darunter die geschlagene Armee der Republik Serbische Krajina, vertrieben. Als die kroatische Armee und die bosnischen Streitkräfte in Bosnien weiter vorrückten, flohen auch viele bosnische Serben in die Bundesrepublik Jugoslawien oder zogen in Drittländer, in denen sie teilweise bis heute leben.

Nach dem Abkommen von Dayton, das den Bürgerkrieg in Bosnien und Herzegowina beendete, und dem Ende der Krajina blieb nach 1995 der Status der mehrheitlich von Albanern besiedelten Provinz Kosovo die letzte politisch brisante Frage in den Zerfallskriegen Jugoslawiens. Ihre Unabhängigkeit von Serbien war die zentrale politische Forderung der albanischen Führung. Amnesty International machte in seinem Jahresbericht 1996 auf die prekäre

Menschenrechtssituation in Kosovo aufmerksam. Die zunehmend gewalttätiger werdenden Unruhen dort versuchte Serbien mit polizeilichen und schließlich auch militärischen Mitteln zu beenden.

Die mit terroristischen Mitteln operierende UÇK („Befreiungsarmee des Kosovo“) begann 1996 mit verstärkten Angriffen auf serbische Sicherheitskräfte. Zudem kam es zu Gewaltaktionen gegen die serbische Zivilbevölkerung in den Städten. Durch eine Aufrüstung aus Waffenbeständen der Armee Albanien, wo nach dem Lotterieaufstand die öffentliche Ordnung völlig zusammenbrach und ganze Munitions- Bestände geplündert wurden, konnte die UÇK den Konfrontationskurs gegen serbische Sicherheitskräfte gestärkt fortsetzen. Die Partei Ibrahim Rugovas wehrte sich jedoch energisch gegen den Terror.

Nach den serbischen Präsidentschaftswahlen von 1997, die von den Kosovo-Albanern fast geschlossen boykottiert wurden, eskalierte die Situation weiter. Als Reaktion auf die immer häufiger stattfindenden Angriffe der UÇK, die im Verlauf des Jahres 1998 die Kontrolle in der Region Drenica an sich reißen konnte, begannen serbische Sicherheitskräfte eine koordinierte polizeiliche Gegenoffensive, die von Einheiten der Armee unterstützt wurde und mit der Zerschlagung des Kerns der UÇK-Einheiten in der Region Drenica endete.

Da es während dieser Kämpfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen gekommen war, sahen sich die westlichen Staaten unter der Führung der USA gezwungen zu handeln. Die USA gaben der serbischen Führung die alleinige Schuld an der Eskalation und machten Milosevic persönlich für die Situation verantwortlich. Eine Ablösung des als *persona non grata* geltenden Milosevic und seines unhaltbar autoritären

Regimes galt von nun an als Vorbedingung für einen dauerhaften Frieden. Durch die offene Drohung mit militärischem Eingreifen des NATO-Bündnisses gegen Serbien, erzwang die USA eine Kontrolle des Waffenstillstandes durch die KVM und eine Luftüberwachung durch die USA. Diese Maßnahmen sollten den Konflikt entschärfen, wurden von den USA aber aufgrund der Kontrolle durch die UNO als unbefriedigend empfunden.

Nach dem erneuten Aufflammen der Gefechte im Frühjahr 1999, unternahm die NATO unter der Führung der USA im französischen Rambouillet den Versuch, Serbien einen Vertrag aufzuzwingen, der durch einen geheimen militärischen Anhang die Besetzung der Bundesrepublik Jugoslawien durch NATO Truppen beinhaltete, für die serbische Regierung aber schlicht unannehmbar war. Die Ablehnung des Ultimatums für die Besetzung Jugoslawiens interpretierte die NATO als *Casus Belli* (lat. *kriegsauslösende Handlung*). Ab dem 24. März 1999 bombardierten Flugzeuge des westlichen Militärbündnisses 78 Tage lang die gesamte Bundesrepublik Jugoslawien.

Dieser Luftkrieg, der ohne UNO-Mandat erfolgte und als humanitärer Krieg bezeichnet wurde, hatte die gewaltsame Besetzung eines Teils von Serbien zum Ziel. Die dabei vollzogene Aufhebung der territorialen Souveränität eines Landes sowie das militärische Eingreifen des westlichen Militärbündnisses ohne UNO-Mandat stellen nach Ansicht einiger Völkerrechtler eine völkerrechtswidrige Handlung dar. Andere Experten betrachten dieses Vorgehen jedoch als durch das Nothilferecht legitimiert.

Die Situation der Kosovo-Albaner verschärfte sich allerdings weiter, da die serbischen Streitkräfte sich nicht wie

erwartet sofort aus dem Gebiet zurückzogen. Unter dem Druck der Bombardierungen stimmte die jugoslawische Regierung am 10. Juni 1999 der UN-Resolution 1244 zu und unterzeichnete das Abkommen von Kumanovo.

## Die Ära nach Milosevic

Bei den Präsidentschaftswahlen am 24. September 2000 wurde Vojislav Kostunica zum serbischen Präsidenten gewählt, womit das Ende der Ära Milosevic eingeleitet wurde. Milosevic hatte sich zunächst zum Wahlsieger erklärt, musste aber nach mehrtägigen Streiks, Demonstrationen der Demokratischen Opposition Serbiens und der Besetzung des Parlaments am 5. Oktober schließlich nachgeben. Bei den Parlamentswahlen im Dezember 2000 errang die DOS einen überwältigenden Sieg. Im Januar 2001 wurde Zoran Djindjic zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Dies führte u.a. dazu, dass Slobodan Milosevic am 29. Juni 2001 an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag ausgeliefert wurde. Am 12. März 2003 wurde Djindjic auf offener Straße von Attentätern aus den Reihen der ehemaligen „Roten Barette“ ermordet.

Mit der Annahme einer neuen Verfassung im Jahr 2003 wurde die 1992 gegründete Bundesrepublik Jugoslawien in einen losen Staatenbund umgewandelt und änderte ihren Namen in Serbien und Montenegro.

Mitte März 2004 verübten ethnische Albaner schwere Pogrome gegen die im Kosovo lebende serbische Minderheit. Dabei wurden über 4.000 Menschen vertrieben und 19 getötet, 1.000 Häuser in Brand gesteckt und 27 serbisch-orthodoxe Kirchen und Klöster zerstört.

Am 30. März 2004 wurde ein kontrovers

diskutiertes Gesetz erlassen, das die Republik Serbien dazu verpflichtet, Angeklagten vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag alle Spesen zu ersetzen. Drei Tage später wurde allerdings ein weiterer Erlass veröffentlicht, wonach sich dieses Gesetz nicht auf die Familie von Slobodan Milosevic erstreckt.

Am 27. Juni 2004 wurde ein neuer Präsident gewählt, nachdem mehrere vorangegangene Versuche an einer zu geringen Wahlbeteiligung gescheitert waren. Nach Abschaffung einer Bestimmung, nach der die Wahlbeteiligung bei über 50% liegen musste, gewann der liberale und Europa zugewandte Reformler Boris Tadic von der DS die Präsidentschaftswahl gegen Tomislav Nikolic von der Nationalistischen Radikalen Partei mit 53,24% der Stimmen.

Am 17. August 2004 hat die serbische Nationalversammlung einstimmig das frühere königliche Wappen, das einen doppelköpfigen silbernen Adler, ein silbernes Kreuz und eine Krone zeigt, und die Hymne Bo e Pravde des 19. Jahrhunderts als zu verwendende nationale Symbole vorgeschlagen, jedoch nur provisorisch, bis eine endgültige Lösung bestimmt wird. Die Hymne und das Wappen aus Zeiten der serbischen Monarchie sollen die letzten kommunistischen Symbole ersetzen.

Am 5. Juni 2006 erklärte das serbische Parlament in Belgrad die formale Unabhängigkeit des Landes, nachdem Montenegro diesen Schritt nach der Volksabstimmung am 21. Mai 2006 vollzogen hatte. Serbien wurde Nachfolgestaat des Staatenbundes bei den Vereinten Nationen. Am 30. September 2006 verabschiedete das Parlament in Belgrad einstimmig und nach sechsjähriger Auseinandersetzung eine Verfassungsnovelle für Serbien. Bei einer

Volksabstimmung einen Monat später wurde die neue Verfassung angenommen und später vom Parlament beschlossen.

Nachdem es im Mai 2008 abermals zu vorgezogenen Neuwahlen kam, wurde im Juli 2008 eine Koalitionsregierung unter Führung der bisher bereits regierenden Demokratischen Partei unter anderem zusammen mit der bisher oppositionellen Sozialistischen Partei gebildet.

### **Serbien auf dem Weg in Richtung EU**

Die am 8. November 2005 begonnenen Stabilisierungs- und Assoziierungsgespräche zwischen der EU und dem damals noch bestehenden Staatenbund Serbien und Montenegro wurden im Frühjahr 2006 von Seiten der EU unterbrochen, da die Regierung in Belgrad keine ausreichenden Schritte zur Ergreifung der als Kriegsverbrecher gesuchten Radovan Karadic und Ratko Mladić unternahm. Nach einer verbesserten Kooperation Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) wurden die Gespräche fortgesetzt und mündeten am 7. November 2007 in die Paraphierung eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA). Unterzeichnet werden soll das Abkommen aber erst nach der Überstellung von Karadic und Mladic an das ICTY.

Kradzic wurde überraschend am 21. Juli 2008 in Belgrad festgenommen und schon neun Tage später an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien überstellt. Diese Entwicklung wurde in Europa sehr positiv aufgenommen und als großer Schritt Serbiens Richtung EU angesehen.

Am 19.12.2009 wurde die Visumpflicht für Reisen in die EU nach mehr als über zehn Jahren abgeschafft, wodurch für

die Bürgerinnen und Bürger Serbiens wieder ein freies Reisen möglich ist.

Durch ein Interimsabkommen von Februar 2010 wurden viele wichtige Bestimmungen des SAA in Kraft gesetzt. Das SAA ist, nachdem alle EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnet hatten, im September 2013 in Kraft getreten. Mit Inkrafttreten eines Visaerleichterungsabkommens im Dezember 2009 wurde zudem die Visapflicht für serbische Bürgerinnen und Bürger bei der touristischen Einreise in den Schengen-Raum aufgehoben.

Am 26. Mai 2011 wurde Mladic verhaftet. Serbien erwartet nun einen zügigen EU-Beitritt, wobei die Wirtschafts- und Finanzkrise auch für Serbien einen raschen EU-Beitritt erschwert. Nachdem am 20. Juli 2011 der letzte gesuchte Kriegsverbrecher Goran Hadžić verhaftet wurde, hat Serbien nunmehr fast alle Forderungen der EU erfüllt.

Serbien grenzt an acht weitere Staaten und hat dadurch so viele Nachbarn wie kein anderer Staat in dieser Region, was das Land in eine geostrategisch wichtige Position bringt. Dieser Standortvorteil führt dazu, dass besonders ausländische Firmen ihre Präsenz immer stärker ausbauen, wie zuletzt der russische Energiegigant Gazprom oder der Automobilhersteller Fiat. Serbien ist Mitglied der Schwarzmeer- Wirtschaftskooperation und der CEFTA.

### **Vom Beitrittsantrag zum Beginn der Beitrittsverhandlungen**

Am 22. Dezember 2009 beantragte Serbien eine Mitgliedschaft in der EU. In ihrer Stellungnahme zum serbischen Beitrittsantrag vom 12. Oktober 2011 empfahl die Europäische Kommission, Serbien den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen unter der Voraussetzung, dass Serbien den Dialog mit

Kosovo fortführt und alle bisher getroffenen Vereinbarungen mit Kosovo vollständig umsetzt.

Der Rat für allgemeine Angelegenheiten stellte am 28. Februar 2012 die Erfüllung der Voraussetzungen für eine Verleihung des Kandidatenstatus fest. Der Europäische Rat verlieh Serbien am 1. März 2012 den Status eines Beitrittskandidaten. Durch die Normalisierungsvereinbarung im April 2013 zwischen Serbien und Kosovo hat Serbien eines der Schlüsselkriterien erfüllt damit Beitrittsverhandlungen eröffnet werden können. Die am 21. Januar 2014 stattgefundenen erste EU-Serbien Regierungskonferenz gilt als der förmliche Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Serbien. Am 14. Dezember 2015 eröffnete die EU offiziell die ersten Verhandlungskapitel im serbischen EU-Beitrittsprozess, darunter das prioritäre Kapitel 35 zur Normalisierung mit Kosovo, außerdem Kapitel 32 (Finanzkontrolle). Es folgten die gleichfalls prioritären Rechtsstaatlichkeitskapitel 23 und 24 am 18. Juli 2016. Mittlerweile wurden insgesamt zwölf Kapitel geöffnet, zu zwei Kapiteln wurden die Verhandlungen bereits vorläufig abgeschlossen.

Darüber hinaus finden neben Annäherungen im kulturellen Bereich, auch durch die EU Unterstützung in der Bildung, in juristischen Fragen, in der Reform des Asylsystems und in der Verbrechensbekämpfung statt.

Die Geschwindigkeit der Beitrittsverhandlungen hängen vor allem vom Normalisierungsprozess mit Kosovo ab. Weitere Schwerpunkte sind innenpolitische Reformen der Justiz und Verwaltung, die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sowie der Schutz von Minderheiten.

## **Die wirtschaftliche Situation Serbiens**

Ein großer Teil der seit Jahrzehnten nach Serbien fließenden Devisen stammt von den im Ausland lebenden Serben. Dabei handelt es sich u.a. um Einnahmen aus der Tourismusbranche, um Klein-, vereinzelt Großinvestitionen in verschiedene Projekte im eigenen Land oder um Unterstützung für die Familien. Sie umfassen ca. 3,5 Mrd. Dollar jährlich. Serbien gehört zu den Ländern, die eine Einheitssteuer (flat tax) haben.

Etwa 40% der gesamten Fläche Serbiens sind agrarisch nutzbar. Die Landwirtschaft macht ca. 9,0% des serbischen Bruttoinlandsprodukts aus. Gemäß der Statistik aus dem Jahr 2012 arbeiteten zu diesem Zeitpunkt rund 21% der Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft.

Der industrielle Sektor des Landes befindet sich seit einigen Jahren in stetigem Wachstum. Die meisten Firmen in Serbien waren staatliche Unternehmen, die seit 2002 nach und nach privatisiert werden, um so den Standort Serbien für Investitionen attraktiver zu machen.

Energie wird in Serbien hauptsächlich durch Kohle- und Wasserkraftwerke erzeugt. Durch die Unterzeichnung des Abkommens über den Bau der South Stream Gaspipeline, die etwa 400 km durch Serbien verlaufen soll, im Januar 2008 in Moskau entstand in Serbien in nächster Zukunft einer der wichtigsten Transitknoten für Gas in Südosteuropa. Es ist eines der mit Abstand größten Wirtschaftsprojekte in Serbien seit dem Bau der Eisenbahn im 19. Jahrhundert.

Dominiert wird die Wirtschaft Serbiens seit 2001 durch den Dienstleistungssektor, der weit über die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Dies ist der Teil der serbischen Wirtschaft, der sich am schnellsten entwickelt.

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise erreichten Serbien Ende 2008, konnten aber durch wirtschaftspolitische Maßnahmen und internationale Stützungsmaßnahmen aufgefangen werden. Durch Unterstützung von IWF, EU und internationalen Finanzinstitutionen konnten die serbische Regierung und die Nationalbank die Stabilität des Bankensystems sichern. Haushaltsmaßnahmen wie Ausgabenkürzungen und das Einfrieren der Nominallöhne im öffentlichen Sektor und der Renten trugen dazu bei, das Einbrechen der Haushaltseinnahmen abzufangen.

Ab 2010 erholte sich die serbische Wirtschaft; die Industrieproduktion wuchs wieder und das BIP verzeichnete ein Wachstum von 1%. Danach ließ jedoch die Haushaltsdisziplin nach und politische Konflikte mit der EU um den Kosovo und das Voranschreiten im EU-Integrationsprozess sowie neue Instabilität im Euroraum führten Ende 2011 zu einer Umkehr der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Industrieproduktion fing wieder an zu fallen und erreichte Mitte 2012 -4,0 Prozent, internationale Ratingagenturen stuften die Kreditwürdigkeit Serbiens herab und ausländische Investoren begannen, in größerem Umfang Kapital aus dem Land abzuziehen. Ende 2012 stand Serbien infolge seiner massiven Schuldenkrise kurz vor dem Staatsbankrott. Der seit September 2013 amtierende Finanzminister Lazar Krstić hat inzwischen ein restriktives wirtschaftspolitisches Maßnahmenpaket vorgestellt (Ausgabenkürzungen im Haushalt, Mehrwertsteuererhöhungen sowie die Umstrukturierung öffentlicher Unternehmen). Unsicher ist jedoch, ob die serbische Regierung die politische Kraft hat, die Reformen umzusetzen. Außerdem haben Ökonomen das Maßnahmenpaket als unzureichend kritisiert.

Zudem bedrohen grundlegende Struk-

turprobleme die wirtschaftliche und Haushaltsstabilität. Beispielsweise ist der öffentliche Sektor zu groß, der Zustand der Infrastruktur schlecht, die institutionellen und bürokratischen Bedingungen für privatwirtschaftliche Aktivität nachteilig und die Steuerbehörden ineffizient.

Nähere Informationen zur Wirtschaft Serbiens finden Sie u.a. hier:

- <http://liportal.giz.de/serbien/wirtschaft-entwicklung/>

Die serbische Wirtschaft hat in den letzten 8 Quartalen zugelegt und weist ein beständiges Wachstum auf (2016: 2,8 Prozent des BIP; 2017: 3,0 Prozent des BIP und damit deutlich über der Eurozone). Dies soll durch eine Ankurbelung der Binnennachfrage, etwa durch Lohnsteigerungen, verstärkt werden.

## Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter Ihres Landes. Denken Sie immer daran: Ihr Ziel ist der Beitritt Serbiens zur Europäischen Union! Sie müssen also Ihre Verhandlungspartner von der Beitrittsreife Serbiens *überzeugen*. Verweisen Sie auf die großen Erfolge der Regierungsarbeit und erläutern Sie die weiteren Reformpläne. Die folgenden Stichpunkte werden Ihnen dabei helfen.

- Nennen Sie die Fortschritte, die Serbien bei der *Erfüllung der politischen Kriterien* gemacht. Die neue Verfassung trat im November 2006 in Kraft. Ein Verfassungsgesetz wurde ebenfalls angenommen. Im Januar 2007 fanden erstmals Parlamentswahlen statt, die den internationalen Standards entsprachen. Allerdings traten in der Zeit bis zur Bildung einer neuen Regierung im Mai 2007 scharfe politische Gegensätze zutage. Dadurch verlangsamte sich das Reformtempo. Die neue Regierung hat sich aber bemüht, den Reformprozess wieder anzukurbeln. Die zivile Kontrolle über das Militär wurde verbessert. Serbien hat einen positiven Beitrag zur regionalen Zusammenarbeit geleistet.
- Zudem hat Serbien an den *Beratungen über den künftigen Status des Kosovo* unter der Federführung des Sondergesandten des UN-Generalsekretärs für den Kosovo teilgenommen und tut dies weiterhin unter der Leitung der internationalen Troika. Des Weiteren kam es zu Normalisierungsverhandlungen unter Catherine Ashton zwischen Serbien und dem Kosovo im April 2013, was Serbiens Wille zur Lösung des Problems erkennen lässt.
- Trotzdem gibt es Verzögerungen bei der Reform der Justiz, und es wird noch ein *neuer Rechtsrahmen* benötigt.
- Zudem ist die *Korruption* in Serbien immer noch sehr weit verbreitet.
- Auch die *Menschenrechte*, insbesondere von Frauen, Kindern und Roma (Minderheiten insgesamt), müssen stärker geachtet werden, denn es bestehen nach wie vor ethnische Spannungen. Verbesserungen in diesen Bereichen wurden auf der ersten EU-Serbien Regierungskonferenz im Juli 2014 angemahnt. Der Beginn von offiziellen Verhandlungen ist ein sehr wichtiges Zeichen und Serbien muss an den genannten Problemen arbeiten damit ein EU-Beitritt möglich wird.
- Argumentieren Sie mit den spürbaren Fortschritten bei der *Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft* die Serbien erzielt hat. Weitere Reformanstrengungen sind jedoch erforderlich, damit das Land mittelfristig dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standhalten kann.
- Die wesentlichen Elemente der Wirtschaftspolitik wurden beibehalten. Die Wirtschaft expandiert weiterhin stark. Nach wie vor fließen erhebliche Kapitalströme ins Land. Die Inflation geht zurück, der Haushaltsüberschuss bleibt erhalten, und auf der Ausgabenseite werden die Mittel für Investitionen genutzt.
- Der *Außenhandel und die Investi-*

*tionstätigkeit* nehmen weiter zu, die wirtschaftliche Integration in die EU kommt voran.

- Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit immer noch sehr hoch. Auch die *Privatisierung* muss weiter vorangetrieben werden, denn dem Privatsektor fehlt es noch an Wettbewerbsfähigkeit und Dynamik. Die Verhandlungen über das Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen (SAA) haben gezeigt, dass Serbien über die erforderlichen Verwaltungskapazitäten verfügt, um einem EU-Beitritt näher zu kommen. Nachdem alle EU-Mitgliedsländer das SAA unterschrieben hatten, trat es 2013 in Kraft.
- In Bereichen wie dem *freien Warenverkehr, Zoll und Steuern, Industrie und KMU, Landwirtschaft und Visaerteilung* ist Serbien gut vorangekommen. Gleichzeitig hat das Land weitere Anstrengungen unternommen, um seine Fähigkeiten zur Übernahme der aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu verbessern.
- Allerdings müssen noch erhebliche Schwachstellen bei der Anwendung und wirksamen Durchsetzung der Rechtsvorschriften beseitigt werden. Dabei fehlt es insbesondere an angemessenen *personellen und finanziellen Ressourcen*.
- Betonen Sie Ihre *Bereitschaft, mit dem Haager Kriegsverbrecher-Tribunal zu kooperieren*, zeigen Sie aber auch Ihre Abneigung gegen Pauschalverurteilungen. Signalisieren Sie Ihre Bereitschaft, die Streitigkeiten einvernehmlich zu lösen.

- Betonen Sie die gute wirtschaftliche Entwicklung des Landes in den letzten Jahren.

Tipp:

Sie werden nur sehr eingeschränkt Zutritt zum Verhandlungssaal haben. Nutzen Sie daher die informellen Pausen und Treffen, um Mitgliedsstaaten (wie Zypern, Deutschland, Frankreich), die ihren Beitritt unterstützen, von sich zu überzeugen. Sie müssen das tolle Land Serbien als zukünftiges EU Mitglied verkaufen können!

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Slowakei (Slovenská Republika)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter der Slowakei im Europäischen Rat. Ihr Land ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied in der EU. In dieser Funktion ist die Slowakei jetzt mit der Entscheidung über die nächste Erweiterungsrunde konfrontiert.

### Die Slowakei in der EU

Zusammen mit dem nordwestlichen Nachbarn Tschechien war die Slowakei seit dem 11. Jahrhundert ein Teil des österreichisch-ungarischen Reiches. Erst nach dem Ersten Weltkrieg erhielt die Tschechoslowakei die Unabhängigkeit von Österreich-Ungarn. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geriet sie in den Einflussbereich der Sowjetunion und wurde Teil des Ostblocks. Nach dessen Zusammenbruch verstärkten sich die bestehenden Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken. Aus der friedlichen Trennung gingen 1993 die beiden unabhängigen Republiken Tschechien und Slowakei hervor.

**Hauptstadt:** Slowakei (431.000 Einwohner)  
**Staatsform:** parlamentarische Demokratie  
**Fläche:** 49.034 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 5,407 Millionen  
**BIP/Einwohner:** 23.232 Euro (2017)  
**Wachstumsrate:** 3,29% (2017)  
**Arbeitslosenrate:** 9,7% (2016)  
**Sprachen:** Slowakisch  
**Religionen:** 11 Religionsgemeinschaften werden anerkannt, darunter: ca. 70% römische Katholiken, 3% griechische Katholiken, 6% Anhänger der evangelischen Kirche des Augsburgers Bekenntnisses, Methodisten, Orthodoxe, Juden  
**Ethnische Gruppen:** 86% Slowaken, große ungarische Minderheit (ca. 10%), Roma  
**Beitritt zur EG/EU;** 2004  
**Staatsoberhaupt:** Andrej Kiska  
**Regierungschef:** Robert Fico  
**Außenminister:** Miroslav Lajcak  
**Weitere Informationen:** [www.botschaft-slowakei.de](http://www.botschaft-slowakei.de), [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)  
[www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de) [www.statista.de](http://www.statista.de)

Der sehr nationalistische und autoritäre Regierungsstil des ersten Ministerpräsidenten der unabhängigen Slowakei, Vladimir Meciar, sowie die Kontroverse mit Ungarn über den Status der ungarischen Minderheit im Land verhinderten, dass das Land 1998 in die erste Erweiterungsrunde der EU aufgenommen wurde. Das Verhältnis zur EU besserte sich erst mit der Wahl einer neuen, liberalen Regierung im Jahr 1998, die die demokratischen Defizite der Vorgängerregierung schnell beseitigte. Die danach aufgenommenen Beitrittsverhandlungen mit der EU führten 2002 zu einem positiven Abschluss. Nachdem der Beitritt in einem Referendum von 92,46% der teilnehmenden Slowaken befürwortet wurde, trat die Slowakei schließlich am 1. Mai 2004 der EU bei.

Das zur Erfüllung der EU-Beitrittskriterien notwendige Wirtschaftsprogramm zur Beseitigung des makroökonomischen Ungleichgewichts hat Erfolge gezeigt. Zum Zeitpunkt der Vorlage der Konvergenzberichte durch die Europäische Zentralbank und die EU-Kommission im Mai 2008 erfüllte die Slowakei die Maastricht-Kriterien. Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU hat dementsprechend am 7. Juli 2008 die Euroeinführung in der Slowakei zum 1. Januar 2009 beschlossen.

Die Slowakei bemüht sich erfolgreich um gute Beziehungen zu ihren Visegrád-Nachbarn (Tschechien, Polen, Ungarn). Die Regierung nutzt den Visegrád-Kontext, um sich mit diesen Staaten in EU- und NATO-Fragen abzustimmen. Die Slowakei hatte 2006/2007 den Vorsitz der Visegrád-Gruppe inne.

Die Beziehungen zur Tschechischen Republik sind aufgrund der langen gemeinsamen Staatlichkeit und nach wie vor wirksamer persönlicher, wirtschaftlicher und politischer Verflechtungen besonders eng. Die Beziehungen zu Ungarn werden seit Mitte 2006 auch durch Spannungen zwischen der slowakischen Regierung und der ungarischen Minderheit belastet. Alle Beteiligten sind an einer Verbesserung der Beziehungen interessiert.

## **Die Slowakei und die nächste Erweiterungsrunde**

Als Land am östlichen Rand der jetzigen EU mit engen Beziehungen zum restlichen Osteuropa steht die Slowakei einer neuen Erweiterung der EU positiv gegenüber. Der Umsturzprozess im Ostblock und die anschließende Integration der Staaten in die EU, die mit der letzten Erweiterungsrunde begonnen

wurde, sind von elementarer Bedeutung für den gesamten Kontinent.

Ebenso wie andere Staaten der EU, haben Sie den Kosovo nicht als eigenen Staat anerkannt. Traditionell haben Sie gute Verbindungen zu den Staaten des Balkans, also auch zu Serbien.

Aus eigener Erfahrung wissen die Slowaken, wie wichtig die Anziehungskraft der EU für die konsequente Durchsetzung des Reformprozesses und für das Selbstverständnis der Bevölkerung als Europäer ist. Daher unterstützt das Land die Fortsetzung des Erweiterungskurses in Richtung (Süd-)Osten und sieht es als eine Aufgabe der EU an, Demokratisierungsprozesse in der Region aktiv zu unterstützen.

Ein elementares Anliegen der Slowakei ist es, zu verdeutlichen, dass die Anstrengungen zur Realisierung eines Beitritts letztlich von den Beitrittskandidaten selbst vollbracht werden müssen. Das bedeutet, dass diese oft schmerzhaften soziale und wirtschaftliche Transformationen durchlaufen müssen, um ihren ernsthaften Willen zu einer Mitgliedschaft in der EU zu belegen und dass die EU ihrerseits streng auf die Einhaltung der hohen demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Standards achten muss. In den Augen der Slowakei ist dieser Weg der ernsthaften internen Reformen der einzige, der die Beitrittsländer nach Europa führen kann.

Ähnliche Forderungen knüpft die slowakische Regierung auch an die Nachbarschaftspolitik der EU, deren aktiven Ausbau in Richtung südlichem Kaukasus und Schwarzem Meer sie vorantreiben möchte. Auch hier soll das Ziel die Anregung von Reformen und verstärkter regionaler Kooperation sein. Die Slowakei will gegenüber den Nachbarn der EU deutlich machen, dass

nur Demokratien von den Vorteilen einer europäischen Nachbarschaftspolitik profitieren können, dass auf dem Weg dorthin jedoch Unterstützung angeboten wird.

## **Taktik**

Als Vertreterin/Vertreter der Slowakei *befürworten* Sie das Beitritts-gesuch Serbiens. Weisen Sie auf die historische Bedeutung der ersten Erweiterung und auf die Chance einer kompletten Wiedervereinigung des europäischen Kontinents hin.

Bringen Sie die folgenden Argumente in die Verhandlungen mit ein.

- Sie streben nach einem wirklich vereinten Europa. Argumentieren Sie, dass die EU durch ihre große Anziehungskraft eine gewisse Verantwortung für die demokratische Entwicklung in den Balkanländern trägt. Ihrer Meinung nach sollte keine europäische Demokratie außerhalb der Union bleiben.
- Bestehen Sie darauf, dass die demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Kriterien von Serbien strikt eingehalten werden, bevor eine Aufnahme erfolgen kann. Machen Sie deutlich, dass – so schmerzlich und schwer die notwendigen Veränderungen sein können - die Reformen letztendlich nur zum Wohl der Beitrittsstaaten selbst sind.
- Fordern Sie von der EU die Erarbeitung einer langfristigen, realistischen Integrationsstrategie für den gesamten westlichen Balkan.

- Ihnen ist aber insbesondere die Verteilung von Flüchtlingen und die Sicherung der EU Außengrenzen sehr wichtig. Fordern Sie Serbien auf, hier seinen Beitrag zu leisten und insbesondere die Sicherung der Außengrenzen zu garantieren und auch nachweisen, wie dies geschehen soll.

## **Tipp:**

In den anstehenden Verhandlungen sollten Sie versuchen, Partner für Ihren Erweiterungskurs zu finden und Koalitionen zu schmieden. Da die Visegrád-Staaten (Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei) eine besonders enge Kooperation innerhalb der EU pflegen und ähnliche Interessen bezüglich der östlichen Nachbarn der EU haben, könnten Sie hier mit Ihrer Partnersuche beginnen.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Slowenien

Sie vertreten Slowenien im Europäischen Rat. Ihr Land gehört der EU seit dem 1. Mai 2004 an und ist nun an der Entscheidung über die nächsten Erweiterungsrunde beteiligt.

### Slowenien in der EU

Die Ausrichtung Sloweniens nach Westeuropa wurde seit der Unabhängigkeit von allen maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppierungen im Land unterstützt. Slowenien war bereits früh Mitglied verschiedener internationaler Organisationen, beispielsweise der UNO, dem Europarat, der Weltbank, der Alpen-Adria-Arbeitsgemeinschaft und der Zentraleuropäischen Initiative (einem Zusammenschluss verschiedener mitteleuropäischer Staaten).

Die Zugehörigkeit zu Europa und das Streben nach Einbindung in die euroatlantischen Strukturen gehören seit der Unabhängigkeit zu den Grundpfeilern der slowenischen Außenpolitik. Daher hat das Land gleichzeitig mit Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Estland und Zypern im November 1998

**Hauptstadt:** Ljubljana (287.218 Einwohner)

**Staatsform:** Republik, parlamentarische Demokratie

**Fläche:** 20.273 km<sup>2</sup>

**Einwohner:** 2,061 Millionen

**BIP/Einwohner:** 22.680 Euro

**Wachstumsrate:** 2,9% (2015)

**Arbeitslosenrate:** 9,3% (2015)

**Sprachen:** Slowenisch, regional italienisch, ungarisch

**Religionen:** 57,8% Katholiken, ca. 2,3% Orthodoxe, 2,5% Muslime, 0,9% Protestanten

**Ethnische Gruppen:** 95,3% Slowenen, autochthone Minderheiten: ca. 6.243 Ungarn, ca. 2.258 Italiener;

**Beitritt zur EG/EU:** 2004

**Staatsoberhaupt:** Borut Pahor

**Regierungschef:** Marjan Šarec

**Außenminister:** Karl Erjavec

**Weitere Informationen:** vdm@gov.si

[www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de)

Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union aufgenommen. Diese Verhandlungen wurden auf dem Kopenhagener Gipfel im Dezember 2002 zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht. Die slowenische Bevölkerung stimmte bei einem Referendum am 23. März 2003 mit einer überwältigenden Mehrheit von fast 90% für den Beitritt. Mit der Mitgliedschaft hat Slowenien auch die vormals belasteten Beziehungen zu Italien verbessern können.

Als Schwerpunkt seiner Europapolitik betrachtet Slowenien die Beziehungen der Gemeinschaft zu den Staaten des westlichen Balkans. Unter diesem Gesichtspunkt misst das Land den anstehenden Verhandlungen mit neuen

Beitrittskandidaten besondere Bedeutung zu.

## **Die Position Sloweniens in der aktuellen Erweiterungsrunde**

Slowenien sieht den Erweiterungsprozess der Europäischen Union auch nach der Aufnahme der zehn neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 und der Erweiterung um Bulgarien, Rumänien und Kroatien noch nicht als beendet an, sondern fordert eine Fortsetzung der Beitrittsoptionen für weitere beitrittswillige Staaten. Die Weiterführung der Erweiterung wird als Garant für Wohlstand und dauerhafte Stabilisierung des gesamten Kontinents angesehen.

Das eindeutige Hauptinteresse Sloweniens in den kommenden Erweiterungsrunden liegt auf dem westlichen Balkan. Das Engagement für diese Region ist sowohl geographisch als auch historisch bedingt. Durch die unmittelbare Nähe des Krisenherdes der Balkanstaaten zur slowenischen Grenze stellt jede Instabilität in der Region auch eine Gefahr für Slowenien dar. So wird befürchtet, dass es nach Abzug der EUFOR-Truppen wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktparteien kommen könnte. Bei allen Bemühungen, sich von den Unruheprovinzen abzusetzen, ist Slowenien als Teilrepublik des ehemaligen Jugoslawiens trotzdem historisch eng mit der Region verbunden.

Die Tatsache, dass das Land als erster und bis jetzt einziger dieser Staaten die Aufnahme in die EU geschafft hat, bringt für Slowenien eine gewisse Verantwortung für die weitere Entwicklung der Balkanländer und ihre Annäherung an die EU mit sich. Dieser Verantwortung wird Slowenien schon

jetzt durch die aktive Teilnahme am Stabilitätspakt für den Balkan, durch die Unterstützung politischer Kooperationen im bilateralen Bereich und nicht zuletzt durch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen gerecht. Da sich die Verhältnisse auf den traditionellen regionalen Märkten Sloweniens stabilisiert haben, hat sich auch der Handel mit den Nachbarländern, insbesondere mit Kroatien, das seit Juli 2013 auch EU Mitglied ist, rasch ausgeweitet.

Wichtigstes Thema für Slowenien ist allerdings eine geordnete Unabhängigkeit Kosovos und die Heranführung Serbiens und der übrigen Balkanstaaten an die EU. „Wir in Slowenien glauben, dass es höchste Zeit ist, dass die jugoslawische Krise endet“, ist die Devise des Landes. Diese Krise begann 1991 mit dem Angriff des damaligen Präsidenten Slobodan Milosevic auf Slowenien. Nun kann die Lösung nur eine Einbettung des westlichen Balkans in die Europäische Union und eine Erweiterung der EU sein, wie sie 2003 bei einem Treffen in Thessaloniki in Griechenland beschlossen wurde. Hier hatte die EU allen Balkanstaaten die Aufnahme in die Gemeinschaft zugesagt.

Die slowenische Regierung ist zuversichtlich, dass eine Spaltung der EU in Bezug auf die Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos zu verhindern sein wird. Ihrer Ansicht nach gilt es, die Realität zu akzeptieren, die auf dem westlichen Balkan herrscht, weshalb Kosovo durch alle 28 Mitgliedstaaten der Union völkerrechtlich als Staat anerkannt werden sollte. Slowenien kennt die Befürchtung Zyperns, dies könnte in der EU als Präzedenzfall für das Schicksal des türkisch besetzten Nordens der Inselrepublik angesehen werden und macht immer wieder seine Überzeugung

deutlich, dass Kosovo „ein ganz eigener Fall“ ist. Insgesamt verfolgt die slowenische Regierung vier Schwerpunkt-Themen: die Zukunft der EU, Erweiterung und Nachbarschaftspolitik (Vorrang: Kosovo und West-Balkan), Klimaschutz und Energie sowie interkultureller Dialog.

## **Taktik**

Bringen Sie die folgenden Argumente in die Verhandlungen mit ein.

- Machen Sie klar, dass Sie ein Verfechter der Fortsetzung der europäischen Erweiterungspraxis, die Ihrer Meinung nach nicht nur den neuen Kandidaten, sondern auch der jetzigen EU ein Plus an Frieden, Stabilität und Freiheit bringen würde.
- Argumentieren Sie, dass die fortdauernde Existenz eines Konflikt- und Krisenherdes unmittelbar vor den Toren der EU deren Mitgliedstaaten nicht nur in ihrer eigenen Sicherheit und Freiheit, sondern auch in ihrer Glaubwürdigkeit als internationaler Akteur bedrohen würde.
- Appellieren Sie in diesem Zusammenhang an die Verantwortung der EU gegenüber ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, und erinnern Sie an das europäische Ziel der friedlichen Verbreitung demokratischer und freiheitlicher Werte und Normen.
- Treten Sie für eine zügige Anerkennung Kosovos durch alle Staaten der EU ein und fordern

Sie außerdem Gespräche über einen Beitritt des Landes zur EU.

- Ihnen ist aber insbesondere die Verteilung von Flüchtlingen und die Sicherung der EU Außengrenzen sehr wichtig. Fordern Sie Serbien auf, hier seinen Beitrag zu leisten und insbesondere die Sicherung der Außengrenzen zu garantieren und auch nachweisen, wie dies geschehen soll.

## ***Tipp:***

In den anstehenden Verhandlungen sollten Sie versuchen, Partner für Ihren Erweiterungskurs zu finden und Koalitionen zu schmieden. Als Vertreterin/Vertreter eines kleinen Landes sollten Sie versuchen, die Unterstützung anderer Mitgliedstaaten für Ihre Position zu gewinnen. Andere kleine Staaten könnten ähnliche Interessen haben wie Sie.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Spanien (España)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Spaniens im Europäischen Rat. In dieser Funktion sind Sie kurz nach der Erweiterung um insgesamt zwölf neue Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa erneut mit der Entscheidung über weitere Beitrittsgesuche konfrontiert.

### Spanien in der EU

Spanien ist 1986 der Europäischen Gemeinschaft beigetreten. Seitdem hat das Land einen großen wirtschaftlichen Aufschwung vollzogen. Seit 1994 war die Arbeitslosigkeit faktisch halbiert worden. Im Zuge der letzten Wirtschaftskrise hat die Arbeitslosenquote jedoch einen neuen Anstieg erfahren, besonders die Jugendarbeitslosigkeit ist massiv. Es gibt zwar noch wirtschaftlich unterentwickelte Regionen, aber Spanien ist dank seines relativ niedrigen Lohnniveaus zu einem bedeutenden Produktionsstandort Europas geworden. Das Interesse der spanischen Bevölkerung an der EU ist jedoch eher gering.

Auch die jüngsten Entwicklungen um die

**Hauptstadt:** Madrid (3,16 Mio Einwohner)  
**Staatsform:** parlamentarische Monarchie, Zweikammern-System  
**Fläche:** 504.645 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 46,464 Millionen  
**BIP/Einwohner:** 27.532 Euro  
**Wachstumsrate:** 3,07%  
**Arbeitslosenrate:** 17,12%(2017)  
**Sprachen:** Spanisch (Castellano) ist verfassungsmäßige Staatssprache. Daneben haben Katalanisch, Baskisch, Galizisch und Valenzianisch offiziellen Rang in der betreffenden autonomen Gemeinschaft.  
**Religionen:** über 90% römisch-katholisch  
**Beitritt zur EG/EU:** 1986  
**Staatsoberhaupt:** König Felipe VI.  
**Regierungschef:** Mariano Rajoy  
**Außenminister:** Alfonso María Dastis Quecedo  
**Weitere Informationen:** [www.spanischebotschaft.de](http://www.spanischebotschaft.de); [www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de); [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens lassen Spanien in eine ungewisse Zukunft blicken: Befürchtungen etwa, dass Spanien ohne das wirtschaftsstarke Katalonien in eine erneute Wirtschaftskrise gerät, schwächen das Land, auch in seiner Position in der EU.

Durch die Norderweiterung 1995 und die letzte große Osterweiterung 2004 hat sich der Einfluss der südlichen Staaten innerhalb der Europäischen Union bereits reduziert. Die spanische Regierung und die Bevölkerung befürchten ebenso wie andere „alte“ europäische Mittelmeerstaaten, nicht nur geographisch, sondern auch politisch an den Rand der Europäischen Union gedrängt zu werden.

Als Anrainer der Mittelmeerregion sieht Spanien deshalb eine besondere Aufgabe in der Stärkung der

europäischen Mittelmeerpolitik, die die Zusammenarbeit mit den südlichen Nachbarstaaten der EU regelt. So soll beispielsweise die finanzielle Förderung der Region und die wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärkt sowie der politische und wirtschaftliche Dialog mit Staaten des Nahen Ostens intensiviert werden. Spanien bewertet die zunehmenden Probleme an der „Südflanke“ der EU (z.B. Immigrationsdruck aus Nordafrika, islamischer Fundamentalismus) als wesentlich gravierender für die eigenen nationalen Interessen als die Frage einer erneuten Erweiterung der Europäischen Union. Bezüglich eventueller institutioneller Reformen innerhalb der EU lehnt Spanien das Modell einer engeren Zusammenarbeit einiger weniger Mitgliedstaaten ab und setzt sich für eine Verstärkung der Integration auf einheitlichem Niveau ein. Die spanische Regierung ist der Auffassung, dass die Einstimmigkeitsregel verteidigt werden muss, weil von einer Abschaffung die eigenen nationalen Interessen betroffen wären.

### **Spanien und die nächste Erweiterung**

In Anbetracht der beschriebenen Prioritätensetzung der spanischen Regierung kann eine Erweiterung ihrer Ansicht nach erst dann erfolgen, wenn die tatsächliche Vertiefung erreicht worden ist und die mit der Erweiterung verbundenen Probleme gelöst werden können.

Mit der erst kürzlich abgeschlossenen Aufnahme dreizehn mittel- und osteuropäischer Staaten und den damit einhergehenden Kürzungen einiger Zuwendungen an Spanien sieht sich das Land vor einer neuen Herausforderung: dem Kampf um die Verteilung der EU-Fonds bis 2013. Spanien sieht vor allem

die Gefahr, dass durch eine erneute Erweiterung der EU nicht mehr so viele finanzielle Transferleistungen nach Spanien fließen werden wie bisher, weil eine größere Anzahl „ärmerer“ Länder um die Gelder konkurrieren würde. Außerdem befürchtet Spanien, bei einem Beitritt weiterer Länder den bisherigen Kostenvorteil in der Produktion zu verlieren, weil in den potenziell neuen Mitgliedstaaten noch billiger produziert werden kann.

Nach den Anschlägen in Madrid vom 11. März 2004 hat die Terrorismusbekämpfung in Spanien besondere Priorität. Eine Aufnahme von Staaten mit fragwürdigem Sicherheitsempfinden und löchrigen Außengrenzen könnte zum „Einfallstor“ für terroristische Gruppen werden. Spanien fürchtet, dass sich die Sicherheitsprobleme der „Neumitglieder“ auf die EU übertragen werden.

Trotz dieser Bedenken ist die Aufnahme Serbiens in die EU durchaus auch im Interesse Spaniens, weil dadurch die Stellung der südlichen Mitgliedstaaten innerhalb der EU gestärkt werden würde. Spanien äußert zwar gewisse Bedenken (siehe oben), unterstützt aber letztendlich die Kandidaten, wenn diese sich bereit erklären, den angesprochenen Problemen in den nächsten Jahren besondere Beachtung zukommen zu lassen.

Die Entwicklungen um die Frage der Unabhängigkeit Kosovos sieht Spanien mit großer Sorge. Anders als Deutschland oder Frankreich hat Spanien die Loslösung Kosovos aus dem serbischen Staatsverband zu keiner Zeit unterstützt. Deshalb hat es ebenso wie Griechenland, Zypern, Rumänien und die Slowakei dessen Unabhängigkeit nicht anerkannt. Trotzdem unterstützen

auch diese Länder im Rahmen der EU die Mission EULEX, die den Aufbau der Rechtsstaatlichkeit in Kosovo fördern soll.

Spaniens Position besteht darin, dass es eine Unabhängigkeit Kosovos nur dann akzeptieren kann, wenn diese auch von Serbien mitgetragen wird. Eine einseitige Erklärung erkennt die spanische Regierung nicht an. Sie hat die Befürchtung, mit einer Anerkennung Kosovos separatistischen Forderungen im eigenen Land Vorschub zu leisten. Deshalb fordert Spanien ganz ausdrücklich eine Stärkung Serbiens, um so die Möglichkeit für gegenseitige Zugeständnisse zu schaffen. Für Spanien hat die Resolution 1244 der UN weiterhin Bestand.

### Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Spaniens *unterstützen* Sie generell das Beitritts-gesuch Serbiens, machen aber deutlich, dass die angesprochenen Probleme in den nächsten Jahren gelöst werden müssen. Geben Sie Ihre Zustimmung zu einem Beitritt daher erst ab, wenn zentrale Kriterien erfüllt sind.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Stimmen dem Beitritt **nur dann** zu, wenn erfolgreiche institutionelle Reformen garantiert werden, die vor allem den Einfluss mittelgroßer Staaten im Entscheidungsgefüge der EU angemessen berücksichtigen.
- Plädieren Sie für äußerst lange Übergangsfristen bevor neue Mitglieder voll von der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) profitieren können, damit Sie

länger von Subventionszahlungen der EU profitieren. Sie sollten die Beitritts-gespräche daher nicht unbedingt beschleunigen.

- Betonen Sie, dass durch die Erweiterung den jetzigen Mitgliedern der EU kein Nachteil entstehen darf. Im Hinblick auf die Folgen der Wirtschaftskrise, an denen Ihr Land bis heute leidet, können Sie keine weiteren Probleme tragen.
- Fordern Sie die Einführung zusätzlicher Fonds und die Vergrößerung des EU-Haushalts, damit weitere Mitglieder aufgenommen werden können. Verlangen Sie hier vor allem eine stärkere Beteiligung der größeren, reichen Mitgliedsländer an.
- Fordern Sie schließlich eine erhebliche Aufstockung der finanziellen Mittel für eine Intensivierung der europäischen Mittelmeerpolitik. Es ist Ihnen ein elementares Anliegen, dass diese Dimension der europäischen Politik nicht durch eine Konzentration auf die Ostgrenze in den Hintergrund gerät.

### Tipp:

Die anderen Mittelmeeraanreinerstaaten werden Sie bei dem Plan, die europäische Mittelmeerpolitik zu intensivieren, unterstützen. Darüber hinaus werden Sie in ähnlich großen Ländern (etwa Polen) einen Unterstützer für institutionelle Reformen finden. Sprechen Sie miteinander!

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Tschechische Republik (Česká Republika)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter der Tschechischen Republik im Europäischen Rat. Ihr Land ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der EU und in dieser Funktion nun mit der Entscheidung über eine erneute Erweiterung der Union konfrontiert.

### Die Tschechische Republik in der EU

Die Tschechische Republik (vormals Tschechoslowakei) ist schon immer einen eigenen Weg gegangen („Prager Frühling“ 1968). Bereits in den Achtzigerjahren löste sie sich vom autoritären sozialistischen System. 1989 fand die „samtene Revolution“ statt, die den Schriftsteller Vaclav Havel zum Präsidenten machte. Seit 1989 hat sich eine politische Demokratie entwickelt. Tschechien hat den friedlichen Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem geschafft. Die Grundlagen des Staates – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus – sind fest verankert. Die

**Hauptstadt:** Prag (1,3 Mio Einwohner)  
**Staatsform:** Parlamentarische Republik mit Zweikammerparlament  
**Fläche:** 78.866 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 10,54 Millionen  
**BIP/Einwohner:** 16.700 Euro (2016)  
**Wachstumsrate:** 3,5%  
**Arbeitslosenrate:** 2,8% (2017)  
**Sprachen:** Tschechisch  
**Religionen:** 79,2% ohne Bekenntnis, 10,3% Katholiken, 1% Protestanten, 10% andere Religionen  
**Ethnische Gruppen:** 90,1% Tschechen, 3,7% Mährer und Schlesier, 1,8% Slovaken, 0,5% Polen, 0,4% Deutsche, 3,4% andere, geschätzt etwa 2-3% Roma  
**Beitritt zur EG/EU:** 2004  
**Staatsoberhaupt:** Präsident Miloš Zeman  
**Regierungschef:** Andrej Babiš  
**Außenminister:** Lubomír Zaorálek  
**Weitere Informationen:** [www.mzv.cz/berlin](http://www.mzv.cz/berlin);  
[www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de); [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

Verfassungsorgane arbeiten einwandfrei.

Das Staatsgebiet der Tschechischen Republik war historisch eines der wirtschaftlich und industriell am stärksten entwickelten Gebiete Europas. Bis 1938 war die damalige Tschechoslowakei eine Demokratie und gehörte vor dem Zweiten Weltkrieg als einziges mitteleuropäisches Land zu den zehn am stärksten entwickelten Industriestaaten der Welt.

Auch wenn die Tschechische Republik im völkerrechtlichen Sinne ein sehr junges europäisches Land darstellt, fühlt sie sich dem europäischen Vermächtnis ihrer früheren Staatsgebilde verpflichtet und weist immer wieder auf die Jahrhunderte alte Tradition der multikulturell ausgerichteten tschechischen Gesellschaft in der Mitte

Europas hin. Aus historischen („Rückkehr nach Europa“) und politischen Gründen hatte die Aufnahme der Tschechischen Republik in die EU einen hohen Stellenwert in der tschechischen Außenpolitik, und der endgültige Beitritt im Mai 2004 wurde als großer Erfolg gewertet. Für die Tschechische Republik hat die europäische Einigung auch die Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten, vor allem zu Deutschland und Polen, mit sich gebracht, und seit einigen Jahren hat auch die Zusammenarbeit mit der Slowakei wieder höchste Priorität.

In jüngster Vergangenheit wurde die „Europaeuphorie“ allerdings durch das deutliche Erstarren europaskeptischer Kräfte im Land etwas gedämpft. Das „Ja“ der Tschechen im Referendum über den Beitritt zur Europäischen Union fiel dann auch nicht so eindeutig aus wie erhofft.

Auf inhaltlicher Ebene engagiert sich Tschechien besonders im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und tritt für eine starke Euro-Atlantische Partnerschaft ein. Auch eine Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres – insbesondere in Flüchtlingsfragen und in der Drogenbekämpfung – wird favorisiert.

### **Die Tschechische Republik und die nächste Erweiterung**

Trotz der angesprochenen aufkeimenden Skepsis ist man sich in Tschechien der äußerst positiven Reformentwicklung im Rahmen des EU-Beitritts bewusst. Der Regierung ist es deshalb ein besonderes Anliegen, diese

Erfahrungen an noch außenstehende Beitrittskandidaten weiterzugeben. Grundsätzlich ist Tschechien auch auf bilateraler Ebene darauf bedacht, seine Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten zu intensivieren. Neben der konkreten Unterstützung bestimmter Beitrittskandidaten setzt sich Tschechien deshalb für eine aktive europäische Nachbarschaftspolitik für die Länder ein, die in absehbarer Zeit keine Beitrittsperspektive haben.

Die Beziehungen zum Balkan hat Tschechien in letzter Zeit intensiviert. Nach Ende des Balkankrieges hat die Tschechische Republik die gute Ausgangsposition zur Wiederaufnahme der intensiven Handelsbeziehungen in diese Region genutzt. Auch auf politischer und sicherheitspolitischer Ebene ist das Land an multilateralen Initiativen wie dem Stabilitätspakt für Südosteuropa und der SFOR-Truppe (bis 2001) beteiligt. Die Unterstützung der Region ist ein prioritäres Anliegen der tschechischen Außenpolitik, von konkreten Beitrittsperspektiven zur EU ist jedoch noch nicht die Rede.

Zu Serbien pflegt Tschechien intensive wirtschaftliche und politische Beziehungen. Die Zustimmung zum NATO Einsatz in Serbien, machte die damalige tschechische Regierung von der Bedingung abhängig, dass ausschließlich militärische Ziele angegriffen werden. Diese Bedingungen wurden schlussendlich nicht erfüllt. Tschechien war der letzte NATO Mitgliedsstaat, der dem NATO Einsatz zustimmte.

Im Hinblick auf die Anerkennung Kosovos war die tschechische Regierung eher zurückhaltend. Tschechien sah es als dringend notwendig an, dass die Staaten der Europäischen Union

gemeinsam entscheiden, wie in dieser Frage vorzugehen ist. Die Wahrung der UN Resolution 1244 war dabei von besonderer Bedeutung.

Die Position Serbiens in Bezug auf diese Resolution ist für Tschechien durchaus nachvollziehbar, auch wenn die Europäische Union in ihrer Gesamtheit ein unabhängiges Kosovo unterstützen wird. Die Souveränität der Staaten in Fragen der Anerkennung anderer Staaten ist für Tschechien hierbei von großer Bedeutung. Trotz der Suche nach einer gemeinsamen Position, darf die Serbische Regierung zu keiner Position gezwungen werden.

Für Tschechien ist es trotzdem wichtig, dass Serbien nicht auf diese Entwicklung reduziert wird. Vielmehr sollte es umso mehr in die Überlegungen zu weiteren Beitritten einbezogen und, sofern dies von der serbischen Regierung gewollt ist, in diese Richtung gefördert werden.

## Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der tschechischen Regierung *unterstützen* Sie das Beitrittsgesuch Serbiens.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Sie sind absoluter Verfechter der Kopenhagener Kriterien. Fordern Sie die Erfüllung aller Kriterien von Beitrittskandidaten Serbien, ehe es beitreten kann. Setzen Sie sich dabei aber auch dafür ein, dass die Bedingungen für Serbien realistisch gehalten werden.
- Sie engagieren sich unverändert für eine Stabilisierung der Verhältnisse des westlichen Balkans. Vermeiden Sie es aber

dabei, konkrete Beitrittsperspektiven auszusprechen. Befürworten Sie stattdessen eine schrittweise, wohl durchdachte Integration der Länder.

- Befürworten Sie in diesem Zuge auch die Einführung von Übergangsfristen in Bezug auf Freizügigkeit und Migration.
- Problematisieren Sie in den Beitrittsverhandlungen auch die Flüchtlingsfrage, zu der Serbien Ihrer Meinung nach einen wichtigen Teil beizutragen hat.

## **Tipp:**

Versuchen Sie Mitstreiter für Ihre Anliegen zu finden. Vor allem Ihre regionalen Nachbarn könnten in manchen Punkten ähnliche Interessen vertreten, wie Sie.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Großbritannien (Great Britain)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Großbritanniens im Europäischen Rat. Zwar haben Sie bereits das offizielle Austrittsgesuch bei der EU eingereicht, doch Ihre Rechte und Pflichten bleiben bis zum endgültigen Austritt bestehen. Daher befassen auch Sie sich nun mit der Entscheidung über weitere Beitrittsgesuche zur EU.

### Großbritannien in der EU

Großbritannien ist 1973 der damaligen EG beigetreten, nachdem mit dem Rückzug des französischen Präsidenten De Gaulle aus der Politik auch Frankreich seinen harten Widerstand gegen eine Mitgliedschaft des Nachbarlandes aufgegeben hatte. Die französische Blockadehaltung wurde mit der Befürchtung begründet, das Vereinigte Königreich würde sich nicht in ausreichendem Maße zur europäischen Einigung bekennen. Die Interessen Großbritanniens sind wegen seiner früheren Weltmachtrolle und seiner Beziehungen zu seinen ehemaligen Kolonialstaaten in der Tat

**Hauptstadt:** London (ca. 8,6 Mio. Einwohner)  
**Staatsform:** parlamentarische Monarchie mit Zweikammersystem  
**Fläche:** 243.820 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 64,11 Millionen  
**BIP/Einwohner:** 31.862 Euro (2017)  
**Wachstumsrate** 1,66%  
**Arbeitslosenrate:** 4,39% (2017)  
**Sprachen:** Englisch (Amtssprache), außerdem Irisch-Gälisch, Scots, Schottisch-Gälisch, Walisisch  
**Religionen:** 60% Christen (v.a. Anglikaner), 4,4% Muslime, 2% Hindus und Sikhs  
**Ethnische Gruppen:** 81,5% Engländer, 9,6% Schotten, 2,4% Iren, 1,9% Waliser, 1,8% Ulster, 2,8% Inder, Pakistaner u.a.  
**Beitritt zur EU/EG:** 1973  
**Staatsoberhaupt:** Königin Elisabeth II.  
**Regierungschef:** Theresa May  
**Außenminister:** Boris Johnson  
**Weitere Informationen:**  
[www.britischebotschaft.de](http://www.britischebotschaft.de);  
[www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de); [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

global und nicht nur auf Europa beschränkt. In der Vergangenheit betrieb Großbritannien daher oft eine zweideutige oder isolationistische Politik gegenüber der EU. Den Sinn europäischer Integration sah es vor allem im wirtschaftlichen Bereich, während es eine weitergehende politische Integration – verbunden mit der Abgabe staatlicher Souveränität an supranationale EU-Institutionen – skeptisch beurteilte. Das Vereinigte Königreich gehört weder der Euro-Zone noch dem Schengen-Raum an. Im Vertrag von Lissabon nimmt es mehrere Ausnahmeregelungen in Anspruch, u.a. in der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit. Der begrenzten Vertragsänderung zur Einrichtung eines dauerhaften Stabilisierungsmechanismus (ESM) für

die Eurozone hat das Vereinigte Königreich zugestimmt, beteiligt sich selbst aber nicht daran.

Mit Beginn der Regierungszeit von Tony Blair vor mehr als zehn Jahren versuchte Großbritannien verstärkt, ein führender und ernst zu nehmender Partner in der EU zu sein und für ein friedliches und demokratisches Europa der Stabilität und des Wohlstands einzutreten.

Die steigende EU-Skepsis in der Bevölkerung führte jedoch dazu, dass sich die britischen Wählerinnen und Wähler am 23. Juni 2016 in einer Volksabstimmung mit einer Mehrheit von 52% für den Austritt Großbritanniens aus der EU ausgesprochen haben. Die Regierung von Premierministerin May hat sich verpflichtet, auf Basis dieses Wählervotums die EU und EURATOM zu verlassen. Am 29. März 2017 reichte die britische Regierung das offizielle Austrittsgesuch bei der EU ein, womit die Phase der zweijährigen Austrittsverhandlungen gemäß Art. 50 EUV begann. Der Austritt erfolgt vertragsgemäß am 29. März 2019, sofern keine einstimmige Fristverlängerung durch die Verhandlungspartner beschlossen wird. Auf den EU-Ratsvorsitz im 2. Halbjahr 2017 verzichtete Großbritannien. Der Austritt nimmt momentan den wichtigsten Teil der Debatte ein, und das Verhältnis zu den anderen Mitgliedsstaaten hat darunter bislang sehr gelitten.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreich (bilaterales Verteidigungsabkommen vom November 2010) und Deutschland bleiben die wichtigsten Partner des Vereinigten Königreichs. Für die Zeit nach dem Brexit beabsichtigt das Vereinigte Königreich eine neue „strategische Partnerschaft“ mit der EU, die enger als jede bisherige Drittstaatenpartnerschaft

sein soll. Es wird eine Zusammenarbeit in den Bereichen Gemeinsame Außenpolitik, Sicherheit/Verteidigung (GASP/GSVP) sowie Entwicklungszusammenarbeit angestrebt. Großbritannien bekräftigte bei Übergabe des Austrittsgesuchs, „zwar die EU, nicht jedoch Europa“ verlassen zu wollen. Die Regierung kündigte an, global eine noch aktivere Rolle zu verfolgen („Global Britain“).

Mit den USA pflegt das Vereinigte Königreich eine auf gemeinsame historische und kulturelle Wurzeln zurückgehende „special relationship“. Seit dem Brexit-Referendum wird diese noch stärker betont. Ende Januar 2017 empfing US-Präsident Trump die britische Premierministerin May als erste ausländische Regierungschefin im Weißen Haus.

## **Großbritannien und die nächste Erweiterung**

Erweiterungen der Europäischen Union bewertet die Regierung des Vereinigten Königreichs als große historische Chance und Entwicklungsmöglichkeit, für beitrittswillige Staaten genauso wie für EU-Mitglieder. Großbritannien hat sich auch für die letzten großen Erweiterungen am 1. Mai 2004 und am 01. Januar 2007 eingesetzt.

Künftigen Erweiterungen der EU steht Großbritannien im Allgemeinen ebenfalls aufgeschlossen gegenüber und propagiert bei Erweiterungsfragen das „fair play“, mit anderen Worten: Jedes Land soll nach seinen Fortschritten bei der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien individuell und objektiv beurteilt werden. Vor allem auf dem Balkan erhofft sich Großbritannien durch EU-Beitritte Stabilität und Wohlstand und damit eine Garantie gegen Unruhen und Kriege, wie sie diese

Region in den Neunzigerjahren erfahren musste.

Großbritannien begrüßt die Unabhängigkeit Kosovos. Sie als Vertreterin/Vertreter der Regierung geben trotzdem zu bedenken, dass auch für eine Annäherung Kosovos an die Europäische Union die strengen Regeln der „Kopenhagener Kriterien“ gelten. Ebenso darf Serbien durch seine Außenpolitik im Hinblick auf die Unabhängigkeit Kosovos nicht isoliert werden.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Austritt aus der EU, bewerten Sie Beitrittsgesuche nun vor allem strategisch: wenn die EU zukünftig ihr engster Vertragspartner sein soll, inwiefern wäre dann für Sie eine Mitgliedschaft Serbiens wünschenswert?

### **Taktik**

Als Vertreterin/Vertreter Großbritanniens haben Sie in der EU zurzeit keine leichte Position. Schon jetzt sind Ihre Kollegen Ihnen gegenüber nicht unbedingt wohlwollend eingestimmt. Künftigen EU-Erweiterungen stehen Sie verhalten positiv gegenüber. Halten Sie sich aus den Verhandlungen eher zurück, aber bleiben Sie bei zentralen Punkten aufmerksam. Sie sind noch Mitglied der EU und können möglicherweise auch für Ihre Verhandlungen um einen Austritt noch etwas herauschlagen. Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Vermeiden Sie es so kurz vor Ihrem Austritt, sich zur finanziellen Beteiligung der Integration Serbiens zu verpflichten. Befürworten Sie daher die Übergangsregelungen.
- Da die EU zukünftig ein enger Partner für Sie sein wird,

möchten Sie natürlich, dass die Gemeinschaft möglichst stabil bleibt. Sie fordern daher die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien durch Serbien.

- Befürworten Sie eine Stabilisierung der Balkanregion, welche durch einen Beitritt wahrscheinlich vorangetrieben würde. Verdeutlichen Sie, dass ein EU-Beitritt nicht zu einer Verschärfung der Serbien-Kosovo Beziehung führen darf.
- Betonen Sie, dass Serbien auch zukünftig mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien kooperiert muss.
- Versuchen Sie, die Einheit der EU-Mitgliedsstaaten gegenüber Ihrem Austritt zu brechen, wenn möglich. Eventuell besteht die Möglichkeit, den Brexit mit in die Verhandlungen zum Beitritt Serbiens, dem Sie zustimmen müssen, damit er erfolgt, zu verknüpfen. Vielleicht können Sie Ihre schwierige Lage verbessern.

**Tipp:** Obwohl Sie aus der EU austreten werden, sind Sie weiterhin einer der größten und wichtigsten Mitgliedsstaaten. Kommunizieren Sie daher vor allem mit Frankreich und Deutschland, aber auch osteuropäische Staaten könnten ähnliche Interessen wie Sie haben. Eventuell lassen sich Zugeständnisse für Ihre eigenen Brexit-Verhandlungen erreichen.

# Rollenkarte Europäischer Rat



## Ungarn (Magyarország)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Ungarns im Europäischen Rat. Ihr Land ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der EU und nun mit der Entscheidung über die nächste Erweiterungsrunde konfrontiert.

### Ungarn in der EU

Ungarn hat sich schon in den Siebziger- und Achtzigerjahren vom autoritären sozialistischen System gelöst. Seit Mitte der Achtzigerjahre hat sich eine politische Demokratie entwickelt, und das Land hat den friedlichen Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem geschafft.

Aus historischen („Rückkehr nach Europa“) und politischen Gründen genoss der Beitritt in die EU einen hohen Stellenwert in der ungarischen Außenpolitik. Ungarn versteht sich als europäisches Land mit einer tausendjährigen Geschichte und hat immer wieder bewiesen, dass es als Modell zur Integration verschiedener Nationen und Kulturen herangezogen

**Hauptstadt:** Budapest (1,7 Mio. Einwohner)  
**Staatsform:** Parlamentarische Demokratie mit Einkammerparlament  
**Fläche:** 93,036 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 9,91 Mio.  
**BIP/Einwohner:** 11.500 Euro (2016)  
**Wachstumsrate:** 3,2%  
**Arbeitslosenrate:** 4,42% (2017)  
**Sprachen:** Ungarisch  
**Religionen:** 37,1% römische Katholiken, 11,1% Calvinisten, 3% Protestanten, 0,2% Zeugen Jehovas, 0,1% Juden, 0,1 Muslime  
**Ethnische Gruppen:** Ungarn, Kroaten, Deutsche, Roma, Rumänen, Serben, Slowaken, Slowenen  
**Beitritt zur EG/EU:** 2004  
**Staatsoberhaupt:** Dr. János Áder  
**Regierungschef:** Dr. Viktor Orbán  
**Außenminister:** Péter Szijjártó  
**Weitere Informationen:** [www.ungarischebotschaft.de](http://www.ungarischebotschaft.de); [www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de); [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

werden kann.

Die Rechte der in Ungarn lebenden dreizehn anerkannten nationalen und ethnischen Minderheiten – die die Verfassung als konstituierende Elemente des Staates bezeichnet – sind im Minderheitengesetz von 1993 verankert. Das Gesetz wurde im Oktober 2005 novelliert und erhebt jetzt den Anspruch, EU-Vorgaben zu erfüllen. Es räumt den Angehörigen der Minderheiten weitgehende individuelle und kollektive Rechte ein. Dies sind in erster Linie kulturelle Autonomierechte wie das Recht auf muttersprachlichen Unterricht. Freigewählte Selbstverwaltungen der Minderheiten auf kommunaler sowie auf Landesebene setzen sich aktiv für die Wahrnehmung der Minderheitenrechte ein, auch wenn die individuellen und kollektiven Rechte

der Roma, die sechs Prozent der Bevölkerung ausmachen, teilweise noch ungenügend sind.

Unter der Regierung Orban, die sich in den Legislaturperiode 2010-2014 auf eine für Verfassungsänderungen notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit stützte, wurden bis September 2013 etwa 740 neue Gesetze verabschiedet, darunter eine neue Verfassung und Dutzende „Kardinalgesetze“, die nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit geändert werden können. Für internationale Kritik haben besonders die Justizreform, das Kirchengesetz und die Mediengesetze gesorgt. Besonders aus der EU kam heftige Kritik, da umstritten war, ob die in Ungarn erlassenen Gesetze mit den europäischen Grundwerten vereinbar sind. Ungarn reagierte auf diese Kritik mit einer Nachbesserung der kritisierten Gesetze. Die Einschränkung der Menschenrechte und die Orientierung an Russland werfen kritische Fragen auf.

Weil Ungarn bereits früher bi- oder trilaterale Verträge geschlossen hatte bzw. in supranationale Organisationen eingebunden war, wird die Mitgliedschaft in der EU nicht vornehmlich als Souveränitätseinbuße verstanden. Vielmehr wird sie als Möglichkeit bewertet, durch supranationale Gremien den globalen Einfluss kleinerer Nationen zu stärken. Seit 1999 ist Ungarn auch Mitglied der NATO. Des Weiteren legt Ungarn Wert auf ein gutes Verhältnis zu seinen Nachbarstaaten (Rumänien, Slowakische Republik, Ukraine) und auf die Unterstützung der dort lebenden ungarischen Minderheiten.

Die guten Beziehungen Ungarns zu den Auslandsungarn birgt jedoch auch Konfliktpotenzial. In einzelnen Teilen Rumäniens, Serbiens und in der Slowakei bilden die Auslandsungarn die

lokale Bevölkerungsmehrheit. Dies weckt bei den Nachbarn immer wieder den Verdacht, dass Ungarn Autonomiebestrebungen dieser Minderheiten unterstützen könnte und sich damit zu sehr in die inneren Angelegenheiten seiner Nachbarländer einmischte.

Ungarn hat großes Interesse an der politischen und wirtschaftlichen Stabilität seiner südlichen Nachbarn. Am Stabilitätspakt für Südosteuropa beteiligt sich das Land deshalb aktiv und mit eigenen Initiativen. Es hat als erstes Land die Co-Präsidentschaft des Arbeitstisches für Menschen- und Minderheitenrechte übernommen. Schon vor dem demokratischen Wandel in Belgrad hat es sich für die Unterstützung der demokratischen Opposition gegen Milosevic in Jugoslawien eingesetzt. 2008 hat Ungarn die Republik Kosovo als souveränen Staat anerkannt.

Darüber hinaus baut Ungarn seine wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten, besonders zu den neuen EU-Mitgliedstaaten, intensiv aus. Zahlreiche ungarische Großunternehmen engagieren sich mit beträchtlichen Investitionen aktiv in den Ländern der Balkanregion. Auch die Infrastrukturverbindungen, besonders die Autobahnverbindungen, zu den Nachbarn baut Ungarn aus. Es betrachtet sich dabei als führende regionale Logistikkreuzung in Mittel-Ost-Europa.

Ungarn beabsichtigt, die Visegrád-Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik, der Slowakei und Polen fortzusetzen. Die Regierung bemüht sich, die Beziehungen auch zu Nicht-EU-Mitgliedstaaten in der Nachbarschaft zu verbessern und zu intensivieren. Ungarn hat sich stets mit Nachdruck für den EU-

Beitritt von Rumänien und Bulgarien eingesetzt.

## Ungarn und die nächste Erweiterung

Ungarn hat durch seine geographische Lage ein besonderes Interesse an der neuen Erweiterungsrunde. Grundsätzlich verspricht sich Ungarn von der möglichst raschen und engen Anbindung seiner Nachbarn an die EU eine anhaltende Stabilisierung der gesamten Region und damit Sicherheit an den eigenen Grenzen. Diese Stabilitäts- und Sicherheitsinteressen des Landes und das Bedürfnis, die teilweise historisch belasteten Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu verbessern, sind ein elementarer Beweggrund der ungarischen Erweiterungspolitik und zeichnen die Argumentationslinien vor.

Gerade in Bezug auf den Balkan hat Ungarn ein besonderes Interesse an dauerhafter Stabilisierung. Neben einem Ausbau der bilateralen politischen wie wirtschaftlichen Beziehungen bemüht sich das Land auch, die Region verstärkt auf die europäische Agenda zu bringen.

Das besondere Verhältnis Ungarns zu seinem Nachbarn Serbien spielt eine große Rolle. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern waren in der Vergangenheit nicht immer unproblematisch. Ein großer Streitpunkt sind dabei auch heute noch die Rechte der in Serbien lebenden ungarischen Minderheit. Immer wieder hat dieser Konflikt zu öffentlichen Auseinandersetzungen und Androhungen geführt. In diesem Zusammenhang erhofft sich Ungarn durch einen EU-Beitritt des Nachbarlandes auch eine europäische Lösung für diesen historisch bedingten

Konflikt. Die Durchsetzung europäischer Werte und Normen und eine Verstärkung der wirtschaftlichen Verflechtungen sollen die Spannungen entschärfen und eine gemeinsame praktische Lösung möglich machen.

Der massive Zuzug von Flüchtlingen hat die Beziehungen zwischen Ungarn und Serbien erneut auf die Probe gestellt. Während Ungarn die eigenen und gleichzeitig Außengrenzen der EU durch Zäune zu schützen versuchte, stand dieser Lösungsansatz für Serbien zu keinem Zeitpunkt zur Diskussion. Die ungarische Regierung ließ jedoch verlauten, dass die unterschiedlichen Positionen in der Flüchtlingsfrage, den guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten keinen Abbruch geleistet haben. Ungarn werde sich weiterhin für einen Beitritt Serbiens in die EU einsetzen.

## Taktik

Sie sind Vertreterin/ Vertreter Ungarns und *befürworten* das Beitrittsgesuch Serbiens.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Durch den EU-Beitritt erhoffen Sie sich eine Entspannung ihres teils schwierigen Verhältnisses zu Serbien. Fordern Sie deshalb vorab die anderen Mitgliedsstaaten auf, sich gemeinsam mit Ihnen für eine europäische Lösung einzusetzen.
- Akzeptieren Sie einen Beitritt nur dann, wenn die ungarische Minderheit in Serbien ausreichende Garantien für Minderheitsrechte und politische Partizipation erhält.
- Befürworten Sie weiterhin eine

effektive Grenzsicherung und die Bekämpfung illegaler Migration. Problematisieren Sie Ihre schwierige Lage und betonen die Notwendigkeit eines effektiven Schutzes der EU-Außengrenzen.

Slowakei, die ähnliche Positionen vertreten.

- Betonen Sie, dass mit Serbien ein weiterer Unterstützer in der Flüchtlingsfrage gewonnen werden kann.
- Durch ebendiese strengen Grenzsicherungen aber, werden Ihre bilateralen Beziehungen zu den Nachbarländern erschwert, was eine destabilisierende Wirkung für die Balkanregion hat. Werben Sie daher für eine verstärkte Einbindung dieser Länder, etwa in Bereichen der Verbrechensbekämpfung und der Einwanderungspolitik.
- Pochen Sie außerdem auf die vertragliche Verpflichtung der Beitrittskandidaten zur Einhaltung bestimmter Umweltstandards.
- Fordern Sie schließlich, dass Serbien mit dem Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien zusammenarbeiten muss.

**Tipp:**

Zwar werden einige Ihrer Anliegen von den anderen EU-Mitgliedstaaten kritisch betrachtet, versuchen Sie aber dennoch in informellen Absprachen Verbündete zu finden. Vor allem Ihre Nachbarländer könnten Ihre Unterstützer sein, aber auch Polen, Österreich oder die

# Rollenkarte

## Europäischer Rat



## Zypern (Kypros/Kibris)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter der Republik Zypern. Ihr Land ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der EU. Kurz nach der Erweiterung um insgesamt 13 neue Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa, sind Sie nun erneut mit der Entscheidung über weitere Beitrittsge-suche konfrontiert.

### Zypern in der EU und der Zypern-Konflikt

Zypern stellt einen Knotenpunkt zwischen Europa, Asien und Afrika dar, der jetzt auch für die EU von Bedeutung sein wird. Das Land hat eine sehr alte Kultur und spielte seit dem 10. Jahrhundert immer wieder die kulturelle und wirtschaftliche Mittlerrolle zwischen den Kontinenten. Auf Zypern wechselten sich islamische und christliche Herrscher ab. Im Zuge des russisch-türkischen Krieges übernahm Großbritannien 1878 die Verwaltung Zyperns. Von 1925 bis 1960 war Zypern eine britische Kronkolonie.

**Hauptstadt:** Nikosia (388.000 Einwohner)  
**Staatsform:** Republik, Präsidialdemokratie  
**Fläche:** 9,251 km<sup>2</sup>  
**Einwohner:** 879.000  
**BIP/Einwohner:** 24,875€ (gr-zypr. Teil; 2017)  
**Wachstumsrate:** 3,37 % (2017)  
**Arbeitslosenrate:** 13,3% (2016)  
**Sprachen:** Griechisch (Süden), Türkisch (Norden), Verkehrssprache: Englisch  
**Religionen:** Süden: überwiegend griechische Orthodoxen, ca. 3.600 Maroniten, ca. 1.300 Armenier, ca. 300 römische Katholiken und ca. 380 Muslime; Norden: überwiegend Muslime, ca. 460 griechische Orthodoxe und ca. 170 Maroniten  
**Ethnische Gruppen:** –  
**Beitritt zur EG/EU:** Beitritt 2004 (2012 Vorsitz Europäischer Rat)  
**Staatsoberhaupt:** Präsident Nikos Anastasiades  
**Regierungschef:** Nikos Anastasiades  
**Außenminister:** Ioannis Kasoulides  
**Weitere Informationen:**  
[www.mfa.gov.cy/mfa/embassies/berlinembassy.nsf](http://www.mfa.gov.cy/mfa/embassies/berlinembassy.nsf);  
[www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de); [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

Mit der militärischen Intervention der Türkei im Jahre 1974 in der Republik Zypern sollte der – aus türkischer Sicht geplante – Anschluss Zyperns an Griechenland verhindert und die Verfolgung und Unterdrückung der türkischen Zyprer beendet werden. Seither ist Zypern faktisch eine geteilte Insel. Im griechisch-zyprischen Südtteil der Insel übt die Regierung der von den Vereinten Nationen (UN) als Vertretung für ganz Zypern anerkannten Republik Zypern die effektive Hoheitsgewalt aus. Die 1983 im türkisch-zyprischen Nordteil der Insel ausgerufenen so genannte „Türkische Republik Nordzypern“ wird – außer von der Türkei – international nicht anerkannt. Bis heute besteht in Zypern die UN-Friedensmission „UNFICYP“ (United Nations Peacekeeping Mission in

Cyprus). Zahlreiche UN- Vermittlungsversuche in den Achtziger- und Neunzigerjahren zur Lösung des Konfliktes schlugen fehl. Mit dem Beitritts-gesuch der Republik Zypern zur EU und dem Beginn der Beitrittsverhandlungen am 31. März 1998 verband sich die Hoffnung, auch zu einer Lösung des Zypernproblems zu gelangen. Der Beginn eines griechisch-türkischen Annäherungsprozesses nach dem Erdbeben 1999, direkte Gespräche zwischen den führenden Politikern beider Bevölkerungsgruppen Klerides und Denktasch sowie der Vermittlungsvorschlag des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan („Annan-Plan“), setzten positive Signale.

Zu einem Durchbruch ist es dennoch nicht gekommen. Der Europäische Rat beschloss 2002 in Kopenhagen die Aufnahme der Republik Zypern in die EU. Um dem Land die Möglichkeit zu geben, wiedervereinigt der Europäischen Union beizutreten, wurde beschlossen, im Vorfeld des Beitritts in beiden Teilen der Insel dazu eine Volksbefragung auf der Grundlage des Annan-Plans durchzuführen. In den am 24. April 2004 abgehaltenen Referenden stimmten 75,83% der griechischen Zyprioten gegen den „Annan-Plan V“ und 64,9% der türkischen Zyprioten für dessen Annahme.

Am 1. Mai 2004 wurde die gesamte Insel Mitglied der Europäischen Union, wobei die Geltung des Europäischen Rechts laut Beschluss des Europäischen Rates im nördlichen Teil der Insel, in dem die Behörden der Republik Zypern keine Hoheitsgewalt ausüben, bis zu einer Lösung des Zypernkonfliktes ausgesetzt ist.

Abgesehen von der Erleichterung des Personen- und Warenverkehrs über die „Grüne Linie“ hat es seitdem keine

Fortschritte im Zypernkonflikt gegeben. Vielmehr hat die Türkei anlässlich der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Ankara-Abkommen am 29. Juli 2005 eine einseitige Erklärung abgegeben, in der sie es nach wie vor ablehnt, die Republik Zypern vor einer Gesamtlösung des Zypernproblems im UN-Rahmen anzuerkennen und auch die Umsetzung des Zusatzprotokolls (besonders die Öffnung von türkischen Häfen und Flughäfen für zyprische Schiffe und Flugzeuge) von zyprischen Konzessionen gegenüber der so genannten „Türkischen Republik Nordzypern“ abhängig macht.

Die „Trennungslinienverordnung“ vom 28.04.2004, die die Bedingungen für die Anwendung des EU-Rechts auf die Trennungslinie, insbesondere den Personen- und Warenverkehr über die „Grüne Linie“ festlegt, stellt klar, dass es sich hierbei nicht um eine EU-Außengrenze handelt und dass die Freizügigkeit der EU-Bürger auch hier gewährleistet ist. In der Praxis können also EU-Bürger – und damit auch griechische und türkische Zyprioten – die Trennungslinie an vier Übergängen unter Vorzeigen ihres Personalausweises frei passieren. Der für beide Bevölkerungsgruppen so wichtige fünfte Übergang an der Ledra-Straße im Herzen der Altstadt von Nikosia konnte am 3. April 2008 geöffnet werden.

Unter den neuen Mitgliedstaaten der EU nahm die Republik Zypern hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit lange eine Spitzenstellung ein. Außerdem war das Wachstum fünfmal so hoch wie in Nordzypern, das wirtschaftlich in hohem Maße von der Türkei abhängig ist. Des Weiteren sind die engen Beziehungen zu Russland besonders erwähnenswert, da von Russland viele Investitionen getätigt werden und durch russische Touristen beträchtliche Einnahmen generiert werden.

Im Zuge der Finanzkrise (2013) jedoch war Zypern, wie viele andere Staaten, auf finanzielle Unterstützung angewiesen und bekam ein 10 Milliarden € Hilfspaket von EU und IWF.

### **Zypern und die nächste Erweiterung**

Der Beitritt Zyperns hat die EU näher an das instabile Nordafrika und die Krisenregion des Nahen Ostens gebracht und in Fragen der Sicherheit und der Immigration neue Herausforderungen geschaffen. Weiterhin kommen viele Flüchtlinge nach Zypern, die dort unter zum Teil sehr prekären Bedingungen leben und in Haft gehalten werden. Andererseits bringt Zypern auch seine guten Kontakte zum Nahen Osten mit in die EU, wodurch diese neue Einflusskanäle gewinnt.

Hinsichtlich der Staaten auf dem westlichen Balkan zeigt sich Zypern sehr moderat. Ein Beitritt dieser Staaten erscheint ihm durchaus wahrscheinlich. So sagte bereits 2012 ein Mitglied der damaligen Regierung, dass der Beitritt Serbiens von Zypern durchaus wohlwollend gesehen werde. Den Beitritt Kosovos hält die zypriotische Regierung allerdings nicht für möglich. Auch die Unabhängigkeit Kosovos erkennt Zypern nicht an. Gründe für diese Haltung sind sicherlich auch in der Angst zu sehen, dass der mehrheitlich von Türken bewohnte Nordteil der Insel im Falle einer Vereinigung weite Rechte beanspruchen oder aber sogar dauerhaft eine Anerkennung der Eigenstaatlichkeit verlangen könnte.

### **Taktik**

Als Vertreterin/ Vertreter Zyperns *befürworten* Sie das Beitritts-gesuch Serbiens.

Verfolgen Sie in der Diskussion um einen Beitritt Serbiens folgende Strategie:

- Betonen Sie, dass Sie auch nach einem Beitritt Serbiens weiterhin Zugang zu EU-Fördermitteln erhalten müssen. Ihre Fördermittel dürfen nicht verringert werden.
- Fordern Sie darüber hinaus, dass Serbien sich aktiv an der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligt.
- Die zyprisch-orthodoxe und die serbisch-orthodoxe Kirche haben sehr gute Beziehungen, die sich auch auf diplomatischer Ebene widerspiegeln. Zeigen Sie sich dankbar, dass Serbien Sie in dem Zypern-Konflikt stets unterstützt hat.
- Fordern Sie von den anderen Mitgliedstaaten weiterhin Unterstützung im Zypernkonflikt. Sie hoffen, dass sich die EU der Türkei gegenüber klar positioniert.

### **Tipp:**

Sprechen Sie sich zudem immer mit Griechenland und den anderen südlichen Staaten Europas, wie Spanien, Italien oder Frankreich ab. Ihr Ziel ist es, Serbien in die EU zu holen. Setzen Sie hierbei Ihr Gewicht, so weit es geht, dafür ein.

# Rollenkarte Journalist



Sehr geehrte Redakteurinnen und Redakteure!

Sie wissen, dass in den nächsten Tagen und Wochen wichtige Entscheidungen hinsichtlich der Erweiterung der Europäischen Union um ein neues Mitglied getroffen werden. Sie werden für diesen Zeitraum von jeglichen anderen Verpflichtungen freigestellt und können sich vollständig diesem Thema widmen.

Als Journalist haben Sie die Aufgabe, über Hintergründe, den Verlauf und die Ergebnisse der Verhandlungen im Rahmen des Beitrittsprozesses zu berichten. Mit Ihrer Berichterstattung und Ihren Kommentaren erfüllen Sie die wichtige Aufgabe, die Geschehnisse sowohl für die breite Öffentlichkeit als auch für die verschiedenen am Erweiterungsprozess beteiligten Einzelakteure (Institutionen und Staaten) aufzubereiten und so für mehr Transparenz in einem demokratischen Europa zu sorgen.

Seien Sie sich bewusst, dass Sie mit Ihrer Berichterstattung, Ihren Fragen und Kommentaren oder nur durch Ihre Präsenz die politischen Akteure und Entscheidungen beeinflussen können.

Als erfahrenen Journalisten bieten sich Ihnen verschiedene Möglichkeiten, um Informationen zu sammeln und zu verbreiten. Sie können sich z.B. verstärkt auf Formen des Boulevard- oder des seriösen Journalismus konzentrieren, je nachdem, was die spezifischen Wünsche Ihres Arbeit- oder Auftraggebers sind.

Generell umfasst Ihr Aufgabenfeld als Berichtersteller folgende Aspekte:

- Interviewen Sie die Akteure (Mitglieder des Rates der Union, Abgesandte des Beitrittskandidaten).
- Nehmen Sie an Pressekonferenzen, die von den Akteuren veranstaltet werden teil und bereiten Sie sich im Vorfeld darauf vor, um kritische Fragen stellen zu können, die für die europäische Öffentlichkeit von Interesse sind.
- Nehmen Sie an öffentlichen Sitzungen der verschiedenen Gremien teil.
- Berichten Sie über die Verhandlungen berichten, sammeln Sie Hintergrundinformationen und veröffentlichen Sie Ihre Beiträge in einer ständig aktualisierten Wandzeitung.
- Erstellen sie auch gerne anderen „content“
- Erstellen Sie alternativ oder zusätzlich einen Abschlussfilm oder eine Live-Tagesschau mit aktuellen Berichterstattungen aus den Institutionen und den Beitrittskandidatenländern.

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit!